

# 20 Jahre Landtag Brandenburg

Daten – Namen – Begebenheiten



L A N D T A G  
B R A N D E N B U R G



Die umseitige Abbildung des Landtages Brandenburg entstammt der zum 50-jährigen Jubiläum der Bundesrepublik Deutschland herausgegebenen Briefmarkenserie „Landesparlamente in Deutschland“ (Ausgabedatum: 12. März 1998). Die Entwürfe wurden von Prof. Gerd Aretz und seinem Sohn Oliver gefertigt. Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung der „Museumsstiftung Post und Telekommunikation, Archiv für Philatelie, Bonn“.

# **20 Jahre Landtag Brandenburg**

**Eine Erinnerungsgabe des Landtagspräsidenten  
Gunter Fritsch  
zum Festakt am 26. Oktober 2010  
im Nikolaisaal in Potsdam**

zusammengestellt von

Katrin Rautenberg

Leiterin Präsidialbüro/Pressestelle des Landtages Brandenburg

– Redaktionsschluss: 31. August 2010 –



# Inhalt

<b>Vorwort von Landtagspräsident Gunter Fritsch .....</b>	<b>5</b>
<b>I. Über das derzeitige Landtagsgebäude</b>	
1. Von der Kriegsschule zum Landtag .....	9
2. Wenn ein Präsident stempeln geht – Der Landtag in Briefmarkenformat ...	13
<b>II. Über das künftige Landtagsgebäude .....</b>	<b>15</b>
<b>III. Rückblick auf den 1946 frei gewählten Landtag der „Provinz Mark Brandenburg“ .....</b>	<b>17</b>
<b>IV. Von der friedlichen Revolution zu den Landtagswahlen am 14.10.1990 .....</b>	<b>21</b>
<b>V. Die 1. Wahlperiode des Landtages vom 26.10.1990 bis 11.10.1994</b>	
1. Das Wahlergebnis und die Abgeordneten .....	23
2. Die konstituierende Sitzung des ersten Landtages .....	26
3. Die Landesregierung .....	28
4. Bilanzen und Begebenheiten: Vom Organisationsgesetz über die Verfassungsgebung bis zum „Minderheitengesetz“ .....	30
<b>VI. Die 2. Wahlperiode des Landtages vom 11.10.1994 bis 29.09.1999</b>	
1. Das Wahlergebnis und die Abgeordneten .....	47
2. Die konstituierende Sitzung des zweiten Landtages .....	49
3. Die Landesregierung .....	51
4. Bilanzen und Begebenheiten: Von Rückschlägen und Neuerungen .....	52

## **VII. Die 3. Wahlperiode des Landtages vom 29.09.1999 bis 13.10.2004**

1. Das Wahlergebnis und die Abgeordneten .....	61
2. Die konstituierende Sitzung des dritten Landtages .....	63
3. Die Landesregierung .....	65
4. Bilanzen und Begebenheiten: Vom erfolgreichen Volksbegehren über die Gemeindegebietsreform bis zum Konsolidierungskurs .....	67

## **VIII. Die 4. Wahlperiode des Landtages vom 13.10.2004 bis 21.10.2009**

1. Das Wahlergebnis und die Abgeordneten .....	75
2. Die konstituierende Sitzung des vierten Landtages .....	77
3. Die Landesregierung .....	79
4. Bilanzen und Begebenheiten: Vom Umsteuern in der Wirtschaftspolitik bis zum „Nichtraucherschutzgesetz“ .....	80

## **IX. Die 5. Wahlperiode des Landtages ab 21.10.2009**

1. Das Wahlergebnis und die Abgeordneten .....	91
2. Die konstituierende Sitzung des fünften Landtages .....	93
3. Die Landesregierung .....	95
4. Zwischenbilanzen und Begebenheiten: Von einer neuen Geschäftsordnung bis zum Ausbildungsförderungsgesetz .....	97

## **X. Die Direktoren des Landtages .....**

101

## **XI. Rück- und Ausblicke**

1. Schlussbetrachtung .....	103
2. Verfassungsänderungen .....	106
3. Was den Fraktionen wichtig ist .....	110
4. Akteure von damals und heute erinnern sich .....	111
5. Vom Schatten der Vergangenheit zum neuen Weg .....	122
6. Verstorbene Abgeordnete .....	125

## **Literatur- und Quellenverzeichnis .....**

127

## **Bildnachweis .....**

131

# Vorwort

Liebe Leser,

diese Schrift soll einen kleinen Überblick über die bisherige Arbeit des Landtages Brandenburg in den 20 Jahren seines Bestehens geben; über die bedeutendsten Gesetze, Ereignisse, Daten, Fakten und die handelnden Personen. Sie richtet sich insbesondere an die heutigen und früheren Abgeordneten des Landtages Brandenburg, die als Vertreter des Volkes im Mittelpunkt unseres Festaktes am 26.10.2010 stehen. Und bei aller Arbeit hat es parteiübergreifend auch heitere Momente gegeben, an die wir uns gern erinnern lassen und die daher auch in dieser Schrift nicht fehlen.

Wir sind in der „Gesetzesschmiede“ Landtag nun in der 5. Etappe angekommen und können feststellen, dass wir inzwischen reifer und routinierter, nicht unbedingt ruhiger, aber gelassener geworden sind. Wir haben in den 20 Jahren viel auf den Weg gebracht und können uns in der Reihe der deutschen Bundesländer selbstbewusst sehen lassen.

In der 1. Wahlperiode, in der Zeit der sogenannten Ampelkoalition, sind die Grundlagen für die Arbeit im Land geschaffen und wertvolle Aufbauarbeit



geleistet worden. Wir sind heute immer noch gut gerüstet mit einer modernen Landesverfassung, die vom Landtag nach heftigen Diskussionen am 14.04.1992 verabschiedet und von den Brandenburgerinnen und Brandenburgern am 14.06.1992 durch Volksentscheid angenommen wurde.

Große Auseinandersetzungen gab es um die Frage der Kontakte des Ministerpräsidenten Dr. Manfred Stolpe zur Staatssicherheit der DDR. Nach Abschluss eines zur Klärung dieser Frage eingerichteten Untersuchungsausschusses wurde vom Landtag ein Entschließungsantrag „*Mit menschlichem Maß die Vergangenheit bewerten*“ angenommen. Der in der 1. Wahlperiode beschrittene „Brandenburger Weg“ zeichnete sich dadurch aus, dass eine große Gemeinsamkeit des politischen Handelns bestand.

In der 2. Wahlperiode wurden die Weichen für die Fusion der Länder Berlin und Brandenburg mit der Zustimmung beider Parlamente am 22.06.1995 zum Neugliederungsstaatsvertrag ge-

stellt. In der ein Jahr später durchgeführten Volksabstimmung verweigerten die Brandenburger der Fusion jedoch ihre Zustimmung.

In der 3. und 4. Wahlperiode, in der Zeit der Koalition von SPD und CDU, sind wichtige Vorhaben wie die Gemeindegebietsreform und eine Polizeistrukturreform auf den Weg gebracht worden.

Wegen der sich immer schwieriger gestaltenden Haushaltslage des Landes hatten sich die Abgeordneten im Rahmen der Haushaltsdebatten mehr und mehr mit den Zwängen eines konsequenten Umsteuerns in der Finanz- und Wirtschaftspolitik zu beschäftigen. Der erste Finanzminister, Klaus-Dieter Kühbacher, hat es so beschrieben: *„Wenn ich es heute bedenke, haben wir nach 1990 über unsere Verhältnisse gelebt. Wir haben zu viel zu schnell finanziert. So ist es auch zu mancher Fehlinvestition gekommen.“*<sup>1</sup> Mit den Konsequenzen musste sich der Landtag in Sonderausschusssitzungen oder auch in Untersuchungsausschüssen befassen. Dabei hat sich der Landtag als Ort der politischen Auseinandersetzung bewährt. In den 20 Jahren der Geschichte des Landtages waren beispielsweise elf Untersuchungsausschüsse des Landtages tätig. Auch darüber soll diese Schrift einen Überblick geben.

Über das Umsteuern in der Wirtschaftspolitik unter dem Motto: *„Stärken stärken“* und die Schaffung von Wachstumskernen hat sich der Landtag in der 4. Wahlperiode vor dem Hintergrund des

Wegfalls von Fördermitteln in den betroffenen Regionen intensiv auseinandergesetzt.

Ebenfalls in der 4. Wahlperiode nahm im Landtag erstmals ein Sonderausschuss zum Bürokratieabbau sämtliche Normen und Standards unter die Lupe. So wurde das Instrument der Bürokratiekostenmessung eingeführt und die wichtigsten Gesetze im Land erhielten ein Preisschild.

Große Erfolge haben wir im Kampf gegen den Rechtsextremismus zu verzeichnen. Vor dreizehn Jahren haben wir begonnen, uns der Thematik offensiv zu stellen. Die Arbeit des 1997 gegründeten landesweiten *„Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“* und die Umsetzung des 1998 beschlossenen Handlungskonzeptes *„Tolerantes Brandenburg“* der Landesregierung haben Früchte getragen. Unter aktiver Beteiligung des Landtages Brandenburg gelang es zum Volkstrauertag am 18.11.2006 in Halbe und Seelow, rund 10000 Bürgerinnen und Bürger gegen einen geplanten Aufmarsch von Rechtsextremen zu mobilisieren. Bis in die kleinste Gemeinde sind fast über die gesamte Fläche des Landes regionale Aktionsbündnisse gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit gegründet worden. Die Strategie des offenen Umgangs mit dem Thema ist aufgegangen.

Beachtlich ist der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Land Brandenburg trotz der schwierigen äußeren Rahmenbedingungen: Hatte sie im Jahr 2000 noch bei 17 % gelegen, betrug sie Ende August 2010 nur noch 10,6 %. Als Vor-

<sup>1</sup> v. Gersdorff/Lorenz, 2010, S. 125.

sitzender des Tourismusverbandes des Landes Brandenburg freut mich im 20. Jahr unseres Bestehens, dass wir große Fortschritte in den Bereichen der Tourismus- und Gesundheitswirtschaft zu verzeichnen haben und Brandenburg ein Reiseland und ein schönes Heimatland geworden ist. Die gemeinsame Wirtschaftsregion Berlin-Brandenburg hat zu dieser positiven Entwicklung wesentlich beigetragen. Zudem wird in vielen Bereichen der Verwaltung, Justiz, Wirtschaft, im Gesundheits- und Sozialwesen die Fusion bereits gelebt, ohne dass sie vollzogen ist. Die bereits 1991 beschlossene Zusammenarbeit der Parlamente beider Länder kann allerdings noch optimiert werden.

Gut vorangekommen ist unser Land bei der Klärung der offenen Vermögensfragen und bei der Konversion. Wenn man bedenkt, dass gerade Brandenburg stark von Rückübertragungsansprüchen betroffen war und über sehr viele ehemals militärisch genutzte Flächen verfügte, ist es als Erfolg zu bezeichnen, wenn der Bearbeitungsstand bei der Einzelrestitution bereits 99,4 %, bei der Unternehmensrestitution 97,7 % beträgt und weit mehr als 85 % der 100 000 Hektar WGT-Flächen heute für zivile Zwecke genutzt werden. Auch die Abgeordneten des Landtages haben sich immer wieder dafür eingesetzt und sich mit den regelmäßigen Berichten der Landesregierung zum Stand der Verwertung der WGT-Liegenschaften befasst.

In der 5. Wahlperiode schaffte es die rechtsextreme DVU nicht noch einmal in den Landtag und blieb mit

1,20 % weit unter der 5 %-Hürde; am 19. 09. 2004 hatte sie noch 6,08 % erreicht.

Nach 20 Jahren seines Bestehens haben wir im Landtag mit dem Einzug der FDP-Fraktion und der Fraktion GRÜNE/B90 mit fünf Fraktionen wieder eine ähnliche Konstellation wie in der 1. Wahlperiode. Der Landtag ist damit bunter und lebhafter geworden, findet aber auch zu Gemeinsamkeiten: Schon zu Beginn der Legislaturperiode waren sich alle Fraktionen einig, dass die Ausschüsse künftig öffentlich tagen sollten und wurde die „Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur“ einstimmig gewählt.

Das neue Landtagsgebäude – über das wir schon fast 20 Jahre sprechen – ist in greifbare Nähe gerückt. Optimistisch werden wir es so bauen, dass es auch im Falle einer Fusion Platz für ein gemeinsames Parlament von Berlin und Brandenburg bietet. Ich freue mich jedenfalls auf die Grundsteinlegung noch in diesem Jahr und den Einzug des Parlaments im Jahr 2013.

Folgen Sie mir nun auf eine kleine Zeitreise durch die 20-jährige Geschichte des Landtages Brandenburg und haben Sie Verständnis, wenn aus Ihrer Sicht wichtige Ereignisse nicht oder nicht hinreichend gewürdigt worden sind.



Ihr Gunter Fritsch  
Präsident des Landtages Brandenburg



# I. Über das derzeitige Landtagsgebäude



Landtag Brandenburg. Luftaufnahme.

## 1. Von der Kriegsschule zum Landtag<sup>2</sup>

Das Gebäude in exponierter Lage auf dem Brauhausberg hat im Verlauf seiner über hundertjährigen Geschichte mehrmals sowohl seine äußere Gestalt als auch seine Funktion gewechselt. Erbaut wurde es zwischen 1899 und 1902 als **Königliche Kriegsschule**, in der die militärische Elite ausgebildet wurde.

Die zuvor genutzten Gebäude in der Waisenstraße (heute Dortustraße) hatten sich als ungeeignet erwiesen. In Erinne-

rung an die Ereignisse des Jahres 1813 – damals hatten Bürger und Landsturmlaute auf dem Berg in der Teltower Vorstadt Schanzanlagen zur Verteidigung Potsdams gegen den drohenden Angriff der napoleonischen Truppen errichtet – wählte Kaiser Wilhelm II. den Brauhausberg für einen Neubau aus.

Er legte die architektonische Ausführung im Stil der englischen Landhäuser mit Fachwerk und weißgeputzten Feldern fest und ließ Renaissance-Motive verwenden. So wählte er als Vorlage für den Haupteingang die Porta Stupa in Verona.

Ein monumentaler Turm mit einer Höhe von 64 m bestimmte das Gebäude.

<sup>2</sup> Siehe dazu Präsident des Landtages Brandenburg (Hrsg.), Von der Kriegsschule zum Parlament, 2000.



Reichsarchiv auf dem Brauhausberg im Jahr 1930.

Baumeister war der aus Köln stammende Franz Schwechten (1841 – 1924), einer der herausragenden Architekten des Kaiserreichs, der bereits Jahre zuvor für den Bau der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin verantwortlich zeichnete. Am 02.08.1902 wurde das Haus seiner Bestimmung übergeben und diente fortan der Ausbildung von Offiziersaspiranten der gesamten Armee. Im Ersten Weltkrieg wurde die Kriegsschule als Bataillonssammelstelle genutzt.

Die Vorgaben des Versailler Vertrages von 1919 erlaubten dem Deutschen Reich keine Kriegsschulen mehr. Das Gebäude wurde zum **Reichsarchiv** umfunktioniert, das nunmehr die zivilen und militärischen Akten des Reiches verwaltete. Bald erreichte der Umfang der Akten so große Ausmaße, dass die Räumlichkeiten nicht ausreichten und Möglichkeiten zur Vergrößerung des Gebäudes gesucht werden mussten. Im Jahre 1935 konnte ein Anbau bezogen werden, der als Magazin diente. Im Zuge dieser Erweiterungsarbeiten wurde der Turm, den man im Hinblick auf die Größe des Gebäudes als überproportioniert ansah, auf 50m abgestockt.

In den 30er Jahren wurde das militärische Aktengut vom Reichsarchiv getrennt; ab 1936 wurde das Heeresarchiv selbstständig geführt.

Der Bombenangriff der Royal Air Force am 14.04.1945 verwandelte große Teile des bebauten Brauhausberges in ein Trümmerfeld; das Magazinegebäude wurde vollständig zerstört, der Turm und ein Flügel des Hauptgebäudes wurden beschädigt. Die Auslagerung wertvoller Aktenbestände hatte bereits im August 1943 begonnen, dennoch wurde mehr als die Hälfte des inzwischen auf 11 000 laufende Meter angewachsenen Bestandes des Heeresarchivs, darunter das Kartenmaterial des preußischen Generalstabes, ein Opfer der Flammen.

Erst 1947 fand die schwer beschädigte Anlage des Reichsarchivs wieder öffentliches Interesse. Über eine zukünftige Nutzung konnte zunächst keine Verständigung zwischen dem Rat der Stadt und dem Militärkommandanten Oberst Werin erzielt werden. Im Juni 1948 übergab die sowjetische Besatzungsmacht das Gebäude der Regierung des Landes Brandenburg zur Unterbringung des Finanzministeriums.

Die Abteilung **Finanzen und Steuerwesen** nutzte das Domizil nur kurzzeitig, da der Landesverband der SED das Objekt „Brauhausberg“ als für seine Verwaltung geeignet ansah. Mit Wirkung vom 01.08.1949 ging das Grundstück Am Havelblick 8 in Parteivermögen über. Um den Raumbedarf decken zu können, beschloss die SED-Landesleitung bereits im August 1950 den Ausbau des Ostflügels, der vorher als Magazin diente.

An die Stelle der SED-Landesleitung Brandenburg traten am 01.08.1952 die drei SED-Bezirksleitungen für die neu gebildeten Bezirke Potsdam, Frankfurt



Blick in das Plenum Heinrich-Mann-Allee 107.

(Oder) und Cottbus, sodass das Gebäude - im Volksmund seither als „Kreml“ bezeichnet - nunmehr die SED-Bezirksleitung und später auch die SED-Kreisleitung Potsdam beherbergte.

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands am 03.10.1990 und den Landtagswahlen am 14.10.1990 kamen die Abgeordneten und die Landtagsverwaltung auf der Suche nach einem angemessenen Landtagssitz zunächst gemeinsam mit der Landesregierung in der ehemaligen Kadettenanstalt und dem vorherigen Sitz des Rates des Bezirkes Potsdam am Standort **Heinrich-Mann-Allee 107**, dem heutigen Sitz der Staatskanzlei, unter, wo auch schon der 1946 gewählte Landtag getagt hatte. Am 16.01.1991 beschlossen die Parlamentarier mit Mehrheit, künftig die Liegenschaft auf dem Brauhausberg als Parlamentsgebäude zu nutzen, nachdem Bedenken wegen der baulichen Sicherheit des bis dahin genutzten Plenar-

saals laut geworden waren. Daraufhin teilte der Chef der Staatskanzlei Dr. Jürgen Linde in einer Pressemitteilung vom 19.04.1991 Folgendes mit:

*„Von ‚gepackten Koffern in der Staatskanzlei‘ für einen Umzug auf den Brauhausberg kann keine Rede sein. Sicherlich sprechen ökonomische Gründe für einen Verbleib des Landtages in der Heinrich-Mann-Allee 107. Ob die Staatskanzlei und gegebenenfalls weitere Ministerien in den ehemaligen ‚Kreml‘ umziehen, bedarf einer sorgfältigen Prüfung. Obwohl damit der derzeitige Raumnotstand behoben werden könnte, bestehen erhebliche übergeordnete Bedenken – wegen der Nutzung des Gebäudes in der Vergangenheit. Vor allem die Frage der Zumutbarkeit für die Betroffenen wie die Bürger muß dabei besondere Beachtung finden. Der Finanzminister wurde deshalb gebeten, umgehend eine tragfähige und akzeptable Gesamtkonzeption vorzulegen. Auf*

*dieser Grundlage wird die Landesregierung in aller Kürze die notwendige Entscheidung für eine angemessene Unterbringung der Staatskanzlei treffen.“*

Am 25.04.1991 gab Landtagspräsident Dr. Herbert Knoblich im Landtag folgende Erklärung ab:

*„Am 16. Januar 1991 hatte sich dieses Hohe Haus mehrheitlich dafür ausgesprochen, die Liegenschaft Am Havelblick 8 künftig als Parlamentsgebäude zu nutzen und damit den Auftrag an das Präsidium verbunden, unverzüglich alle dazu erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen. Grundlage dieses Beschlusses war, daß unabhängig von der unterschiedlichen Bewertung der Eigentumsverhältnisse Voraussetzungen für vertragliche Regelungen einer Nutzung geschaffen worden waren.*

*Die Absicht, den Havelblick 8 als Parlamentsgebäude zu nutzen, bestand bereits lange vor der Landtagswahl. Die wichtigsten zunächst zu klärenden Probleme waren die Eigentumsfrage und die Unterbringung der bisherigen Nutzer. Ende November 1990 fand die erste Besichtigung des Hauses statt, um anhand der vorhandenen Pläne die technischen Einrichtungen zu überprüfen. Unmittelbar nach dem Beschluß des Plenums erfolgte eine zweite Besichtigung durch die Landtagsverwaltung, um den Umzug des Parlaments und die notwendigen ersten Baumaßnahmen vorzubereiten. Zur gleichen Zeit wurde vom Finanzminister die Landesbauverwaltung seines Ministeriums beauftragt, die erforderlichen Planungsschritte für Bau- und Reparaturarbeiten vorzubereiten und eine Kostenschätzung vorzunehmen. Die ver-*

*schiedenen gemeinsamen Untersuchungen von Finanzbauverwaltung und Landtagsverwaltung ergaben sehr schnell, daß der große Sitzungsraum im Havelblick 8 nicht den Anforderungen an einen Plenarsaal entspricht. Es fehlen die erforderlichen räumlichen Voraussetzungen für die Presse und für die Besucher, so daß weiter der Frage nachgegangen wurde, ob ein zeitweiliger Umzug des Landtages in den Havelblick 8 bei gleichzeitiger Nutzung des Plenarsaales hier im Hause möglich wäre.*

*Die durch die Landtagsverwaltung veranlaßten Untersuchungen eines renommierten Berliner Architektenbüros zu Umbaumaßnahmen Am Havelblick 8 Ende Januar 1991 ergaben ebenfalls, daß es sehr schwer sein würde, das Haus funktionell so umzugestalten, daß es den Anforderungen an ein Parlamentsgebäude voll gerecht wird und daß der Umbau des aus verschiedenen Baukörpern bestehenden Gebäudes erhebliche Mittel verschlingen würde.*

*Von der Finanzbauverwaltung wurde darüber hinaus dringend davon abgeraten, kurzfristig in das Haus Am Havelblick 8 umzuziehen, da während der Bauarbeiten gegenseitige größere Störungen unausbleiblich seien. Wie aus dem Protokoll der Besprechung am 20. Februar 1991 hervorgeht, wurden Kosten trotz wiederholter Bitte meinerseits nicht genannt, da Grundlagen für eine Kostenermittlung noch nicht erarbeitet werden konnten.*

*Nach meiner Auffassung war es deshalb unbedingt erforderlich, vor Bezug des Hauses Am Havelblick 8 festzustellen, ob ein baldiger Umzug tatsäch-*

lich sinnvoll ist, welche Bauarbeiten für die Herrichtung zum Parlamentsgebäude kurz-, mittel- und langfristig einzuplanen sind, wie weit die notwendigen Bauarbeiten möglicherweise den parlamentarischen Betrieb beeinträchtigen ...“<sup>3</sup>

Die Landtagssitzung am 16.05.1991 fand im damaligen Residence-Hotel, der früheren SED-Bezirksparteischule, in der Potsdamer Waldstadt statt. Auf Bitte von Vizepräsident Karl-Heinz Kretschmer trug der Direktor des Landtages Dr. Werner Biebusch die Begründung für den Ortswechsel vor:

*„Am späten Nachmittag des gestrigen Tages wurde bekannt, daß die im Zusammenhang mit der Verbesserung der Akustik durchgeführten statischen Untersuchungen der Decke des Plenarsaales ergeben haben, daß sich das tragende Stahlgerüst oberhalb der Decke gesenkt hat und dadurch die darunter hängende Gipsdecke nicht mehr sicher durch die Verbindungsseile gehalten wird. Das Staatshochbauamt ging auf Grund der übermittelten Erkenntnisse davon aus, daß eine Gefährdung von Personen und Sachen gegeben war, und riet daher dringend von einer Benutzung des Plenarsaales zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab. Heute morgen um 8:00 Uhr hatte Herr Präsident Dr. Knoblich das Präsidium zusammengerufen, um die Statikerin zu hören und die Lage zu beraten... Das Präsidium hat nach Anhörung der Statikerin beschlossen, die heutige Plenarsitzung in diesem Hotel abzuhalten und für den Plenarsaal weitere Untersuchungen zu veranlassen.“<sup>4</sup>*



Die Liegenschaft Brauhausberg im Sommer 2010.

Obwohl Experten für den Havelblick 8 eine dauerhafte Nutzung wegen der fehlenden Funktionalität für ein Parlament nicht empfehlen konnten, zogen die Abgeordneten nach den notwendigen Bauarbeiten schließlich doch im „Kreml“ ein; die erste Plenarsitzung des Landtages Brandenburg auf dem Brauhausberg fand am 25.09.1991 statt.

Derzeit sind auf dem Brauhausberg 88 Abgeordnete, fünf Fraktionen und die Landtagsverwaltung untergebracht, wobei insgesamt 284 Büro- und 16 Beratungsräume in dem Hauptgebäude, zwei Nebengebäuden und einem nach der letzten Landtagswahl aufgestellten Leichtbau zur Verfügung stehen.

## **2. Wenn ein Präsident stempeln geht – Der Landtag in Briefmarkenformat**

Eine Geschichte des Journalisten Matthias Krauß vom 06.03.1998

**Gleich anderen Landtagen wurde auch der brandenburgische Ende des vergangenen Jahrtausends ein Briefmarkenmotiv der Deutschen Post. Der Abdruck des „Bonbons“, des**

<sup>3</sup> Plenarprotokoll (1/15) vom 25.04.1991, S.1189ff.

<sup>4</sup> Plenarprotokoll (1/18) vom 16.05.1991, S.1342.

**SED-Abzeichens, wie er immer noch auf dem Turm prangt, war darauf gut zu erkennen.**

Im Frühjahr 1998 ging Landtagspräsident Dr. Herbert Knoblich freiwillig stempeln. Mit Arbeitslosigkeit hatte das natürlich nichts zu tun, sondern mit einer denkwürdigen Demonstration im „Garderobenbereich des Landtages“. An diesem Tag gab die Post ein neues Postwertzeichen heraus, im Volksmund auch Briefmarke genannt. Das Motiv auf der Marke: Der Potsdamer Landtag, im Volksmund auch „Kreml“ genannt.

Um dieses Ereignis „nicht sang- und klanglos“ untergehen zu lassen, ließ Knoblich in einer Presseerklärung wissen, er wolle zahlreiche Briefmarkenfreunde zu einem Besuch auf dem Brauhausberg „animieren“. Dort erwartete sie an diesem 12. März eine Sonderpostfiliale, wo man postfrische Marken kaufen und sie auf einer Landtagspostkarte mit dem Potsdamer Tagesstempel versehen konnte. Und zwei Stunden lang hatte

Knoblich diese Marken auf Wunsch abgestempelt.

Die Marke selbst ist ein Ergebnis der farblichen Verfremdung. Der Himmel über dem Hohen Haus ist irgendwie grau. Das in Wirklichkeit rostrote Gebäude trägt auf der Marke die Farbe Hellbraun gemischt mit FDJ-Blau. Schnöder Realismus war einmal. Mit der wirklichkeitsgetreuen Abbildung brandenburgischer Motive hatte die Post zuvor übrigens ihre Schwierigkeiten. So erschien nach der Oderflut 1997 eine Briefmarke, die das Bundesland in seinen Umrissen zeigen sollte - aber das Prignitz-Amt Lenzen fehlte. Aus der Perspektive der Deutschen Post war es noch Bestandteil von Sachsen-Anhalt.

Das wollten sich die Briefmarkendesigner natürlich nicht noch einmal nachsagen lassen. Und so stimmten auf der Kreml-Marke zwar nicht die Farben, aber sonst jedes Detail, ja, man kann sagen, es stimmt sogar eines zuviel. Denn wer genau hinsieht, der bemerkt am Turm des Landtages einen ovalen Schatten. Davor prangte nämlich bis vor acht Jahren der „Bonbon“, das SED-Emblem des Handschlags. Weil der Landtag in den vergangenen 20 Jahren nicht mehr „gestrichen“ wurde, hebt sich in natura der Abdruck bis zum heutigen Tag weithin sichtbar ab. So übernahm es auch die Briefmarke. Wahheitsgemäß. Aber Wahrheit hin oder her - ist es nicht seltsam, dass die SED via Deutsche Post weit über Potsdam hinaus gewissermaßen lange Schatten werfen darf?



„Sonderpostfiliale“ im Landtagsgebäude, 1998. Landtagspräsident Dr. Herbert Knoblich präsentiert die neue Briefmarke „Landtag Brandenburg“.

## II. Über das künftige Landtagsgebäude



Erster Spatenstich zum Landtagsneubau auf dem Potsdamer Alten Markt am 25. März 2010.

Nach Jahren der Diskussionen über ein neues Landtagsdomizil und Rückschlägen nach der gescheiterten Fusion der Länder Berlin und Brandenburg beschloss der Landtag am 20. 05. 2005 nach mehreren Anläufen die Errichtung eines Neubaus<sup>5</sup>. Dieser soll in Form einer Öffentlich-Privaten-Partnerschaft (ÖPP) errichtet werden. Mit der Umsetzung wurde entsprechend der Geschäftsordnung der Landesregierung der Minister der Finanzen beauftragt.

Der Neubau soll nach den Vorstellungen des Landtages auf dem Alten

Markt unter weitestgehender Annäherung an das historische Vorbild des ehemaligen Potsdamer Stadtschlusses in den äußeren Um- und Aufrissen des ursprünglichen historischen Gebäudes realisiert werden. Zunächst wurde auf der Basis eines vom Landtagspräsidium am 16. 11. und 07. 12. 2005 beschlossenen Raum- und Funktionsprogramms eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, die die Umsetzbarkeit des benötigten Flächen- und Funktionsbedarfes am Standort Alter Markt untersuchen sollte. Hierbei waren die Zielkonflikte zwischen den Wünschen nach Rekonstruktion des Schlusses und den Anforderungen an

<sup>5</sup> Drucksache 4/1092-B.

einen modernen Parlamentsbetrieb zu untersuchen. Das Ergebnis im Februar 2006 zeigte, dass ein funktionsfähiges modernes Parlamentsgebäude unter Wahrung der historischen Proportionen und der historisch getreuen Rekonstruktion der nördlichen Kopfbauten möglich ist.

Am 27.11.2007 informierten der damalige Finanzminister Rainer Speer und Prof. Hasso Plattner die Öffentlichkeit über eine Spende der Hasso-Plattner-Förderstiftung in Höhe von 20 Millionen Euro an das Land Brandenburg. Die Spende ist vor dem Hintergrund der öffentlichen Debatte laut Vertrag *„zur größtmöglichen Wiederannäherung des Landtagsgebäudes an Gliederung und Erscheinung der äußeren historischen Fassade des Potsdamer Stadtschlusses unter Einsatz vorhandener historischer Bauteile bzw. erforderlichenfalls von Nachfertigungen einzusetzen“*.

Im seit 2006 laufenden Wettbewerb um Planung, Bau, Betrieb und Finanzierung des neuen Landtages setzte sich ein Konsortium um den Baukonzern BAM mit dem Architekten Prof. Peter Kulka durch, weil dieses Konsortium sowohl den überzeugendsten als auch den wirtschaftlichsten Gesamtentwurf für den spektakulären Bau in der historischen Mitte der Landeshauptstadt vorgelegt habe.

Die Gesamtbaukosten belaufen sich auf 119,6 Millionen Euro bei einer Nutzfläche, einschließlich Tiefgarage, von 19000 qm. Die Fertigstellung des Landtages in den größtenteils originalgetreuen Fassaden des Potsdamer Stadtschlusses ist für Ende 2012 und der Umzug für Anfang 2013 vorgesehen.

Der Zugang zum neuen Landtag erfolgt nach dem Entwurf von Prof. Peter Kulka durch das Fortunaportal in den Innenhof, der als öffentlich betretbares Bürgerforum gestaltet sein wird. Besucher, Abgeordnete und Mitarbeiter betreten den Landtag durch das sogenannte Knobelsdorff-Treppenhaus im Südflügel. Im Innenhof wird ein weiteres Merkmal des Entwurfs sichtbar: Dem Architekten ist es gelungen, auch die Innenhoffassaden so weit wie möglich dem historischen Vorbild anzunähern. Die Abweichungen sind dabei aus funktionalen Gründen im Innenhofbereich größer als bei den Außenfassaden des Gebäudes. Um das Raumprogramm des Landtages wie gefordert unterbringen zu können, musste der Baukörper angepasst werden. Trotzdem wird der Innenhof weitaus geringer in Anspruch genommen werden, als dies lange Zeit befürchtet worden war. Die Innenhoffläche des Potsdamer Stadtschlusses betrug 6325 m<sup>2</sup>, der Hof des neuen Landtages Brandenburg wird ca. 4910 m<sup>2</sup> groß sein. Damit bleibt der von repräsentativen, ebenfalls dem historischen Vorbild angenäherten Fassaden umgebene Innenhof weitgehend frei von Bebauung. Der öffentlich zugängliche Innenhof, der großzügige Eingangsbereich sowie die Dachterrasse unterstreichen mit Nachdruck den Anspruch des zukünftigen Landtagsgebäudes, auch außerhalb des parlamentarischen Betriebes ein offenes Haus für alle Bürgerinnen und Bürger zu sein.

### III. Rückblick auf den 1946 frei gewählten Landtag der „Provinz Mark Brandenburg“<sup>6</sup>

Vor der Betrachtung der Tätigkeit des Landtages Brandenburg seit 1990 soll zunächst an den nach Ende des Zweiten Weltkriegs am 20.10.1946 ersten frei gewählten Landtag der „*Provinz Mark Brandenburg*“ erinnert werden, der sich am 22.11.1946 im Plenarsaal der damaligen Provinzialverwaltung<sup>7</sup> konstituiert hatte. Durch Befehl Nr. 180 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) vom 21.07.1947 erfolgte die Umbenennung der „*Provinz Mark Brandenburg*“ in „*Land Brandenburg*“. Am 09.09.1947 fand die erste Sitzung in dem neuen Landtagsgebäude, Saarmunder Straße 23, dem heutigen Sitz der Staatskanzlei, Heinrich-Mann-Allee 107, statt, über dessen Eingang die Worte angebracht worden waren: „*DIE STAATSGEWALT GEHT VOM VOLKE AUS*“.<sup>8</sup>



Landtagsgebäude Saarmunder Straße 23, 1950.

Die Mandate waren wie folgt verteilt:	
SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands)	44
CDU (Christlich-Demokratische Union)	31
LDPD (Liberal-Demokratische Partei Deutschlands)	20
VdgB (Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe)	5

<sup>6</sup> Siehe dazu allgemein Schreckenbach, Hans-Joachim/Künzel, Werner: Das Land Brandenburg und der brandenburgische Landtag 1945 – 1952. In: Adamy/Hübener (Hrsg.), Geschichte der Brandenburgischen Landtage, 1999, S. 225 ff.; Koch, Manfred: Landtage. In: Broszat/Weber (Hrsg.), 1993, S. 329 ff.

<sup>7</sup> Heute Sitz der Potsdamer Stadtverwaltung, Friedrich-Ebert-Straße 79/81.

<sup>8</sup> Vgl. Präsident des Landtages Brandenburg (Hrsg.), 1947, Vorwort.

Da sich somit im Landtag eine Mehrheit von CDU und LDPD ergeben hatte, wurde auf die Abgeordneten dieser Parteien durch die SMAD erheblicher Druck ausgeübt. 1947 wurden von der SMAD 11 und 1948 38 Anträge der bürgerlichen Fraktionen untersagt. 1948/1949 gab die SED den zuvor von ihr propagierten „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“, der in der Vereinigung von KPD und SPD und der Gründung von bürgerlichen Parteien als Teil des „antifaschistisch-demokratischen Blocks“ in der Sowjetischen Besatzungszone zum Ausdruck gekommen war, auf und wandelte sich zu einer „Partei neuen Typus“ nach dem Vorbild der KPdSU.<sup>9</sup> Das bedeutete, dass sich die SED nun wie die KPdSU als allmächtige Staatspartei verstand und sich nicht nur für legitimiert hielt, die zu verfolgenden Ziele zu bestimmen, sondern auch alle zu deren Erreichen geeigneten Mittel einzusetzen. Verfolgt wurden diejenigen, die sich innerhalb der SED der Richtungsänderung der Parteiführung widersetzen, insbesondere ehemalige Sozialdemokraten, und diejenigen, die innerhalb der sogenannten „Blockparteien“ deren Gleichschaltung mit der SED entgegentraten.

Einige Mitglieder des Landtages flüchteten daraufhin in die Westzonen. Darunter der CDU-Abgeordnete Ernst Lemmer, der später Bundesminister in Bonn wurde, und der SED-Abgeordnete Kurt Koblitz, der 1950 nach Westberlin flüchtete, von dort entführt und

zu 25 Jahren Zwangsarbeit in Workuta verurteilt wurde und später Abgeordneter der SPD im Deutschen Bundestages war. Der Landtagsabgeordnete Frank Schleusener versuchte, die Entwicklung vor Ort aufzuhalten, und bezahlte dies mit seinem Leben: Die Nationalsozialisten hatten den überzeugten Demokraten und früheren Oberbürgermeister von Brandenburg an der Havel aus dem Amt des preußischen Finanzstaatssekretärs entfernt. Nach dem Krieg war Schleusener Mitbegründer der CDU in Brandenburg und dann als Landtagsabgeordneter Vorsitzender des Verfassungsausschusses und zeitweise Vizepräsident des Landtages. Nachdem er aus Protest gegen die Gleichschaltung aus der CDU ausgetreten war, starb er unter ungeklärten Umständen im April 1950 in einem Gefängnis des sowjetischen Geheimdienstes in Potsdam.<sup>10</sup> Der SED-Abgeordnete Paul Szillat wurde 1950 aus politischen Gründen zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt und siedelte nach seiner Haftentlassung nach Westberlin über.

Andere Abgeordnete blieben trotz des politischen Drucks in der Hoffnung auf bessere Zeiten, um ihr durch den Krieg zerstörtes Land wieder aufzubauen.

<sup>10</sup> Zu Ehren von Frank Schleusener übernahm Landtagspräsident Fritsch die Schirmherrschaft über die Veranstaltung „Feind ist, wer anders denkt“ zum Thema „Stalinismus“ am 17. Juni 2009 in der Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg mit Referaten der Enkelin von Frank Schleusener, Prof. Dr. Sylvia Haas, und Irina Liebmann, der Tochter des nach dem 17. Juni 1953 aus der SED ausgeschlossenen Journalisten Rudolf Herrnstadt.

<sup>9</sup> Siehe dazu Weber, 1999, S. 149 ff.

Bei den zweiten Wahlen zum Landtag Brandenburg am 15.10.1950 handelte es sich nicht mehr um freie Wahlen; die Abgeordneten wurden aufgrund einer Einheitsliste der „Nationalen Front“ bestimmt. Am 25.07.1952 stimmten dann die Abgeordneten des Landtages der Auflösung der Landtage zu und folgten damit dem Vorschlag der SED „über die planmäßige Errichtung der Grundlagen des Sozialismus und die Bildung von Bezirken“. Es kam zur Aufteilung des Landes Brandenburg in die Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus.



## IV. Von der friedlichen Revolution zu den Landtagswahlen am 14.10.1990

Der Alterspräsident des ersten Landtages, Gustav Just, beschrieb diesen Zeitabschnitt in einer vom Landtag herausgegebenen Festschrift aus dem Jahr 1996 wie folgt:

*„Die Auflösung der Länder in der DDR und die Bildung der Bezirke im Jahre 1952 erfolgte wie die meisten einschneidenden Maßnahmen der Regierung ohne jede Mitwirkung der Bürger, sie wurden einfach nicht gefragt. Auch aus diesem Grunde lebte das Bewußtsein um die historisch entstandenen und gewachsenen Länder innerhalb der DDR in unterschiedlicher Weise weiter ... Aus eigenem Erleben weiß ich, daß selbst in den Reihen der SED die Auflösung der Länder als ein Mittel zur totalen Zentralisierung auf Kritik stieß. So sahen wir Reformkommunisten der sogenannten Harich-Janka-Gruppe, die wir im Jahre 1957 vom Obersten Gericht der DDR zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt wurden, einen möglichen Weg zu der unserer Meinung nach unerläßlichen und dem Wunsche der Mehrheit der Deutschen entsprechenden Wiedervereinigung Deutschlands in der Neu- bzw. Rückbildung der Länder, die in der weiteren Entwicklung eine Konföderation*



Gustav Just.

*hielt bis zuletzt an ihrer zentralistischen, jedem Föderalismus abgeneigten Politik fest.*

*Erst in der Wende im Herbst 1989 und in den folgenden Monaten, nachdem auch alle Träume von einer demokratisch reformierten DDR ausgeträumt und die Weichen für die Wiedervereinigung der Deutschen gestellt waren, war bei allen demokratischen Kräften klar und unbestritten, daß die beschleunigte Wiederherstellung von Bundesländern die wesentliche Voraussetzung für die nationale Einigung, für die erfolgreiche Demokratisierung in Gesellschaft und Wirtschaft, wie auch in der Kultur, in allen Bereichen des politischen Lebens war. Schon vor dem von der ersten freigewählten Volkskammer der DDR im Sommer 1990 beschlossenen Ländereinführungsgesetz wurden dahingehende Maßnahmen eingeleitet. Bereits Anfang 1990 begann man in Brandenburg im Einvernehmen mit den Runden Tischen der Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus mit der Ausarbei-*

tung eines Verfassungsentwurfs für das künftige Land Brandenburg... Die Arbeit daran koordinierten die Leiter der Ressorts Justiz in den Bezirksverwaltungsbehörden Cottbus (Frau Rommel), Frankfurt/Oder (Herr Prof. Dr. Adomeit) und Potsdam (Herr Kupas)... Dieser letzte Verfassungsentwurf vor der formellen Wiedervereinigung und dem Zusammentritt des Landtages Brandenburg wurde im September 1990 den Bürgern zur Diskussion vorgelegt...

### **Das Ländereinführungsgesetz**

Den formellen Beschluß zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik faßte die letzte Volkskammer der DDR am 22. Juli 1990, das Ländereinführungsgesetz. Im Zusammenhang mit dem Einigungsvertrag wurde sein Inkrafttreten auf den 3. Oktober 1990 festgesetzt, den Tag also, an dem die Wiedervereinigung Deutschlands formell vollzogen wurde. Im § 1 wird die territoriale Gliederung wie folgt beschrieben:

*„Mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 werden in der DDR folgende Länder gebildet:*

*Mecklenburg-Vorpommern ...*

*Brandenburg durch Zusammenlegung der Bezirksterritorien Cottbus, Frankfurt/Oder und Potsdam ohne die Kreise Hoyerswerda, Jessen und Weißwasser,*

*zuzüglich der Kreise Perleberg,*

*Prenzlau und Templin;*

*Sachsen Anhalt... Sachsen... Thüringen...’*

*Zugleich wurde in diesem Gesetz festgelegt, daß Änderungen von Grenzen der Länder der DDR, die im Er-*

*gebnis von Bürgerbefragungen in Gemeinden und Städten begehrt werden und von der Gemeindevertretung bzw. Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurden, eines Staatsvertrages zwischen den beteiligten Ländern bedürfen.*

### **Die Landtagswahlen am 14. Oktober 1990**

*Am 22. Juli 1990 hatte die Volkskammer der DDR das ‚Gesetz über die Wahlen zu Landtagen in der Deutschen Demokratischen Republik‘ beschlossen, das Länderwahlgesetz. Demnach sollten die Abgeordneten der Landtage in freier, allgemeiner, direkter, gleicher und geheimer Wahl auf die Dauer von vier Jahren nach den Grundsätzen einer mit der Personalwahl verbundenen Verhältniswahl gewählt werden. Für den Landtag Brandenburg waren 88 Abgeordnete vorgesehen, so daß in jedem der 44 Wahlkreise ein Direktkandidat (Personenwahl) und insgesamt 44 Abgeordnete nach den für die einzelnen Listen abgegebenen Stimmen (Verhältniswahl) zu bestimmen waren.“<sup>11</sup>*

Am 3.10.1990 trat die DDR nach Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland bei, und es entstand mit Inkrafttreten des Einigungsvertrages an diesem Tag auch das Land Brandenburg, dessen Landeshauptstadt Potsdam ist.

<sup>11</sup> Landtag Brandenburg (Hrsg.), Festschrift, 1996, S.145 ff.

# V. Die 1. Wahlperiode des Landtages vom 26.10.1990 bis 11.10.1994

## 1. Das Wahlergebnis und die Abgeordneten

Bei einer Wahlbeteiligung von 67,1 % wählten die Bürger Brandenburgs am 14.10.1990 erstmals nach fast genau 44 Jahren wieder frei einen Landtag. Zur Wahl hatten sich 13 Parteien, politische Vereinigungen und Listenvereinigungen gestellt. Es zogen fünf Fraktionen in den Landtag ein.



Stimmabgabe in Cottbus, 14.10.1990.

	<b>Erststimmen</b>	<b>Zweitstimmen</b>	<b>Sitze</b>
<b>SPD</b>	32,57 %	38,24 %	36
<b>CDU</b>	30,75 %	29,40 %	27
<b>PDS-Linke Liste</b>	14,30 %	13,41 %	13
<b>F.D.P.</b>	7,11 %	6,63 %	6
<b>BÜNDNIS 90</b>	8,56 %	6,42 %	6
Grüne	4,32 %	2,84 %	
DSU	1,76 %	0,99 %	
Sonstige	0,62 %	2,06 %	

Zu Beginn der 1. Wahlperiode betrug der Frauenanteil 22,73 %. Der Altersdurchschnitt der Abgeordneten lag bei 44 Jahren.

**Bei den gewählten 88 Abgeordneten handelte es sich um:**

**Fraktion der SPD (36 Mandate):**

1. Wolfgang Birthler
2. Christel Dettmann
3. Lothar Englert
4. Joachim Franck
5. Christian Gilde
6. Dr. Fritz Grunert
7. Dr. Regine Hildebrandt
8. Dr. Siegfried Jausch
9. Gustav Just
10. Dr. Peter Kirmße
11. Wolfgang Klein
12. Lothar Kliesch
13. Dr. Herbert Knoblich
14. Helmut Köhler
15. Dr. Stefan Körber  
(ab 09/1993 fraktionslos)
16. Dr. Klaus-Dietrich Krüger
17. Andreas Kuhnert
18. Dr. Horst Maschler
19. Hartmut Meyer
20. Uta-Brigitte Müller
21. Peter Muschalla
22. Dr. Günter Neumeister
23. Dr. Götz Piprek
24. Manfred Rademacher
25. Steffen Reiche
26. Günter Rentsch
27. Britta Schellin (später: Stark)
28. Reinhilde Schildhauer  
(später Schildhauer-Gaffrey)
29. Christoph Schulze
30. Dr. Manfred Stolpe

31. Prof. Dr. Bodo Teichmann
32. Gerhard Thierbach
33. Dr. Karsten Wiebke
34. Jochen Wolf  
(ab 07/1994 fraktionslos)
35. Reinhart Zarneckow
36. Alwin Ziel

**Fraktion der CDU (27 Mandate):**

1. Klaus-Dieter Arlt
2. Marga Beck
3. Beate Blechinger
4. Dr. Peter-Michael Diestel
5. Frank Dietrich
6. Dr. Michael Fischer
7. Martin Habermann
8. Klaus Häßler
9. Dieter Helm
10. Detlef Kirchhoff
11. Karl-Heinz Kretschmer
12. Jürgen Lüth
13. Rainer Matthes
14. Dr. Jürgen Meißner
15. Heinz-Dieter Nieschke
16. Reinhard Orczewski
17. Dr. Gerhard Reinfeld
18. Martina Schlanke
19. Dyrck Schneidenbach
20. Frank-Michael Schober
21. Dr. Roland Sessner
22. Dr. Markus Vette
23. Dr. Peter Wagner
24. Manfred Walther
25. Frank Werner
26. Petra Wiesner  
(später: Wiesner-Holtzmann)
27. Johannes Winter  
(ab 01/1992 fraktionslos)

### **Fraktion der PDS-LL (13 Mandate):**

1. Kerstin Bednarsky
2. Hannelore Birkholz
3. Prof. Dr. Lothar Bisky
4. Christel Fiebiger
5. Prof. Dr. Bernhard Gonnermann
6. Stefan Ludwig
7. Dr. Helmuth Markov
8. Harald Petzold
9. Prof. Dr. Michael Schumann
10. Gerlinde Stobrawa
11. Dr. Margot Theben
12. Beate Thrams
13. Heinz Vietze

### **Fraktion BÜNDNIS 90**

#### **ab 04/93 BÜNDNIS (6 Mandate):**

1. Marianne Birthler
2. Günter Nooke
3. Matthias Platzeck
4. Wolfgang Pohl
5. Henrik Poller
6. Dr. Bernd Reuter

### **Fraktion der F.D.P. (6 Mandate):**

1. Rosemarie Fuchs  
(ab 06/93 fraktionslos)
2. Siegfried Lietzmann
3. Dr. Martin Neumann
4. Alfred Pracht
5. Renate Schneider
6. Rainer Siebert

### **Davon schieden aus:**

- Dr. Michael Fischer (CDU)
- Dr. Bernd Reuter (BÜNDNIS 90)
- Henrik Poller (BÜNDNIS 90)
- Jürgen Lüth (CDU)
- Dr. Peter Kirmße (SPD)
- Klaus-Dieter Art (CDU)
- Gustav Just (SPD)

- Dr. Horst Maschler (SPD)
- Matthias Platzeck (parteilos)
- Marianne Birthler (BÜNDNIS 90)
- Christian Gilde (SPD)

### **Dafür rückten nach:**

- Karl-Heinz Möckel (CDU)
- Rolf Wettstädt (BÜNDNIS 90)
- Lutz Thormann (BÜNDNIS 90)<sup>12</sup>
- Peter Busch (CDU)
- Siegfried von Rabenau (SPD)
- Karl Schmutzler (CDU)
- Edwin Zimmermann (SPD)
- Dr. Barbara Tietze (SPD)
- Carmen Kirmes (BÜNDNIS 90, ab 01/94 F.D.P.)
- Peter Schüler (BÜNDNIS 90)
- Detlef Grabert (bis 04/94 fraktionslos, dann BÜNDNIS)
- Heidrun Förster (SPD)

### **Anmerkungen:**

Unter dem Namen PDS-Linke Liste war die PDS in einer Listenvereinigung mit USPD, KPD, fdj, marxistischer Partei „Die Nelken“ und Einzelpersonlichkeiten aus dem Behindertenverband, dem DFD und dem Mieterbund zu den ersten Landtagswahlen angetreten.<sup>13</sup>

Zur Landtagswahl am 14.10.1990 wurde von den drei Bürgerbewegungen *Initiative Frieden und Menschenrechte* (IFM), *Demokratie Jetzt* (DJ) sowie Teilen des *Neuen Forums* (NF) die Listenverbindung BÜNDNIS 90 gebildet, ein Jahr später eine gemeinsame Organisation. Da den Zusammenschluss von BÜNDNIS 90 und den GRÜNEN auf Bundes-

<sup>12</sup> Verstorben am 06.11.1992 (Nachfolger: Detlef Grabert).

<sup>13</sup> So Bisky, 1999, S. 6.

ebene von den Landtagsabgeordneten und Ministern von BÜNDNIS 90 nur Roland Resch und Rolf Wettstädt mitvollzogen, wurde am 30.04.1993 eine „Vereinbarung für die Weiterarbeit der Fraktion“ getroffen, die das Konstrukt einer parteiunabhängigen Fraktion bedeutete: „Um die neue Situation auch nach außen deutlich zu machen, wurde der neue Fraktionsname ‚Bündnis‘ gewählt.“<sup>14</sup>

Ein Teil des Landesverbandes Brandenburg von BÜNDNIS 90 bildete 1993 in Abgrenzung zur Fusion von BÜNDNIS 90 und den GRÜNEN auf Bundesebene das BürgerBündnis als eigenständige Gruppierung. Als Günter Nooke in Brandenburg das BürgerBündnis zur kommenden Landtagswahl anmeldete, erklärte Rolf Wettstädt mit Wirkung vom 08.04.1994 seinen Austritt aus der Fraktion BÜNDNIS<sup>15</sup>, die damit nur noch über die Fraktionsmitglieder Günter Nooke, Peter Schüler und Wolfgang Pohl verfügte.

Damit war der Fraktionsstatus entfallen, weil nach dem Fraktionsgesetz eine Fraktion aus mindestens vier Mitgliedern einer Partei oder Vereinigung bestehen muss. Der bislang fraktionslose Abgeordnete Detlef Grabert erklärte daraufhin seinen Eintritt in die Fraktion zum 13.04.1994, womit diese wieder aus vier Abgeordneten bestand. In einer Sondersitzung am selben Tag stimmte der Landtag der Bildung einer neuen

Fraktion BÜNDNIS und dem Eintritt dieser in alle Rechte und Pflichten der bisherigen Fraktion zu.<sup>16</sup>

## 2. Die konstituierende Sitzung des ersten Landtages



Matthias Platzeck (r.) gratuliert Dr. Herbert Knoblich zur Wahl zum Präsidenten des Landtages, 26.10.1990.

Die konstituierende Sitzung des ersten Landtages am 26.10.1990 leitete der Alterspräsident Gustav Just, der sich in einer Festschrift des Landtages wie folgt an dieses Ereignis erinnert:

*„Einige Tage vor der ersten Sitzung des neugewählten Landtages kamen die einzelnen Fraktionen in ihren Räumen im Gebäude der ehemaligen Bezirksverwaltung in der Heinrich-Mann-Allee in Potsdam zusammen... Ich erinnere mich gut an die erste Sitzung der SPD-Fraktion... Nach der Wahl des Abgeordneten Wolfgang Birthler zum Fraktionsvorsitzenden wurden die Koalitionsmöglichkeiten diskutiert: Große Koalition als Seniorpart-*

<sup>14</sup> Nooke, Günter, Fraktion BÜNDNIS. In: Holzappel (Hrsg.), 1993, S. 49; Bluhm/Schüler, 1996, S. 128 ff.

<sup>15</sup> Er sah darin eine Verletzung des Fraktionsgesetzes.

<sup>16</sup> Plenarbeschlussprotokoll (1/91) vom 14.04.1994.

ner mit der CDU, was eine satte Mehrheit von 62 Abgeordneten bedeutet hätte, oder eine Koalition mit F.D.P. und BÜNDNIS 90, zusammen 48 Stimmen, was zwar knapp, aber dennoch für eine stabile Mehrheit ausreichte. Wir entschieden uns für die sogenannte ‚Ampelkoalition‘, damals ein Sonderfall in der parlamentarischen Landschaft der Bundesrepublik, also SPD (rot), F.D.P. (gelb) und BÜNDNIS 90 (grün), die Farben der Verkehrsampel. Diese Koalition bewährte sich - bis auf gelegentliche Differenzen - fast bis zum Ende der Legislaturperiode.

Auch in den anderen Fraktionen wurde voller Elan und mit der gleichen Aufbruchstimmung debattiert, wohl wissend, daß die Zukunft und deren Gestaltung für das Land Brandenburg weitgehend vom Verantwortungsbewußtsein von uns Parlamentariern abhing. Die CDU-Fraktion wählte den Abgeordneten Dr. Peter-Michael Diestel zu ihrem Fraktionsvorsitzenden, die PDS / Linke Liste den Abgeordneten Prof. Dr. Lothar Biscky, die F.D.P. den Abgeordneten Rainer Siebert, das BÜNDNIS 90 den Abgeordneten Günter Nooke. Damit waren die Weichen für den Zusammentritt des Landtages gestellt.

Am Vormittag des 26. Oktober kamen die Abgeordneten zu einem festlichen Gottesdienst in der Nikolai-Kirche zusammen. Die Ansprache hielt Bischof Dr. Gottfried Forck. Nach einem gemeinsamen Mittagessen nahmen die Mitglieder des Landtages im Plenarsaal Platz, der für längere Zeit im Gebäude der ehemaligen Bezirksverwaltung Heinrich-Mann-Allee eingerichtet war, dane-

ben zahlreiche Ehrengäste, Mitglieder des Deutschen Bundestages, Vertreter der Parteien, Kirchen und ausländischen Missionen. Zahlreiche Mitarbeiter von Presse, Fernsehen und Rundfunk waren bereit, über diese erste Sitzung zu berichten. Eine festliche, erwartungsvolle Stimmung, die wohl allen Teilnehmern unvergessen bleibt. Als ältester Abgeordneter eröffnete ich als Alterspräsident die konstituierende Sitzung des Landtages Brandenburg...

Die Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten erfolgte laut der Geschäftsordnung in geheimer Abstimmung. Der von der SPD-Fraktion für dieses Amt vorgeschlagene Abgeordnete Dr. Herbert Knoblich erhielt von den 86 anwesenden Abgeordneten (zwei nahmen entschuldigt nicht teil) 71 Stimmen, mit Nein hatten acht Abgeordnete gestimmt, sechs hatten sich der Stimme enthalten, eine Stimme war ungültig. Ein Gegenkandidat war nicht angetreten. Dr. Knoblich nahm die Wahl an, wurde dazu im Namen des Plenums beglückwünscht und übernahm den weiteren Vorsitz der Sitzung.

Für das Amt des Vizepräsidenten schlug die CDU-Fraktion den Abgeordneten Karl-Heinz Kretschmer, die PDS die Abgeordnete Beate Thrams vor. Für Karl-Heinz Kretschmer stimmten 61 Abgeordnete, für Frau Thrams 15, so daß Herr Kretschmer die Funktion des Vizepräsidenten übernahm.<sup>17</sup>

Der neu gewählte Landtagspräsident Dr. Herbert Knoblich bezeichnete sich in seiner Antrittsrede als „Ers-

<sup>17</sup> Landtag Brandenburg (Hrsg.), Festschrift, 1996, S. 149 ff.

ter unter Gleichen“ und sah die Aufgabe seines Amtes darin, „... vor allem darauf hinzuwirken, das gemeinsame Anliegen der Parteien trotz unterschiedlicher politischer Grundüberzeugungen zum Wohle unseres Volkes zu fördern. Überparteilichkeit des Präsidenten verstehe ich als seine Pflicht, seine Bemühungen zum Ausgleich und zur Bereitschaft zur Zusammenarbeit und Toleranz zwischen den Parteien. Unser Arbeitsstil sollte außer durch Tugenden wie Pflichtbewußtsein, Fleiß und Sparsamkeit geprägt sein von Disziplin, Solidarität und Achtung des politisch Andersdenkenden. Pünktlichkeit ist ein wohltuender Rahmen für jede Arbeit.“<sup>18</sup>

Am 25.09.1991 wurde Martin Habermann (CDU) zum neuen Vizepräsidenten des Landtages gewählt, der sich mit 58 Jastimmen gegen die Mitbewerberin Gerlinde Stobrawa (PDS-LL) durchsetzte.

### Die Fraktionsvorsitzenden

SPD	Wolfgang Birthler
CDU	Dr. Peter-Michael Diestel (bis 08.05.1992) Dieter Helm (ab 24.05.1992)
PDS-LL	Prof. Dr. Lothar Bisky
F.D.P.	Rainer Siebert (bis 15.09.1992) Siegfried Lietzmann (ab 15.09.1992)
BÜNDNIS 90/ BÜNDNIS	Günter Nooke

<sup>18</sup> Plenarprotokoll (1/1) vom 26.10.1990, S. 7.

### 3. Die Landesregierung



Landtagspräsident Dr. Herbert Knoblich vereidigt Dr. Manfred Stolpe als Ministerpräsident des Landes Brandenburg.

In der 2. Sitzung des Landtages am 01.11.1990 wurde der Ministerpräsident Dr. Manfred Stolpe von den anwesenden 85 Abgeordneten in geheimer Wahl mit 58 Jastimmen und bei 26 Neinstimmen sowie einer Enthaltung gewählt. In der 3. Sitzung am 22. November erfolgte die Vorstellung und Vereidigung der Mitglieder der Landesregierung.

Minister des Innern  
Alwin Ziel (SPD)

Minister der Finanzen  
Klaus-Dieter Kühbacher (SPD)

Minister der Justiz  
Dr. Hans Otto Bräutigam (parteilos)

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie  
Walter Hirche (F.D.P.)

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen  
Dr. Regine Hildebrandt (SPD)

Minister für Landwirtschaft, Ernährung  
und Forsten  
Edwin Zimmermann (SPD)

Ministerin für Bildung, Jugend und Sport  
Marianne Birthler (BÜNDNIS 90)

Minister für Wissenschaft, Forschung  
und Kultur  
Dr. Hinrich Enderlein (F.D.P.)

Minister für Umwelt, Naturschutz und  
Raumordnung  
Matthias Platzeck (parteilos)

Minister für Stadtentwicklung, Wohnen  
und Verkehr  
Jochen Wolf (SPD)

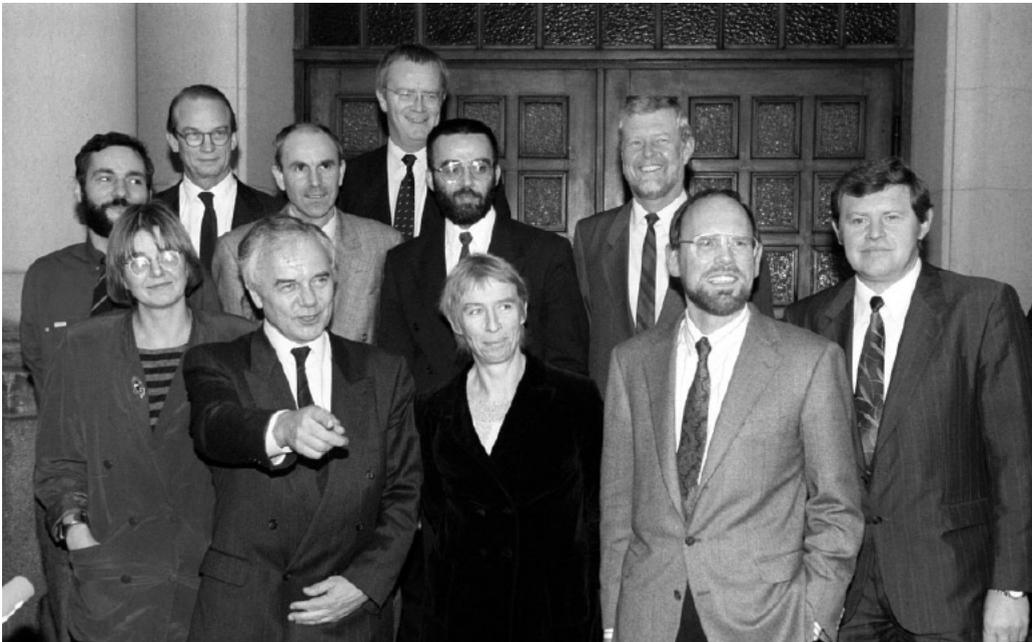
Chef der Staatskanzlei  
Dr. Jürgen Linde (SPD)

Die stärkste und die zwei kleinsten Fraktionen bildeten eine sogenannte Ampelkoalition; die erste in der Bundesrepublik Deutschland. Die Zusammenarbeit in der Regierung wurde in der ersten Regierungserklärung mit: „*Brandenburger unverzichtbar im geeinten Deutschland*“ überschrieben.

#### **Amtswechsel:**

Nach dem Rücktritt von Marianne Birthler übernahm Roland Resch (parteilos, seit 1993 BÜNDNIS 90) das Amt des Bildungsministers und wurde am 16.12.1992 vor dem Landtag vereidigt.

Hartmut Meyer (SPD) übernahm das Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr und wurde am 01.09.1993 vor dem Landtag vereidigt,



Die 1. Brandenburger Landesregierung.

nachdem Jochen Wolf (SPD) wegen des Vorwurfs der Korruption zurückgetreten war.

Zur Klärung dieser Frage war auch ein Untersuchungsausschuss im Landtag eingerichtet worden.

#### 4. Bilanzen und Begebenheiten: Vom Organisationsgesetz über die Verfassungsgebung bis zum „Minderheitengesetz“

Gleich zu Beginn der parlamentarischen Arbeit verabschiedete der Landtag am 01.11.1990 ein **Gesetz über die vorläufige Sicherung der Arbeitsfähigkeit des Landtages und der Regierung des Landes Brandenburg**<sup>19</sup>, das bis zum Inkrafttreten der Verfassung die Rechtsgrundlage für Landtag und Landesregierung bildete. In diesem Organisationsgesetz wurden in 42 Paragraphen und vier Abschnitten die Befugnisse von Landtag, Landesregierung, Gesetzgebung und Finanzwesen geregelt.

Am 22.11.1990 wurde das **Abgeordnetengesetz**<sup>20</sup> beschlossen. In der Landtagssitzung am 12.12.1990 stimmten die Abgeordneten den Anträgen von SPD, F.D.P., BÜNDNIS 90 auf **Überprüfung der Abgeordneten auf eine eventuelle Stasi-Mitgliedschaft** und der PDS-LL auf Überprüfung der Abgeordneten des Landtages und der **Mitglieder der Landesregierung** auf hauptamtliche bzw. informelle Tätigkeit für das ehemalige MfS/AfNS zu und folgten damit einstimmig der Beschluss-

empfehlung des Innenausschusses vom 11.12.1990.<sup>21</sup>

Am 07.05.1991 wurde das **Landesorganisationsgesetz**<sup>22</sup> und am 27.11.1991 das **Petitionsgesetz**<sup>23</sup> beschlossen. Auf der Grundlage des **Landesrechnungshofgesetzes** vom 27.06.1991<sup>24</sup> wurde der erste Präsident des Landesrechnungshofes, Dr. Eberhard Fricke, auf Vorschlag aller im Landtag vertretenen Fraktionen gewählt.<sup>25</sup>

In der Landtagssitzung am 16.05.1991 führte der Landtag jeweils auf Antrag aller Fraktionen einstimmige Beschlüsse über die **Zusammenarbeit mit dem Abgeordnetenhaus Berlin** und eine **gute Nachbarschaft zwischen Polen und Deutschen** herbei. In dieser Sitzung wurde auch das **Hochschulgesetz**<sup>26</sup> bei nur einer Enthaltung einstimmig beschlossen.



Studentenprotest vor dem Brandenburger Landtag, 18. Dezember 1990.

<sup>21</sup> Drucksache 1/23.

<sup>22</sup> GVBl. 1991, S. 148.

<sup>23</sup> GVBl. 1991, S. 643.

<sup>24</sup> GVBl. 1991, S. 256 ff.

<sup>25</sup> Plenarprotokoll (1/27) vom 09.10.1991, S.2006.

<sup>26</sup> GVBl. 1991, S. 156.

<sup>19</sup> Gesetz- und Verordnungsblatt (GVBl.) 1990, S.2.

<sup>20</sup> GVBl. 1991, S.16.

Minister Dr. Enderlein (FDP) führte dazu aus: „*Ich finde es schön, daß es gelingt, in diesem Parlament ein Gesetz zu verabschieden in einem sicher nicht ganz einfachen politischen Bereich, ... mit dem sich alle hinterher anfreunden können und dem alle zustimmen können, obwohl bei allen sicher ein gewisser Rest an Unbehagen oder an Verbesserungsbedürftigkeit bleibt. Wenn das Schule macht im Gesetzgebungsverfahren dieses Landtags ... können wir ... sagen, daß wir einen neuen Stil in die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland eingeführt haben*“.<sup>27</sup>

Das **Gesetz über die Hoheitszeichen des Landes Brandenburg** vom 30.01.1991<sup>28</sup> (Hoheitszeichengesetz), dessen Entwurf von allen Fraktionen eingebracht worden war, wurde einstimmig bei zwei Enthaltungen beschlossen. Danach sind die Landesfarben „Rot-Weiß“ und zeigt das Landeswappen „auf einem Schild in Weiß (Silber) einen nach rechts blickenden, mit goldenen Kleestängeln auf den Flü-



Landesfahne mit Wappenschild des Landes Brandenburg.

<sup>27</sup> Plenarprotokoll (1/18) vom 16.05.1991, S. 1378.

<sup>28</sup> GVBl. 1991, S.26.

geln gezierten und gold bewehrten roten Adler.“ In dem Gesetzentwurf<sup>29</sup> heißt es: „*Mit der Wiederherstellung des Landes Brandenburg besteht auch die Notwendigkeit die Hoheitszeichen – hier insbesondere das Landeswappen und die Landesfarben – zu bestimmen. Die Dringlichkeit einer Entscheidung über die Hoheitszeichen wird auch durch zahlreiche Anfragen aus der Bevölkerung des Landes unterstrichen.*“

Höhepunkt der Arbeit des Parlaments in der 1. Wahlperiode war die Erarbeitung und Verabschiedung der **Landesverfassung** vom 22.04.1992<sup>30</sup>. Der Landtag Brandenburg war das erste Parlament der ostdeutschen Länder, das eine Verfassung verabschiedete.<sup>31</sup>

Der Landtag berief in seiner 9. Sitzung am 30.01.1991 einen aus 30 Mitgliedern bestehenden Verfassungsausschuss zur Erarbeitung eines Verfassungsentwurfes ein.<sup>32</sup> Der Ausschuss bestand aus Abgeordneten und Nichtparlamentariern.

In seiner 34. Sitzung am 19.12.1991 setzte der Landtag dann einen Parlamentarischen Verfassungsausschuss ein, der als federführender Ausschuss bei der Beratung des vom Verfassungsausschuss am 13.12.1991 übergebenen Verfassungsentwurfs wirkte.

Viele Regelungen in der Verfassung des Landes Brandenburg hatten ihren Ursprung in dem Verfassungsentwurf des zentralen Runden Tisches, z. B. das Verbot der sexuellen Diskriminierung,

<sup>29</sup> Drucksache 1/41.

<sup>30</sup> GVBl. 1992 I, S. 122 ff.

<sup>31</sup> Lieber/Iwers/Ernst, Kommentar, S.9.

<sup>32</sup> Drucksache 1/57.



Landtagspräsident Dr. Herbert Knoblich fertigt die Verfassung des Landes Brandenburg aus.

das Recht auf angemessenen Wohnraum und der Schutz von auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaften. Auch plebiszitäre Elemente, das Akteneinsichtsrecht und der Datenschutz wurden in den Lesungen des Verfassungsentwurfes im Landtag heftig diskutiert. Regelungen wie die Genehmigungspflicht beim Verkauf von Grund und Boden an Ausländer, das Verursacherprinzip bei Umweltschäden und das Recht auf selbstbestimmte Schwangerschaft fanden letztendlich keine Aufnahme in den Verfassungstext.

Im Mittelpunkt der gesamten Debatte stand „... die Frage, ob die Verfassung die Spielräume, die das Grundgesetz bot, in zulässiger Weise ausschöpfte oder sich die Landesverfassung im Widerspruch zu bundesrechtlichen Kompetenzen befand... Die Regierung wurde in ihrer Stellung gestärkt, indem der Ministerpräsident nicht mehr aus der Mitte des Landtages gewählt werden musste und das Misstrau-

*ensvotum gegen einzelne Minister beseitigt wurde.*<sup>33</sup>

Auch die Regelung zur Immunität der Abgeordneten zeugt von einer modernen Verfassung. Im Unterschied zu anderen Verfassungen der Länder und dem Grundgesetz wird den Abgeordneten nicht schon per se Schutz vor Untersuchungshandlungen gewährt: „*Deshalb sind in Brandenburg Strafverfahren gegen Abgeordnete jederzeit möglich; der Landtag kann jedoch die Aussetzung verlangen, wenn durch die Strafverfolgungsmaßnahme die parlamentarische Arbeit beeinträchtigt wird.*“<sup>34</sup>

Eine für den Umweltbereich bedeutende Regelung stellte die **Verbandsklage** dar, wonach anerkannte Umweltverbände das Recht erhielten, an Verwaltungsverfahren beteiligt zu werden, die die natürlichen Lebensgrundlagen betreffen.

<sup>33</sup> Lieber/Iwers/Ernst, Kommentar, S. 7.

<sup>34</sup> Ebenda, S. 257; s. dazu auch Lieber/Rautenberg, 2003, S. 56 ff.

Die rund 16 Monate andauernde parlamentarische Befassung<sup>35</sup> gestaltete sich äußerst schwierig, weil die Vorstellungen über den Charakter der Verfassung bei den Fraktionen weit auseinander gingen. Trotz der kontroversen und zum Teil emotional heftig geführten Diskussionen gelangen schließlich parteiübergreifend Kompromisse, die die politische Kultur entscheidend prägten und dazu beitrugen, dass in der Folgezeit vom „Brandenburger Weg“ gesprochen wurde. Dies lässt sich mit den folgenden Protokollauszügen der 3. Lesung im Landtag am 14. 04. 1992<sup>36</sup> gut verdeutlichen:

Als Vorsitzender des Verfassungsausschusses eröffnete der Abgeordnete Dr. Peter-Michael Diestel (CDU) die Debatte: *„Ich möchte nach über einjähriger Arbeit, die der Verfassungsausschuß in seinen vielschichtigen Gremien geleistet hat, heute den Entwurf zur 3. Lesung vorlegen, den alle Fraktionen hier erarbeitet haben... Es war ein Kunststück, fünf Parteien, meine sehr verehrten Damen und Herren, in der Linie zu halten. Einige haben hierbei gemogelt. Auch ich habe gemogelt, ich habe zur Unzeit noch Anträge eingebracht...“*

Der Abgeordnete Steffen Reiche (SPD) hob die Bedeutung der formulierten Staatsziele hervor und bemerkte weiter: *„Ein großer Vorzug dieser Verfassung ist, daß hier das Volk nicht nur alle 4 Jahre Träger der Staatsgewalt ist,*

*sondern der Souverän, eben das Volk, jederzeit die Möglichkeit hat, in seine Rechte einzutreten. Nicht nur daß der Souverän nach Überwindung nötiger und sinnvoller Hürden – 80 000 bzw. 150 000 Bürger und dann die Zweidrittelmehrheit beim eigentlichen Volksentscheid, ... – neue Vertreter wählen kann, sondern daß er auch selbst Gesetze verabschieden kann, ist Beweis, daß wir die parlamentarische Demokratie nicht als Privileg, sondern als Aufgabe verstehen.“*

Im Spannungsfeld der vorab geführten Diskussionen mahnte die Abgeordnete Beate Blechinger nochmals die wichtigsten Grundsätze der CDU-Fraktion für eine Verfassung an:

*„Keine Verfassung gegen das Grundgesetz. Eine Verfassung darf nicht die Züge eines Regierungsprogramms tragen. Eine Verfassung darf nicht zu einem Buch nicht einlösbarer Versprechungen werden... Auch der in der 1. Lesung eingebrachte Entwurf stand noch in wesentlichen Punkten im Widerspruch zum Grundgesetz, so daß die CDU-Fraktion diesen Entwurf nicht mittragen konnte. Mit dem Widerstandsrecht, wie es ursprünglich der Artikel 2 Abs. 7 etwa vorsah, wäre sowohl das Gewaltenmonopol des Staates als auch der innere Frieden schwer gefährdet und anarchistischer Willkür Tür und Tor geöffnet worden.*

*Auch die Ausweitung des Asylrechts in Artikel 18 Abs. 2 mit dem Abschiebeverbot bei Gefahr der Verletzung der Menschenwürde wäre wohl kaum mit Artikel 16 Abs. 2 des Grundgesetzes zu vereinbaren gewesen... Nicht*

<sup>35</sup> Siehe dazu ausführlich Görtemaker/Bienert/Dambon, Das Bundesland. Wiedervereinigung und Entwicklung seit 1990. In: Beck/Görtemaker/Hübener/Neitmann (Hrsg.), 2010, S. 128 ff.

<sup>36</sup> Plenarprotokoll (1/45) vom 14. 04. 1992, S. 3213 ff.

*einlösbare Versprechungen hingegen waren überall dort auszumachen, wo Staatszielbestimmungen in die Nähe von Grundrechtsgarantien gerückt wurden. Dies betrifft das Recht auf Wohnraum, das Recht auf Arbeit...*

*Wenn ich meine bisherige Kritik meist in die Vergangenheitsform gekleidet habe, so hat das einen konkreten Grund... es ist in der letzten Phase der Verfassungsberatungen das eingetreten, was ich kaum noch für möglich gehalten habe: daß ein ganz wesentlicher Teil der schwerwiegenden Streitpunkte ausgeräumt werden konnte. Gerade die von mir angesprochenen Punkte sind herausgenommen, geändert oder abgemildert worden... Gestrichen wurde die seltsame Forderung nach gleichberechtigter Teilnahme aller Eigentumsformen am Wirtschaftsleben... Die Gestaltung von Koalitionsfreiheit, das Streikrecht und die Rechte der Gewerkschaften befinden sich nunmehr in Übereinstimmung mit den Bundesgesetzen... Aber ich erkenne an, daß dieser Verfassungsentwurf einen Kompromiß darstellt, für den andere ebenfalls in starkem Maße und – wer die Beratungen im Verfassungsausschuß verfolgen konnte, wird das bestätigen – mit Respekt verdienender Selbstüberwindung auf uns zugekommen sind. Daher kann und muß ich hier heute feststellen: Diese Verfassung ist nicht meine Wunschverfassung. Sie stellt an wichtigen Punkten die Grenze der Zumutbarkeit dar. Aber ich werde ihr zustimmen.“*

Der Abgeordnete Alfred Pracht (F.D.P.) bemerkte: „Wir haben zur Zurückhaltung dort gemahnt, wo es um

*unklare Staatszielbestimmungen ging, die den Eindruck erweckten, als bedürfe es allein des Wollens, um zum Ziel zu kommen. Wir haben uns gegen Populistik und Ideologieüberhöhung gewandt und eine klare Beschränkung auf Gestaltungsräume gefordert, die der Landesgesetzgeber auch ausfüllen kann...*

*Der Verfassungsentwurf spricht auch wichtige Fragen an, z. B. die der Würde im Sterben, die Ausgestaltung der Persönlichkeitsrechte des Kindes. Er macht aufmerksam auf den Regelungsbedarf bei auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaften. Er befördert das Nachdenken über die Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen von Menschen mit und ohne Behinderung. Er nimmt in die Gleichstellung der Menschen neben der Abstammung, der Nationalität, der Weltanschauung, dem religiösen Bekenntnis auch die sexuelle Identität auf und widmet der Gleichberechtigung von Mann und Frau einen eigenständigen Absatz. Der Verfassungsentwurf fühlt sich den Belangen der Umwelterhaltung ebenso verpflichtet wie der sozialen Marktwirtschaft und stärkt im zweiten Teil insbesondere das Recht des Parlaments.*

*Lange diskutiert wurde die Einführung von Plebisziten in den Verfassungstext. Hier schöpft der Verfassungstext sehr reichhaltig die Möglichkeiten der unmittelbaren Volksdemokratie aus. Er bewegt sich dabei unseres Erachtens an der Grenze des Machbaren, denn bei aller Bejahung von plebiszitären Elementen gebührt den in allgemeiner, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählten*

*Volksvertretungen, gebührt der repräsentativen Demokratie der Vorrang.“*

Prof. Dr. Lothar Bisky (PDS-LL)

*führte u. a. aus.: „Im Bereich der sozialen Individualrechte ist es gelungen, in der Verfassung ein umfassendes Recht auf Bildung zu verankern... Wenn es uns gelingt, diese Verfassung mit Leben zu füllen, werden wir einen Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit und politischer Stabilität im Inneren wie zu mehr Auskömmlichkeit mit unseren Nachbarn finden. Für solch eine Hoffnung lohnt es sich zu streiten, und für die Verwirklichung solcher Erwartungen ist dieser Verfassungstext insgesamt zumindest für Brandenburg ein Gewinn.“*

Der Abgeordnete Rolf Wettstädt (BÜNDNIS 90) bemerkte dazu: *„Was ich lernte, ist: Sie soll und muß staatliche Macht begrenzen. Daher schmerzt, das gebe ich zu, der Verlust des Widerstandsrechtes gegen staatliche Gewalt besonders... Es ist der Ruf der Zeit zur Verfassungsgebung in einer wirtschaftlich so schweren, politisch zugleich hoffnungsvollen und beängstigenden Zeit. Wir schufen damit die erste Verfassung eines freien Landes. Das ist nicht nur juristisch zu begreifen, sondern vor allen Dingen historisch... Ich darf Ihnen bei aller vornehmen Zurückhaltung, aber auch mit der gebotenen Dringlichkeit im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90 die Annahme dieses Verfassungsentwurfes empfehlen; denn ich denke, wir haben es alle bitter nötig und wir haben es alle sauer verdient.“*

Ministerpräsident Dr. Manfred Stolpe (SPD) machte klar: *„Es ist gelungen, einen unverwechselbaren brandenburgischen Verfassungstext zu schaffen,*

*der keine Kopie anderer Verfassungen ist. In ihm finden sich brandenburgische Eigenart und Identität. In diesem Verfassungsentwurf spiegeln sich die Hoffnungen, Wünsche und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger für ihr Leben in unserem wiederentstandenen Brandenburg wider.“*

Justizminister Dr. Hans Otto Bräutigam (parteilos) lobte den Verfassungsentwurf als ein *„...gelungenes, ausgewogenes Werk... Er geht auf die sozialen Nöte und Ängste der Menschen ein, und er reflektiert ihre Befindlichkeit in der schweren Zeit des Umbruchs der ganzen Lebensverhältnisse.“*

Am Ende der 3. Lesung teilte Landtagspräsident Dr. Knoblich das Abstimmungsergebnis mit: *„Für die Verfassung haben sich 72 Abgeordnete des Landtages Brandenburg ausgesprochen, gegen die Verfassung 11; 4 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Abgegebene Stimmen: 87... alle gültig.“*

Damit wurde die Verfassung mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit am 14.04.1992 beschlossen



Stimm auszählung der Volksabstimmung über den Verfassungsentwurf, 14.06.1992.



Nach der Schlussabstimmung über den Verfassungsentwurf, 14.04.1992.

In der Volksabstimmung am 14.06.1992 sprachen sich 94 % der Brandenburger bei einer Beteiligung von 47,9 % für die Verfassung aus, die am 21.08.1992 in Kraft trat und „als die modernste in Deutschland gilt.“<sup>37</sup>

Das **Erste Schulreformgesetz für das Land Brandenburg** (Vorschaltgesetz zum Landesschulgesetz) vom 28.05.1991<sup>38</sup> wurde vom Landtag am 25.04.1991 beschlossen und war der erste entscheidende Schritt zur Neugestaltung des Schulwesens; es erlaubte sofortiges Handeln in wichtigen Bereichen der Schulaufsicht, der Schulträger und der Schulen. Als einziges der Neuen Bundesländer führte Brandenburg damit die sechsjährige Grundschule ein, an die sich Gesamtschule, Realschule, Gymnasium anschließen; Hauptschulen wurden dagegen nicht eingerichtet.

<sup>37</sup> So Kotsch, Detlef: Das Bundesland Brandenburg (1990 bis 1993) Ausblick. In: Materna/Ribbe (Hrsg.), 1995, S. 7; s. auch Büchner/Franzke, 2005, 24 ff.

<sup>38</sup> GVBl. 1991, S. 116 ff.

Mit dem **Landesdatenschutzgesetz** vom 20.01.1992<sup>39</sup> hatte Brandenburg als erstes der neuen Bundesländer ein Datenschutzgesetz. Zum ersten Landesbeauftragten wurde Dr. Dietmar Bleyl gewählt.<sup>40</sup>

In der 1. Wahlperiode wurden erhebliche Haushaltsmittel in die Bereiche **Gesundheit, Arbeit und Soziales** investiert. Zur Lesung des Haushaltes für 1992 sagte die Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Dr. Regine Hildebrandt: „Im vergangenen Jahr haben wir schnell und wirksam arbeitsmarktpolitische Hilfen gewährt. Knapp 300 Millionen DM sind bewilligt worden ... Kinderkrippen und Kindergärten waren heute schon in der Diskussion: Haushaltsmittel 1991: 580 Millionen DM, 1992: 400 Millionen DM... Die Krankenhäuser des Landes Brandenburg sind, gemessen an den Verhältnissen der Altländer, in einem baulich und ausstat-

<sup>39</sup> GVBl. 1992 I, S. 2 ff.

<sup>40</sup> Plenarprotokoll (1/38) vom 12.02.1992, S. 2811.

tungsmäßig schlechten Zustand... Wir haben inzwischen den Krankenhausplan des Landes fertig... Ganz besonders freue ich mich, daß wir ein Sonderprogramm für die Umgestaltung der Psychiatrie in unserem Lande mit einem Umfang von 60 Millionen Mark erstmals in den Haushalt 1992 aufgenommen haben... Mir war im abgelaufenen Jahr die Umstrukturierung der Polikliniken ein ganz besonderes Anliegen. Dem haben wir im Haushaltsjahr 1991 viel Aufmerksamkeit gewidmet und auch 50 Millionen dafür eingesetzt. Für 1992 stehen hierfür weitere Mittel... zur Verfügung.“<sup>41</sup>



Die Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Dr. Regine Hildebrandt.

Mit dem **Gesetz zur Regelung der Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg im Bereich des Rundfunks** vom 29.04.1992<sup>42</sup> wurde die „Zulassung privater Rundfunkveranstalter... in Brandenburg und Berlin auf Grund einheitlicher Voraussetzungen durch eine gemeinsame Medienanstalt...“ geregelt, so der Abgeordnete Wolfgang Birthler (SPD).<sup>43</sup>

<sup>41</sup> Plenarprotokoll (1/36) vom 30.01.1992, S. 2696f.

<sup>42</sup> GVBl. 1992 I, S. 142 ff.

<sup>43</sup> Plenarprotokoll (1/44) vom 08.04.1992, S. 3144.

Mit dem wegweisenden **Brandenburgischen Naturschutzgesetz** vom 25.06.1992<sup>44</sup> „soll eine zeitgemäße landesrechtliche Grundlage für den Schutz und die Pflege von Natur und Landschaft geschaffen werden.“<sup>45</sup>

Nachdem der Vorsitzende des Umweltausschusses, Prof. Dr. Bernhard Gonnermann (PDS-LL), die Landesregierung für die verspätete Einreichung des Gesetzentwurfes kritisiert hatte, hob der Abgeordnete Detlef Kirchhoff (CDU) hervor: „Die Verknüpfung von Natur- und Landschaftspflegeregelungen in einem umfassenden Gesetzeswerk des Landes Brandenburg bietet nach Auffassung der CDU die Gewähr, daß die berechtigten Belange von Naturschutz und Landschaftspflege in der Praxis auch umgesetzt werden können... Ich glaube, daß die 270 Änderungsanträge beweisen, daß das Gesetz... nicht fertig aus dem Kabinett herauskam... Der Umweltminister mußte sich harte Worte gefallen lassen...“

Der Abgeordnete Günter Nooke (BÜNDNIS 90) prophezeite in seiner Rede vor dem Landtag, dass man sich in 5 bis 10 Jahren noch mit diesem Gesetz schmücken werde und führte weiter aus: „Dieses Brandenburgische Naturschutzgesetz ist eine Chance mehr für die Zukunft, und es ist nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90 sogar die Chance für die Zukunft Brandenburgs... Nehmen Sie dieses Naturschutzgesetz heute in der 2. Lesung an! Es ist ausgewogen und kein politischer Sieg ei-

<sup>44</sup> GVBl. 1992 I, S. 208 ff.

<sup>45</sup> Gesetzesbegründung, Drucksache 1/830.

ner Partei, sondern ein Sieg des Naturschutzes schlechthin ...“<sup>46</sup>

Wegen des hohen politischen Stellenwertes des Sports wurde das **Sportförderungsgesetz** vom 10.12.1992<sup>47</sup> als Leistungsgesetz beschlossen, wonach 25 % der Konzessionsabgaben der Lotterien und Sportwetten für die Sportförderung bereitgestellt werden sollten. Ministerin Marianne Birthler (BÜNDNIS 90) dazu: „*Sport ist ein sozialisierender Faktor und ein wichtiger Beitrag dafür, daß Gewalt in diesem Land nicht überhandnimmt.*“<sup>48</sup>

Wegweisend in der ersten Wahlperiode war das **Gesetz zur Neugliederung der Kreise und kreisfreien Städte** u. a. vom 24.12.1992<sup>49</sup>, womit Brandenburg als erstes der neuen Länder eine Kreisgebietsreform auf den Weg brachte. Aus 38 Landkreisen und 6 kreisfreien Städten wurden schließlich 14 Landkreise und 4 kreisfreie Städte. Eine Besonderheit besteht darin, dass letztlich kein neuer Landkreis nach einer darin befindlichen ehemaligen Kreisstadt benannt worden ist. Die Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte orientierte sich zudem am Leitbild der dezentralen Konzentration. Dazu erklärte der Innenminister Alwin Ziel (SPD) in der Landtagsdebatte Folgendes: „*Das Land Brandenburg erhält ein neues Gesicht. Es erhält eine Karte mit neuen Konturen ... Da die Kreise und kreisfreien Städte künftig eine Vielzahl von staatlichen Aufgaben wahrneh-*

*men müssen, müssen wir ihre Verwaltungskraft stärken. Dafür brauchen wir die Kreisgebietsreform, damit die Kreise eine Einwohnerzahl von 120 000 aufwärts erreichen.*“<sup>50</sup>

Zu dem am 17.03.1993 vom Landtag beschlossenen **Verfassungsschutzgesetz** vom 05.04.1993<sup>51</sup> gab es im Landtag kontroverse Diskussionen, vor allem über den Katalog der nachrichtendienstlichen Mittel und die Grenzen parlamentarischer Kontrollrechte. Auf der Grundlage des Gesetzes erfolgte der Aufbau des Verfassungsschutzes nach den drei Prinzipien Offenheit, demokratische Kontrolle und inhaltliche Beschränkung.

Weitere Meilensteine waren das **Gesetz über die Neuordnung des Kommunalwahlrechts im Land Brandenburg, die Änderung der Kommunalverfassung sowie die Änderung der Amtsordnung** vom 22.04.1993<sup>52</sup> und die zahlreichen Gesetze zur **Bestimmung der Verwaltungssitze und Namen der Landkreise** vom 22.04.1993<sup>53</sup>. Zu diesem Mammutprojekt stellte die Abgeordnete Britta Schellin (SPD) fest: „*38 minus 24 ist gleich 14 – dieser einfachen Rechnung kann sich wohl auch nach dem Schlagabtausch der Argumente niemand entziehen. Kein Gesetzgebungsverfahren hat dieses Land in so emotionaler Weise in Anspruch genommen wie diese sieben Wochen Debatte um die Kreissitze.*“<sup>54</sup>

<sup>46</sup> Plenarprotokoll (1/47) vom 14.05.1992, S. 3341 ff.

<sup>47</sup> GVBl. 1992 I, S. 498 ff.

<sup>48</sup> Plenarprotokoll (1/51) vom 02.09.1992, S. 3698.

<sup>49</sup> GVBl. 1992 I, S. 546 ff.

<sup>50</sup> Plenarprotokoll (1/58) vom 16.12.1992, S. 4311 f.

<sup>51</sup> GVBl. 1993 I, S. 78 ff.

<sup>52</sup> GVBl. 1993 I, S. 110 ff.

<sup>53</sup> GVBl. 1993 I, S. 142 bis S. 155.

<sup>54</sup> Plenarprotokoll (1/66) vom 31.03.1993, S. 5097.

Das am 31.03.1993 beschlossene **Volksabstimmungsgesetz** vom 14.04.1993<sup>55</sup> setzte die Vorgaben der Landesverfassung zu der Bedeutung plebiszitärer Elemente um, wonach dem Volk durch Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid selbst ein Recht der unmittelbaren Einflussnahme auf die politische Willensbildung sowie das Recht gegeben wird, unmittelbar die Gesetzgebung auszuüben.

Zu dem **Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, dem Freistaat Sachsen und dem Land Sachsen-Anhalt über den Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverband** vom 05.04.1993<sup>56</sup> merkte der Abgeordnete Rainer Matthes (CDU) an: *„Mit dem vorgelegten Ratifizierungsgesetz geht es um den am 20. März 1990 gegründeten Sparkassen- und Giroverband der DDR. Das ist ein Stück Zeitgeschichte der Wende“*.<sup>57</sup>

Wesentlich für den Aufbau des Landes war die Errichtung des Verfassungsgerichts. Auf der Grundlage des Artikel 112 der Landesverfassung und des **Verfassungsgerichtsgesetzes** vom 08.07.1993<sup>58</sup> erfolgte in der Landtags-sitzung am 29.09.1993 die Wahl des Präsidenten, des Vizepräsidenten und der weiteren sieben Verfassungsrichter des Verfassungsgerichtes für das Land Brandenburg. Nach intensiver Beratung unterbreitete der Hauptausschuss dem Landtag einen einstimmig gefassten

Wahlvorschlag. Dr. Peter Macke wurde zum ersten Präsidenten des Verfassungsgerichtes gewählt.

Infolge der Auseinandersetzungen im Untersuchungsausschuss zur *„Aufklärung der früheren Kontakte des Ministerpräsidenten Dr. Manfred Stolpe zu Organen des Staatssicherheitsdienst der DDR“* und durch das Bekanntwerden weiterer Sachverhalte in diesem Zusammenhang kam es zum **Bruch der Koalition**, weil Günter Nooke trotz Aufforderung des Fraktionsvorsitzenden der SPD, Wolfgang Birthler, seine negativen Äußerungen über den Ministerpräsidenten, die Birthler als „Vorverurteilung“ bewertete, nicht zurücknahm.

Am 13.04.1994 fand eine Sondersitzung des Landtages statt, zu der beantragt worden war:

1. Zustimmung des Landtages zur Bildung einer neuen Fraktion „BÜNDNIS“ (Antrag von vier Abgeordneten),
2. Aufforderung an den Ministerpräsidenten Dr. Manfred Stolpe, seinen Rücktritt zu erklären (Antrag der CDU-Fraktion) und
3. Auflösung des Landtages gemäß Artikel 62 Abs.2 der Verfassung des Landes Brandenburg (Antrag von fünf Mitgliedern der SPD-Fraktion, 13 Mitgliedern der Fraktion PDS-LL, des fraktionslosen Abgeordneten Rolf Wettstädt und von vier Abgeordneten der CDU-Fraktion). Dies wurde von allen 23 Abgeordneten wie folgt begründet: *„Nach dem Ausscheiden der Fraktion BÜNDNIS aus der Regierungskoalition ist eine Situation eingetreten, in der das Parlament ent-*

<sup>55</sup> GVBl. 1993 I, S. 94 ff.

<sup>56</sup> GVBl. 1993 I, S. 90 f.

<sup>57</sup> Plenarprotokoll (1/61) vom 20.01.1993, S. 4671.

<sup>58</sup> GVBl. 1993 I, S. 322 ff.

weder eine Minderheitenregierung tolerieren oder durch Selbstaflösung vorgezogene Neuwahlen ermöglichen kann.“<sup>59</sup> Die vier CDU-Abgeordneten nahmen ihren Antrag jedoch zurück.<sup>60</sup>

Der Landtag stimmte der Bildung einer **neuen Fraktion BÜNDNIS** zu, die in alle Rechte und Pflichten der bisherigen Fraktion eintrat.<sup>61</sup>

Den Antrag auf **Rücktritt des Ministerpräsidenten lehnte der Landtag** mit 44 Neinstimmen und 18 Jastimmen bei 19 Enthaltungen **ab**.

Der **Antrag auf Auflösung des Landtages** erhielt bei namentlicher Abstimmung mit 49 Jastimmen, 27 Neinstimmen und 4 Enthaltungen **nicht die erforderliche Mehrheit** von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages.

Zum Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses zur „Aufklärung der früheren Kontakte des Ministerpräsidenten Dr. Manfred Stolpe zu Organen des Staatsapparates der DDR...“ wurde in der Landtagssitzung am 16.06.1994 der **Entschließungsantrag** der Abgeordneten Wolfgang Birthler (SPD), Dr. Peter-Michael Diestel (CDU), Siegfried Lietzmann (F.D.P.), Rolf Wettstädt (fraktionslos) und Prof. Dr. Michael Schumann (PDS-LL) **„Mit menschlichem Maß die Vergangenheit bewerten“** bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS beschlossen. Die Abstimmung erfolgte abschnittsweise, wobei die Punkte 1., 2., 5., 6. einstimmig und die Punkte 3., 4.

und 7. mehrheitlich angenommen wurden:

*„Aus Anlaß der Beendigung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses 1/3... erklärt der Landtag:*

- 1. Die Geschichte des ehemals geteilten Deutschlands kann nur gemeinsam ‚aufgearbeitet‘ werden und verlangt das wechselseitige Bemühen um Verständnis für die in Ost und West sehr unterschiedlichen politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen, in denen die Menschen jeweils lebten. Nur so wird die innere Einigung Deutschlands gelingen.*
- 2. Der öffentliche Umgang mit Biographien muß der Menschenwürde verpflichtet sein. Eine nur selektive Kenntnisnahme von Lebensläufen und Lebensleistungen und ihre Bewertung unter dem Gesichtspunkt heutiger politischer Opportunitäten sind ungerecht, verhindern einen aufrichtigen Umgang mit der Geschichte und schaden dem inneren Frieden.*
- 3. Eine der Achtung der Menschenwürde verpflichtete Auseinandersetzung mit politischen Biographien ist unvereinbar mit Vorverurteilungen und der Verletzung von Grundrechten. Das Bekennen zu eigener Verantwortung und gegebenenfalls auch Schuld wird dadurch erschwert.*
- 4. Die Erfahrungen aus der Debatte um die Kontakte Manfred Stolpes zu staatlichen Stellen der ehemaligen DDR, auch zum Ministerium für Staatssicherheit, zeigen, daß eine oberflächliche Beurteilung, die allein am Maßstab formaler Kriterien vorge-*

<sup>59</sup> Drucksachen 1/2882, 1/2883, 1/2884 und Plenarprotokoll (1/91) vom 13.04.1994, S.7439 ff.

<sup>60</sup> Vgl. Plenarbeschlussprotokoll 1/91 vom 14.04.1994.

<sup>61</sup> Siehe oben unter V.1, Anmerkungen.

*nommen wird, zu groben Ungerechtigkeiten führt.*

5. *Jeder einzelne Fall muß sorgfältig geprüft werden. Die Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze ist dabei selbstverständlich. Dazu zählen der Anspruch auf rechtliches Gehör, ein faires Verfahren und die strikte Einhaltung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit.*
6. *Die Einzelfallprüfung muß über die bloße Feststellung einer Zusammenarbeit mit dem ehemaligen MfS hinausgehen. Sie umfaßt die Berücksichtigung der Motive, die zu einer solchen Zusammenarbeit geführt haben, der Art und des Umfangs dieser Zusammenarbeit, des möglicherweise angerichteten Schadens, der Dauer der Zusammenarbeit und der Gründe für ihre Beendigung. Bagatellvorgänge sollen keine Beachtung finden. Bei der Einzelfallprüfung wird verhältnismäßig nach der Funktion, die die bzw. der Betreffende bekleidet bzw. bekleiden soll, entschieden. Die seit Beendigung der Tätigkeit für das MfS vergangene Zeit ist zu berücksichtigen. Niemandem darf die persönliche Weiterentwicklung und der Wille zur Neuorientierung abgesprochen werden.*
7. *Der Landtag erwartet, daß diese Grundsätze durch die Landesverwaltung, Kommunen und alle sonstigen öffentlichen Stellen beachtet werden.“<sup>62</sup>*

Auch wenn die deutschlandweit erste Ampelkoalition zu Bruch ging, arbeitete die Regierung mit wechselnden

Mehrheiten weiter, sodass die Gesetzesvorhaben im Landtag zum Abschluss gebracht werden konnten.

Mit dem **Ersten Gesetz zur Funktionalreform** vom 30.06.1994<sup>63</sup> wurden die Grundlagen für eine leistungsfähige Kommunalverwaltung auf Kreis- und Gemeindeebene geschaffen und es wurde eine Neuverteilung von Aufgaben der Landesbehörden zugunsten der Kommunen vorgenommen.

Das **Gesetz zur Ausgestaltung der Rechte der Sorben (Wenden)** im Land Brandenburg vom 07.07.1994<sup>64</sup> diente nicht nur der „Erfüllung eines Verfassungsauftrages, sondern... mit diesem Gesetz bekennt sich das Land Brandenburg zu seiner Verpflichtung, das eineinhalb Jahrtausende alte vielfältige wendische Erbe der Lausitz zu bewahren und fortzusetzen... mit dem Gesetz wird Brandenburg ein modernes Minderheitengesetz erhalten...“, so Ministerpräsident Dr. Manfred Stolpe.<sup>65</sup>

Im ersten Landtag arbeiteten **14 Fachausschüsse**.

Es wurden **5 Untersuchungsausschüsse** zu folgenden Themen eingesetzt:

- „Zum Verhalten von **Minister Jochen Wolf**, MdL, in den Grundstücksangelegenheiten Karl-Marx-Straße 21 und Virchowstraße“ zur Prüfung der Korruptionsvorwürfe gegen ihn (Antrag von 22 Mitgliedern der Fraktion der CDU vom 12.03.1991 und Bericht vom 14.05.1992).<sup>66</sup>

<sup>63</sup> GVBl. 1994 I, S. 230.

<sup>64</sup> GVBl. 1994 I, S. 294.

<sup>65</sup> Plenarprotokoll (1/97) vom 17.06.1994, S. 7998 f.

<sup>66</sup> Drucksache 1/1029.

<sup>62</sup> Drucksache 1/3098.

- „Klärung, welche Personen für die **Änderungen** verantwortlich sind, die **in Gesetzen des Landes Brandenburg** nach der Beschlussfassung im Landtag und vor ihrer Veröffentlichung im Gesetz- und Verordnungsblatt vorgenommen worden sind“ (Antrag von 30 Abgeordneten der Fraktion der CDU und der PDS-LL vom 25.09.1991 und Bericht vom 23.11.1993).<sup>67</sup>
- „Aufklärung der früheren **Kontakte des Ministerpräsidenten Dr. Manfred Stolpe zu Organen des Staatsapparates der DDR**, der SED sowie zum Staatssicherheitsdienst und der in diesem Zusammenhang erhobenen Vorwürfe“ (Antrag von 20 Abgeordneten der Fraktion der CDU vom 10.02.1992 und Bericht vom 29.04.1994).<sup>68</sup>
- „Überprüfung der Tätigkeit der Landesregierung im Verwaltungsrat der **Treuhandanstalt**“ (Antrag vom 24.08.1993 von 18 MdL, CDU und PDS-LL; Bericht vom 17.06.1994).<sup>69</sup>
- „Überprüfung öffentlich erhobener Vorwürfe der Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit **Grundstücksangelegenheiten und der Vergabe von öffentlichen Aufträgen**“ (Antrag von 18 Abgeordneten der Fraktion der CDU vom 21.09.1993 und Teil- und Zwischenbericht vom 14.06.1994).<sup>70</sup>

In der ersten Wahlperiode wurden folgende vier **Sondersitzungen** des Landtages abgehalten:

- Auf Antrag der Fraktionen der SPD, F.D.P., BÜNDNIS 90, PDS-LL, dem **Ministerpräsidenten das Vertrauen auszusprechen** wegen der „Angriffe gegen ihn ... seine Person und seine Arbeit ...“, fand am 31.01.1992 eine Sondersitzung des Landtages statt. Bei Stimmenthaltung von 22 Abgeordneten der Fraktion der CDU und des Ministerpräsidenten stimmten 55 Abgeordnete mit Ja.<sup>71</sup>
- Auf Antrag von 19 Abgeordneten der CDU fand am 23.03.1992 eine Sondersitzung des Landtages statt zur Entscheidung des Justizministers, von einem Antrag auf **Aufhebung der Immunität des ehemaligen Abgeordneten Gustav Just** (SPD) abzu- sehen.<sup>72</sup> Minister Dr. Hans Otto Bräutigam führte in dieser Sondersitzung u. a. aus: *„Nach den vorliegenden Erkenntnissen gab es keinen konkreten Verdacht, daß sich Just an der Erschießung aus Rassenhaß beteiligt hätte ... Er hat bei seiner Vernehmung 1957 gesagt, er habe unter Befehl gestanden. Diese Aussage ist nicht widerlegt. Sie entspricht auch unserem Wissen, daß Aktionen der Wehrmacht dieser Art auf Befehl durchgeführt wurden ... Es kam daher nur Beihilfe zu einem Tötungsdelikt in Betracht*

<sup>71</sup> Plenarprotokoll (1/37) vom 31.01.1992, S.2743.

<sup>72</sup> Der Vorwurf bestand darin, dass Gustav Just als Soldat an einem Erschießungskommando teilgenommen hatte. Die Verfassung des Landes Brandenburg, die eine Immunität nicht vorsieht, war zum Zeitpunkt der Entscheidung noch nicht in Kraft.

<sup>67</sup> Drucksache 1/2520.

<sup>68</sup> Drucksache 1/3009.

<sup>69</sup> Drucksache 1/3112.

<sup>70</sup> Drucksache 1/3012 (Der UA legte nur einen Teil- und Zwischenbericht vor).

mit der Folge, daß Verjährung eingetreten war.“<sup>73</sup>

- Auf Antrag von 19 Abgeordneten der CDU fand am 20.08.1992 eine Sondersitzung des Landtages statt zum Thema: „Die **durch die Dürre bedingten Schäden** in der Landwirtschaft und die vorgesehenen finanziellen Hilfen“
- Am 13.04.1994 fand eine Sondersitzung des Landtages statt, zu der beantragt worden war:
  1. Zustimmung des Landtages zur Bildung einer neuen Fraktion „BÜNDNIS“ (Antrag der Fraktion BÜNDNIS),



Titelthema Dürre, Aktuelles aus dem Parlament, Nr. 3, 12.10.1992.

<sup>73</sup> Plenarprotokoll (1/42) vom 23.03.1992, S. 3029.

2. Aufforderung an den Ministerpräsidenten Dr. Manfred Stolpe, seinen Rücktritt zu erklären (Antrag der CDU-Fraktion) und
3. Auflösung des Landtages gemäß Artikel 62 Abs.2 der Verfassung des Landes Brandenburg (Antrag von fünf Mitgliedern der SPD-Fraktion, 13 Mitgliedern der Fraktion PDS-LL und des fraktionslosen Abgeordneten Rolf Wettstädt).<sup>74</sup>

## Heiterkeit im Plenarsaal

Zur 2. Lesung des Sportförderungsgesetzes, in dem festgeschrieben wurde, dass 25 % der Konzessionseinnahmen des Landes für den Sport bereitgestellt werden müssten, nutzte die Abgeordnete Martina Schlanke (CDU) die Gelegenheit, um für Olympische Spiele in Berlin zu werben, und wollte nicht länger auf den entsprechenden Tagesordnungspunkt warten: „Parallel dazu die Begründung unseres Antrages 1/1441, der Ihnen ja vorliegt. Die Olympischen Spiele im Jahr 2000 wären für das Land Brandenburg ein herausragendes Ereignis, wenn Berlin den Zuschlag erhielte ...

(Zuruf: Das ist ein anderer Tagesordnungspunkt!) ... Herr Präsident, darf ich ...

Präsident Dr. Knoblich: *Eine Verbindung ist da eigentlich nicht möglich.*<sup>75</sup>

Finanzminister Klaus-Dieter Kühbacher (SPD) stellte in einer Debatte um die Kommunalfinanzen und den Anstieg

<sup>74</sup> Drucksache 1/2882 und Plenarprotokoll (1/91) vom 13.04.1994, S. 439 ff.

<sup>75</sup> Plenarprotokoll (1/57) vom 25.11.1992, S. 4224.

der Personalkosten folgenden Vergleich an: „*Es ist bei Statistiken immer so, daß zwei halbe Hähnchen ein ganzes ergeben, aber laufen können sie trotzdem nicht.*“<sup>76</sup>

Ein gut gelaunter Präsident begrüßte zu Beginn der Landtagssitzung am 29.06.1994 alle Parlamentarier, Medienvertreter und: „... *die Interessenten, die sich über Rundfunk oder Fernsehen an dieser Sitzung beteiligen. Ich habe mir sagen lassen, daß wir langsam in die Nähe der Einschaltquoten für das Aquarium im ORB kommen. Heute wünsche ich mir, daß wir ähnliche Verhältnisse hätten wie die Fische. So werden wir wohl selbst dafür sorgen, daß das Wasser um uns herum läuft.*“<sup>77</sup>

Ebenfalls in dieser Sitzung, in der u. a. das Wassergesetz diskutiert wurde, kritisierte der Abgeordnete Detlef Kirchhoff (CDU), dass die Landesregierung die „*Naturschutz- und Umweltschutzaufgaben nicht hinreichend gelöst*“ habe und stellte fest: „*Ich bedaure ganz persönlich, daß die Kompetenz des für die Unterschutzstellung von Trinkwasserschutzgebieten zuständigen Ministers bzw. Ministeriums drastisch beschnitten wurde. Ein Indiz dafür ist, daß der Umweltminister am äußersten Rande des Kabinetttisches sitzt. Allein das ist Grund, das Gesetz abzulehnen.*“

(Ministerin Dr. Hildebrand [SPD]: *Er sitzt in der Mitte!* –

Herr Zarneckow [SPD]: *Soll denn der Wirtschaftsminister am Rande sitzen?*)<sup>78</sup>

Der Abgeordnete Dyrck Schneidenbach (CDU) hielt nun eine knappe Rede zu den Fagen „*Rücknahme von Verordnungen zu Unterschutzstellungen*“ und „*Rahmenregelungen zu Verfahren bei der Aufstellung von Pflegebehandlungsrichtlinien*“.

Dr. Knoblich: „*Wir sind damit beim zweiten Redner. Herr Dr. Grunert spricht für die SPD-Fraktion, oder?*“. Dieser verzichtete und das Wort ging an den Abgeordneten Prof. Gonnermann (PDS-LL), der ebenfalls verzichtete unter dem Hinweis, dass er sich den Worten von Herrn Schneidenbach anschließe. Auch der nächste vom Präsidenten aufgerufene Redner, Dr. Neumann, von der Fraktion der F.D.P. verzichtete. Der hiernach aufgerufene Rolf Wettstädt war nicht anwesend. Auch von der Regierungsbank hieß es: „*Ich schließe mich ebenso den Worten von Herrn Schneidenbach an!*“ Darauf bemerkte Dr. Knoblich: „*Herr Schneidenbach, ich habe selten eine so allgemeingültige Rede gehört. Das freut mich insofern, als wir in ganz erheblichem Zeitverzug sind und die ‚Vor Ort‘ Sendung heute noch ansteht.*“<sup>79</sup>

Diese Sitzung musste zudem unvorhergesehen gegen 19:00 Uhr abgebrochen werden, sodass der Präsident den ersehnten ORB-Termin gerade noch wahrnehmen konnte. Seine Begründung für den plötzlichen Abbruch: „... *offensichtlich ist durch Blitzschlag die Tonanlage außer Betrieb gesetzt worden...*“ Dazu der Innenminister Alwin Ziel (SPD): „*Ich habe um 18:00 Uhr in meinem Ministerium angerufen, das auch für Ka-*

<sup>76</sup> Plenarprotokoll (1/66) vom 31.03.1993, S. 5083.

<sup>77</sup> Plenarprotokoll (1/98) vom 29.06.1994, S. 8026 ff.

<sup>78</sup> Ebenda, S. 8057.

<sup>79</sup> Ebenda, S. 8096.

*tastrophen zuständig ist, und eine Flüstertüte bestellt. Leider habe ich sie noch nicht hier, sonst hätte ich sie Ihnen überreicht.“<sup>80</sup>*

## Statistik

*„Mehr als jeder fünfte Abgeordnete hatte zuvor in der letzten Volkskammer die Abwicklung der DDR mitgestaltet oder erlebt... Im Vergleich aller Bundesländer gestalten in Brandenburg eher junge Abgeordnete die Politik... Bis auf einen SPD-Abgeordneten stammen alle Mandatsträger aus Ostdeutschland... Im Vergleich zu westdeutschen Landesparlamenten waren die Abgeordneten hoch gebildet... Acht von zehn hatten studiert... Üblicherweise sind in Parlamenten Absolventen der Rechts-, Wirtschafts-, Sozialwissenschaften oft vertreten... Stattdessen dominierten Absolventen medizinischer, technischer und naturwissenschaftlicher Studiengänge... Fast die Hälfte der Abgeordneten hatte zuvor im Staatsdienst gearbeitet.“<sup>81</sup>*

In seiner 1. Wahlperiode verabschiedete der Landtag in 100 Sitzungen 207 Gesetze. Es wurden insgesamt 3243 Drucksachen produziert sowie 25 Große Anfragen und 722 Kleine Anfragen auf den Weg gebracht.

Die längste Rede hielt Günter Nooke (BÜNDNIS) mit 45 Minuten Redezeit. Mit 220 Reden in der Wahlperiode brachte er es auf Platz eins bei der Anzahl der Redebeiträge.

Von 3280 Petitionen konnten 3051 abgeschlossen werden. Beschwerdepunkte waren vor allem wiedervereinigungsbedingte Sachverhalte wie Rückübertragungsansprüche und Bodenreformfragen.

Von fünf eingereichten Volksinitiativen konnte zwei Initiativen aufgrund der Kreisneugliederungsgesetzgebung Rechnung getragen werden. Die zwei beantragten Volksbegehren blieben erfolglos.

**Besucher** des Landtagsgebäudes (einschließlich von Plenarsitzungen)<sup>82</sup>: 20291.

<sup>80</sup> Ebenda, S. 8101.

<sup>81</sup> v. Gersdorff/Lorenz, 2010, S. 182.

<sup>82</sup> Erfasst seit 01.01.1992.



# VI. Die 2. Wahlperiode des Landtages vom 11.10.1994 bis 29.09.1999

## 1. Das Wahlergebnis und die Abgeordneten

Bei einer Wahlbeteiligung von 56,33 % wählten die Bürger am 11.09.1994 den zweiten Landtag. GRÜNE/B 90 und die F.D.P. blieben unter der 5 %-Grenze und verpassten damit den Einzug in den Landtag, so dass sich die Anzahl der Fraktionen auf drei verringerte.

Der Frauenanteil im Parlament betrug zu Beginn der 2. Wahlperiode 36,4 %, und das Durchschnittsalter der Abgeordneten lag bei 45 Jahren.

„Die Zusammensetzung des Parlaments nach Berufsgruppen blieb... annähernd gleich. Nach wie vor bildeten die Ingenieure die am stärksten vertretene Berufsgruppe mit 21 Abgeordneten, gefolgt von den Lehrern und Erziehern

mit 15 Abgeordneten. Der Anteil der Arbeiter und einfachen Angestellten erhöhte sich von 7 auf 12 Personen.“<sup>83</sup>

**Bei den 88 Abgeordneten handelte es sich um:**

### Fraktion der SPD (52 Mandate):

1. Petra Bierwirth
2. Wolfgang Birthler
3. Christel Dettmann
4. Lothar Englert
5. Heidrun Förster
6. Joachim Franck
7. Ulrich Freese
8. Ingrid Friese

<sup>83</sup> Reinhardt, Sieglinde: Der Landtag Brandenburg 1999 bis zur Gegenwart. In: Adamy/Hübener, Kleine Geschichte des Brandenburger Landtages, 1999, S.211.

	Erststimmen	Zweitstimmen	Sitze
SPD	50,19 %	54,14 %	52
CDU	20,79 %	18,72 %	18
PDS	19,69 %	18,71 %	18
GRÜNE/B90	3,25 %	2,89 %	
F.D.P.	2,74 %	2,20 %	

9. Robert Gemmel
10. Fred Gleitsmann
11. Cornelia Gödecke
12. Martina Gregor
13. Dr. Fritz Grunert
14. Frank Hamann
15. Dr. Regine Hildebrandt
16. Barbara Hübner
17. Dr. Werner Kallenbach
18. Peter Kikow
19. Wolfgang Klein
20. Lothar Kliesch
21. Dr. Herbert Knoblich
22. Heidemarie Konzack
23. Dr. Klaus-Dietrich Krüger
24. Klaus-Dieter Kühbacher
25. Andreas Kuhnert
26. Barbara Lehmann (später: Wolff)
27. Gabriele Lewandowski
28. Hartmut Meyer
29. Angela Müller
30. Heiko Müller
31. Uta-Brigitte Müller
32. Peter Muschalla
33. Manfred Rademacher
34. Steffen Reiche
35. Günter Rentsch
36. Heidrun Schellschmidt
37. Reinhilde Schildhauer-Gaffrey
38. Werner-Siegwart Schippel
39. Christoph Schulze
40. Dr. Elke Seidel
41. Ingrid Siebke
42. Britta Stark
43. Dr. Manfred Stolpe
44. Angelika Thiel
45. Gerhard Thierbach (ab 12/1995  
fraktionslos, ab 02/1996 CDU)
46. Jörg Vogelsänger
47. Dr. Karsten Wiebke
48. Dr. Dietmar Woidke

49. Reinhart Zarneckow
50. Dagmar Ziegler
51. Alwin Ziel
52. Edwin Zimmermann

**Fraktion der CDU (18 Mandate):**

1. Uwe Bartsch
2. Martin Habermann
3. Dr. Wolfgang Hackel
4. Carola Hartfelder
5. Klaus Häßler  
(ab 04/1997 fraktionslos)
6. Dieter Helm
7. Dierk Homeyer
8. Thomas Klein
9. Thomas Lunacek
10. Dr. Jürgen Meißner
11. Rainer Neumann
12. Heinz-Dieter Nieschke
13. Wilfried Schrey
14. Monika Schulz
15. Joachim Stöcker
16. Dr. Dr. Markus Vette
17. Dr. Peter Wagner
18. Frank Werner

**Fraktion der PDS (18 Mandate):**

1. Kerstin Bednarsky
2. Hannelore Birkholz
3. Prof. Dr. Lothar Bisky
4. Ralf Christoffers
5. Petra Faderl
6. Christel Fiebiger
7. Christian Gehlsen
8. Prof. Dr. Bernhard Gonnermann
9. Stefan Ludwig
10. Dr. Helmuth Markov
11. Kerstin Osten
12. Harald Petzold
13. Prof. Dr. Michael Schumann
14. Gerlinde Stobrawa

- 15. Anita Tack
- 16. Dr. Margot Theben
- 17. Dr. Andreas Trunschke<sup>84</sup>
- 18. Heinz Vietze

**Davon schieden aus:**

- Klaus-Dieter Kühbacher (SPD)
- Petra Bierwirth (SPD)
- Christian Gehlsen (PDS)
- Christel Fiebiger (PDS)
- Dr. Helmuth Markov (PDS)

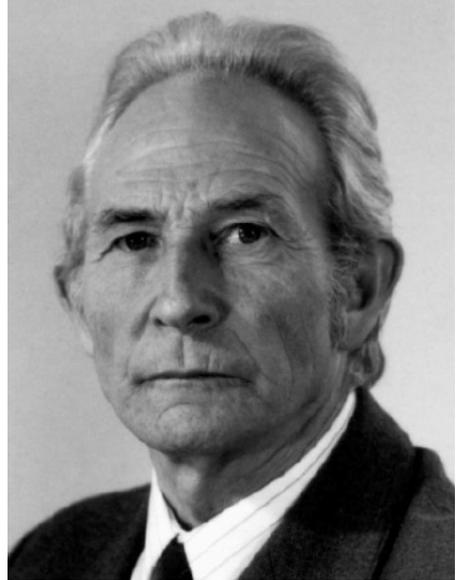
**Dafür rückten nach:**

- Christel Redepenning (SPD)
- Brigitte Oltmanns (SPD)
- Kerstin Meier (PDS)
- Klaus John (PDS)
- Roswitha Schlesinger (PDS)

**2. Die konstituierende Sitzung des zweiten Landtages**

In der konstituierenden Sitzung zum zweiten Landtag am 11.10.1994 führte Alterspräsident Dr. Fritz Grunert (SPD) aus:<sup>85</sup>

*„Meine Damen und Herren! Heute beginnt ein neues Kapitel brandenburgischer Politik und Landtagspraxis. Mit dem Ergebnis der Wahl veränderten sich politische Konstellationen, und fast die Hälfte der Mitglieder des neuen Landesparlamentes sind neue Abgeordnete. Sie, die Neuen unter uns, meine Damen*



Alterspräsident Dr. Fritz Grunert.

*und Herren, begrüße ich heute insbesondere. Zugleich geht mein Appell an Sie: Geben Sie mit Elan und Ideen der Arbeit des Parlaments kräftige Impulse! Gepaart mit der Routine und Beharrlichkeit der erfahrenen Abgeordneten sollte uns wohl eine mutige und ausgleichende Politik für das Wohl der Menschen im Land Brandenburg gelingen.*

*Die Brandenburger haben Anspruch auf eine verlässliche Politik. Dafür nimmt uns die Verfassung des Landes in die Pflicht. Die Verfassungsgebung für das wiedererstandene Land Brandenburg ragt aus der 1. Legislaturperiode heraus. Im Konsens aller im Landtag vertretenen Parteien wurde eine der fortschrittlichsten Landesverfassungen entworfen und mit Volksentscheid durch die Brandenburger angenommen...! Wie vieles aber bleibt noch zu tun! Noch immer sehen die Menschen sich einer nicht abgeschlossenen, für manch einen nur sehr schwer verkraftbaren Umbruchssituation ge-*

<sup>84</sup> Frau Romy Schmiedl lehnte am 27.09.1994 fristgemäß die Annahme ihrer Wahl ab; Dr. Andreas Trunschke nahm fristgemäß mit Wirkung vom 06.10.1994 die Mitgliedschaft an.

<sup>85</sup> Plenarprotokoll (2/1) vom 11.10.1994, S.3.



Blick in das Plenum während eines Wahlganges, 11.10.1994.

genüber. Die Hoffnungen richten sich auf die Bundes- und auf die Landespolitik.“

Nach seiner Wiederwahl zum Landtagspräsidenten mit 67 Jastimmen, 12 Enthaltungen und 8 Neinstimmen bei 87 abgegebenen gültigen Stimmen führte Dr. Knoblich aus:

„Der parlamentarische Umgangsstil und das verantwortungsvolle Ringen über alle Fraktionsgrenzen hinweg um die bestmögliche Problemlösung haben uns in der vergangenen Legislaturperiode über die Landesgrenzen hinaus Anerkennung eingebracht. Ich wünsche uns allen, daß dies auch in den kommenden fünf Jahren Bestand hat. Das sage ich nicht nur mit Blick auf die vielen neuen Gesichter in allen Fraktionen.

Die ersten vier Jahre waren geprägt von einem Zeitdiktat, möglichst schnell den gesetzgeberischen und strukturellen Anschluß an die westlichen Bun-

desländer herzustellen. Nicht nur die Zahl der Gesetze und Verordnungen spricht Bände. Daß dabei auch mancher Schnellschuß fabriziert wurde, darf niemanden verwundern. Manches werden wir jetzt verfeinern müssen.

Wir sollten uns für die kommenden Jahre gemeinsam vornehmen, uns die Zeit für eine gründliche Erörterung aller Texte zu nehmen. Das erspart uns nicht nur spätere Korrekturen, sondern trägt vor allem zu einer sachgerechteren und verantwortbaren Entscheidung eines jeden Abgeordneten bei.“<sup>86</sup>

Für das Amt des Vizepräsidenten gab es zwei Wahlvorschläge. Die Fraktion der PDS-LL schlug Hannelore Birkholz und die Fraktion der CDU Martin Habermann vor, der sich mit 54 Jastimmen bei 86 gültigen Stimmen gegen die Mitbewerberin durchsetzte.

<sup>86</sup> Ebenda, S. 6.

Aufgrund der Besonderheit, dass die Fraktionen der CDU und der PDS über die gleiche Fraktionsstärke verfügten, also über jeweils 18 Mandate, musste gemäß Geschäftsordnung des Landtages die Reihenfolge der Fraktionen durch ein Losverfahren bestimmt werden. Danach erhielt die CDU die zweite und die PDS die dritte Stelle.

Die Fraktionsvorsitzenden	
SPD	Wolfgang Birthler
CDU	Dr. Peter Wagner (bis 07.09.1997)
	Dr. Wolfgang Hackel (ab 15.09.1997)
PDS	Prof. Dr. Lothar Bisky

### 3. Die Landesregierung

Zum Ministerpräsidenten wurde am 11.10.1994 im Landtag erneut Dr. Manfred Stolpe gewählt. Er erhielt in geheimer Wahl bei 86 gültigen Stimmen, 53 Jastimmen und 30 Neinstimmen bei 3 Enthaltungen. Am selben Tag wurden die Mitglieder der Landesregierung vor dem Landtag vereidigt.

Minister des Innern  
Alwin Ziel (SPD)

Minister der Finanzen  
Klaus-Dieter Kühbacher (SPD)

Minister der Justiz und für Bundes-  
und Europaangelegenheiten  
Dr. Hans Otto Bräutigam (parteilos)



Vereidigung des Ministerpräsidenten. Links: Ministerpräsident Dr. Manfred Stolpe. Rechts: Landtagspräsident Dr. Herbert Knoblich.

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie  
Dr. Burkhard Dreher (SPD)

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen  
Dr. Regine Hildebrandt (SPD)

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten  
Edwin Zimmermann (SPD)

Minister für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung  
Matthias Platzeck (parteilos, ab 1995 SPD)

Ministerin für Bildung, Jugend und Sport  
Angelika Peter (SPD)

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur  
Steffen Reiche (SPD)

Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr  
Hartmut Meyer (SPD)

Minister und Chef der Staatskanzlei  
Dr. Jürgen Linde (SPD)

Die SPD stellte in der 2. Wahlperiode eine Alleinregierung, wobei das Regierungshandeln nach der Regierungserklärung vom 18.11.1994 unter dem Motto stand: „Arbeiten wir für unser Land - Brandenburg lohnt den Einsatz“.

#### **Amtswechsel:**

Nach dem Rücktritt von Klaus-Dieter Kühbacher, der Chef der Landeszentralbank Berlin-Brandenburg wurde, übernahm Dr. Wilma Simon (SPD) das Fi-



Die 2. Brandenburger Landesregierung.

nanzressort. Am 11.10.1995 wurde sie vor dem Landtag vereidigt.

Gunter Fritsch (SPD) wurde nach dem Rücktritt von Edwin Zimmermann am 19.12.1997 vor dem Landtag als neuer Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vereidigt.

Für Matthias Platzeck (SPD), der am 04.11.1998 Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam wurde (bis 26.06.2002), übernahm Dr. Eberhard Henne (SPD) das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung, der am 11.11.1998 vor dem Landtag vereidigt wurde.

#### **4. Bilanzen und Begebenheiten: Von Rückschlägen und Neuerungen**

Dr. Horst Maschler wurde am 13.12.1995 auf Empfehlung des Ausschusses für Haushaltskontrolle als neuer Präsident des Landesrechnungshofes vom Landtag gewählt.<sup>87</sup>

<sup>87</sup> Plenarprotokoll (2/25) vom 13.12.1995, S.2270f.

Zu den Schwerpunkten der 2. Wahlperiode gehörte die bereits in der 1. Wahlperiode vorbereitete Entscheidung zur Länderfusion Berlin-Brandenburg. Am 22.06.1995 fand der Neugliederungsstaatsvertrag vom 27.04.1995 im Landtag Brandenburg zeitgleich mit dem Abgeordnetenhaus von Berlin die Zustimmung der Abgeordneten beider Parlamente (Neugliederungsvertragsgesetz vom 27.06.1995<sup>88</sup>).

In der Landtagsdebatte zum **Neugliederungsstaatsvertrag** stellte der Abgeordnete Wolfgang Birthler (SPD) fest: „*Brandenburg und Berlin bilden so oder so eine gemeinsame Region. Beide Länder sind zwingend auf ... enge Zusammenarbeit angewiesen. Anders lassen sich die Probleme in der Region überhaupt nicht lösen ... Wer sich die jahrzehntelange Neugliederungsdiskussion im Westen unserer Republik ansieht, der weiß, dass es für die Region Berlin-Brandenburg keine zweite Chance, keinen zweiten Anlauf zur Fusion geben wird. Schaffen wir es nicht jetzt, schaffen wir es nie.*“<sup>89</sup>

Prof. Dr. Lothar Bisky (PDS) merkte an: „*Zum Beispiel haben Sie, Herr Wagener, gestern von der Ehe erzählt. Sie haben gesagt, derzeit befänden wir uns ... in der Phase des Aufgebots, bald aber komme es zur Hochzeit ... Damit ist alles gesagt ... Es ist eine Fusion von oben und nicht von unten.*“<sup>90</sup>

„*Immerhin stimmten 64 Abgeordnete – und damit fünf mehr, als erforderlich wären –, für den Neugliederungsvertrag.*

*Lediglich die PDS-Fraktion ... stimmte geschlossen dagegen.*“<sup>91</sup> Knapp ein Jahr später lehnten die Brandenburger bei der Volksabstimmung im Mai 1996 den Vertrag mit 62,7 % bei einer Beteiligung von 66,4 % ab. Die Berlinerinnen und Berliner stimmten mit knapper Mehrheit für die Fusion.

Mit dem **Gesetz zur Errichtung eines Nationalparks „Unteres Odertal“** vom 27.06.1995<sup>92</sup> wurde eine wichtige Voraussetzung für die künftige Gestaltung des Gebietes im Rahmen eines grenzübergreifenden „Internationalpark Unteres Odertal“ unter Einbeziehung von ebenfalls wertvollen naturnahen Flächen im nördlich angrenzenden Poldergebiet auf polnischer Seite geschaffen.<sup>93</sup>

Wichtige Gesetze in der 2. Wahlperiode waren auch die weiteren **Gesetze zur Gemeindegliederung** und zur **Funktionalreform**. Beispielsweise erfolgte mit dem **Vierten Gemeindegliederungsgesetz** vom 08.02.1996<sup>94</sup> die Bildung einer einheitlichen Gemeinde der ehemaligen Militär- und Garnisonsstadt Wünsdorf im Amt Zossen. Teile des Areals befanden sich im gemeindefreien Gebiet Zehrendorf.

Das **Brandenburgische Schulgesetz** vom 12.04.1996<sup>95</sup> sorgte für heftige Diskussionen im Landtag und auch nach seiner Verabschiedung in der Öffentlichkeit wegen der damit verbundenen Einführung der Unterrichtsfächer

<sup>88</sup> GVBl. 1995 I, S. 150 f.

<sup>89</sup> Plenarprotokoll (2/17) vom 22.06.1995, S. 1434 f.

<sup>90</sup> Ebenda, S. 1435 f.

<sup>91</sup> Reinhardt, wie Fußnote 83, S. 214.

<sup>92</sup> GVBl. 1995 I, S. 114 ff.

<sup>93</sup> Gesetzesbegründung, Drucksache 2/580.

<sup>94</sup> GVBl. 1996 I, S. 20 f.

<sup>95</sup> GVBl. 1996 I, S. 102 ff.



Anhörung zum Brandenburgischen Schulgesetz im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport. L. n. r.: Ingrid Siebke (SPD); Minister für Bildung, Jugend und Sport Steffen Reiche; Carola Hartfelder (CDU).

„Lebenskunde-Ethik-Religionskunde“ (LER) und des Religionskundeunterrichts in Verantwortung der Kirche und Religionsgemeinschaften. Die Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht richteten sich dagegen, dass der konfessionelle Religionsunterricht nicht den Status eines ordentlichen Schulfaches erhielt. Sie endeten mit einem vom Bundesverfassungsgericht im Dezember 2001 bestätigten Vergleich.

Zu den Gesetzen, die bereits im Vorfeld zu großen Meinungsverschiedenheiten – auch innerhalb der Fraktionen – geführt haben, gehörte auch das **Brandenburgische Braunkohlengrundlagengesetz** vom 07.07.1997<sup>96</sup>, mit dem die Auflösung der Gemeinde Horno, die Eingliederung ihres Gemeindegebietes in die Gemeinde Jännschwalde sowie die dafür erforderliche Änderung des Enteignungsgesetzes beschlossen worden ist. Das Verfassungsgericht des Landes hatte hierüber in mehreren Verfahren zu befinden.

Mit dem **Vierten Gesetz zur Funktionalreform** vom 22.12.1997<sup>97</sup> erfolgte eine weitere Zuständigkeitsverlagerung auf die kommunale Ebene, wie sie bereits mit dem Dritten Funktionalreformgesetz vom 19.12.1996 mit der Übertragung von Zuständigkeiten in den Bereichen Umwelt, Naturschutz und Immissionsschutz an die Kommunen erfolgt war. Nunmehr ging es um die Gleichstellung der großen Städte hinsichtlich ihres Aufgabenbestandes. Mit einem umfassenden Gesetzeswerk, zahlreichen Änderungen von Gesetzen wie dem Wassergesetz und die Bauordnung sowie 28 Rechtsverordnungen wurden Aufgaben von Landesbehörden auf Landkreise, kreisfreie Städte und auch kreisangehörige Gemeinden übertragen.

Als erstes Bundesland verabschiedete Brandenburg ein **Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz** (vom 10.03.1998)<sup>98</sup>, zu dem der Abgeordnete

<sup>96</sup> GVBl. 1997 I, S. 72 ff.

<sup>97</sup> GVBl. 1997 I, S. 172 ff.

<sup>98</sup> GVBl. 1998 I, S. 46 f.



Blick in das Plenum der 2. Wahlperiode, 1999.

te Dr. Peter Wagner (CDU) kritisch anmerkte: *„Die CDU-Fraktion war damals und ist auch heute noch nicht ohne Vorbehalte gegenüber einer derartigen Regelung, zumal Bedenken bestanden und bestehen bezüglich der eventuellen Störung der Wettbewerbslandschaft bzw. des Zusammenwirkens der Verwaltung der Bundesländer, des Bundes bzw. der Europäischen Union ... Das vorliegende Gesetz ist ein Akteneinsichtsverhinderungsgesetz ... Schon der § 1 des Akteneinsichtsgesetzes wird durch das Erfordernis eines berechtigten Interesses, ... geschwächt.“*<sup>99</sup>

Prof. Dr. Michael Schumann (PDS) führte aus: *„... Freilich soll Gegenstand dieses Gesetzes nicht der Schutz verschiedenster Daten sein, ... sondern das Recht eines jeden, in solche Akten einzusehen ... Der erste Schwachpunkt betrifft die ‚berechtigten Interessen‘ ... Das zweite Problem sehe ich darin, daß wir uns darüber verständigen müssen, ob die Ablehnungsgründe einen abge-*

*schlossenen Katalog bilden sollen und nicht bei der praktischen Umsetzung weitere Ablehnungsgründe hinzugefügt werden können.“*<sup>100</sup>

Am 25.03.1998 wählte der Landtag auf Vorschlag des Innenausschusses Dr. Alexander Dix als neuen „Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht“. Der Abgeordnete Wolfgang Klein stellte dazu fest: *„Das Amt des Landesbeauftragten für den Datenschutz ist für unsere Demokratie zu wichtig, als daß es in den Dunstkreis parteipolitischer Auseinandersetzungen gezogen werden sollte.“*<sup>101</sup>

Als neue Präsidentin des Landesrechnungshofes wurde Gisela von der Aue auf Wahlvorschlag des Ausschusses für Haushaltskontrolle in der Landtagssitzung am 12.11.1998 gewählt.<sup>102</sup>

Das **Brandenburgische Hochschulgesetz** vom 20.05.1999<sup>103</sup> war

<sup>100</sup> Ebenda, S. 5719.

<sup>101</sup> Plenarprotokoll (2/81) vom 25.03.1998, S. 6653.

<sup>102</sup> Plenarprotokoll (2/94) vom 12.11.1998, S. 7608.

<sup>103</sup> GVBl. 1999 I, S. 130 ff.

<sup>99</sup> Plenarprotokoll (2/69) vom 18.09.1997, S. 5715.

ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Leistungsfähigkeit der Hochschulen und „... zur Einführung von Elementen der parlamentarischen Demokratie in die Hochschulorganisation. Ein starker Präsident wird von einem starken Senat kontrolliert, der den Präsidenten durch ein konstruktives Mißtrauensvotum abwählen kann“, merkte der Abgeordnete Dr. Klaus-Dietrich Krüger (SPD) an.

In der 2. Wahlperiode arbeiteten **15 Fachausschüsse**.

Es wurden **2 Untersuchungsausschüsse** und **1 Enquete-Kommission** zu folgenden Themen eingesetzt:

- „Untersuchungsausschuss zur Aufklärung des **Grunderwerbs in Berlin und Schönefeld durch die Berlin Brandenburg Flughafen Holding GmbH (BBF) und die Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH (FBS)**“; Anträge von jeweils 18 Abgeordneten der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der PDS und Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 13.12.1994 und Bericht vom 09.01.1997.<sup>104</sup>
- „Untersuchungsausschuss zu den Vorgängen um die **Brandenburgische Landgesellschaft**“ (BLG); Antrag von 18 Abgeordneten der Fraktion der CDU vom 27.08.1996 und Bericht vom 12.01.1999.<sup>105</sup>
- **Enquete-Kommission zur „Gemeindegebietsreform im Land Brandenburg“**; Antrag von SPD und PDS vom 06.05.1997 und Bericht vom 22.04.1999.<sup>106</sup>

In der 2. Wahlperiode gab es folgende **Sondersitzungen** des Landtages:

- Auf Antrag der Fraktion der PDS zur **„Verantwortung der Landesregierung für die Sanierung des Unternehmens SMI** zur Sicherung und Neustrukturierung des Produktionsstandortes im Bereich der Mikroelektronik Frankfurt (Oder) sowie zur Stabilisierung gefährdeter Unternehmen im privatisierten Treuhandbereich“ kam es zu einer Sondersitzung des Landtages am 06.05.1997.<sup>107</sup>
- Mit Antrag von 18 Abgeordneten der PDS wurde am 25.08.1999 eine Sondersitzung des Landtages zu den „Konsequenzen für das Land Brandenburg aus der **Entscheidung des brandenburgischen Oberlandesgerichts vom 03.08.1999 zum Großflughafen Berlin Brandenburg International**“ abgehalten.

## Heiterkeit im Plenarsaal

In der Landtagssitzung am 06.09.1995 richtete der Abgeordnete Joachim Stöcker (CDU), die Frage an die Landesregierung, wie sie Vorgänge beurteile bei denen „... *leichtfertig Tiere, die auf der ‚roten Liste‘ stehen, gefährdet werden. So soll unter anderem eine Waldeidechse durch diese Umweltexperimente getötet worden sein.*“

Umweltminister Matthias Platzeck widersprach der Behauptung, dass es Umweltexperimente gebe und stellte klar: „... *Um zu vermeiden, dass eventuell in den Graben fallende Kleintie-*

<sup>104</sup> Drucksache 2/3630.

<sup>105</sup> Drucksache 2/5827.

<sup>106</sup> Drucksache 2/6260.

<sup>107</sup> Plenarprotokoll (2/59) vom 06.05.1997, S. 5076.

re in diesem festsitzen, wurde der Graben abschnittsweise mit Ausstieghilfen versehen ... Was den Tod der Eidechse betrifft, so kann ich nur sagen: Die Ermittlungen dazu sind eingestellt. Es gibt keine andere Erklärung als die des Alters. Denn es ist erwiesen, dass Reptilien dieser Art ohne Schaden sowohl den Fall aus einer mehrfachen Höhe des Kabelgrabens als auch fehlende Nahrungsaufnahme über mehrere Wochen überstehen. Beides traf nicht zu.“<sup>108</sup>

Zur 1. Lesung des Spielbankengesetzes und der damit verbundenen Standortentscheidungen für die Spielbanken im Land Brandenburg fragte der Abgeordnete Dr. Werner Kallenbach aus der Stadt Brandenburg an der Havel in der Landtagssitzung am 06.09.1995 den zuständigen Minister: „Ist Brandenburg die drittgrößte Stadt des Landes an der Havel oder nicht?“

Minister Ziel: „An der Havel auf jeden Fall. Spaß beiseite. Diesen Streit will ich heute hier nicht führen, aber ich freue mich auf diesen Streit nachher in den Ausschüssen. Diesmal haben wir es so festgemacht, daß sich das Parlament dazu bekennen muß und nicht ein Innenminister einsam an seinem Schreibtisch diese Entscheidung treffen soll. - Danke schön. (Frau Dettmann [SPD]: Wir können alles noch ändern!).“<sup>109</sup>

In ihrer Rede zu dem Gesetzentwurf zur Änderung der Kommunalverfassung führt die Abgeordnete Britta Stark (SPD) in der Landtagssitzung am 09.11.1995 aus: „Herr Präsident! Meine sehr verehr-

ten Damen und Herren! Sehr verehrter Kollege Schumann, ich kann mir hier ein breites Grinsen nicht verkneifen. Salopp und bildlich gesprochen: Sie sind als Tiger gestartet und als Bettvorleger gelandet.

(Beifall bei der CDU – Prof. Dr. Schumann [PDS]: Vor Ihrem Bett gerne! – Allgemeines Gelächter).“<sup>110</sup>

Zu Fragen der Technologiefolgeabschätzungen in der Gentechnik führte Joachim Stöcker (CDU) aus: „Wir waren beim Tragen von Jeans. Wir sprachen darüber, daß die alten Haudegen unter Ihnen die Diskussion ja auch geführt haben. Ich habe nachgelesen - sehen Sie, ich habe noch einmal nachgelesen! -: Als Kampfinstrument des amerikanischen Imperialismus wurden sie verteufelt. Die Arbeitsmoral des werktätigen Volkes sollten sie untergraben, das Liebesleben junger Genossen durcheinanderwirbeln und weitere schlimme Dinge bewirken! Aber, meine Damen und Herren, die Geschichte hört ja nicht auf. Ich glaube, es war Stephan Hermlin oder Stefan Heym, der in einem scharfen Essay nachgewiesen hat, daß die Niethosen die Arbeitshosen des ausgebeuteten Proletariats von Amerika waren. Flugs zwängten sich auch üppige Funktionärsleiber in die besagten Hosen. Was lehrt uns diese Geschichte? - Dazu zitiere ich den Saarländer Genossen Honecker: ‚Die Geschichte in ihrem Lauf halten weder Ochs noch Esel auf.‘“<sup>111</sup>

Nicht unerwähnt bleiben darf folgende Kleine Anfrage von Dr. Dr. Mar-

<sup>108</sup> Plenarprotokoll (2/19) vom 06.09.1995, S.1629f.

<sup>109</sup> Ebenda, S.1656.

<sup>110</sup> Plenarprotokoll (2/24) vom 09.11.1995, S.2128.

<sup>111</sup> Plenarprotokoll (2/47) vom 21.11.1996, S.4239.



Besucher einer Plenarsitzung.

kus Vette (CDU) vom 1. April 1999 an die Landesregierung: „Nahe der Landesgrenze findet man an der Autobahn 21 ein Schild mit der Aufschrift ‚Stolpe‘. Da dies für eine Bundesautobahn ungewöhnlich ist, frage ich die Landesregierung: Trifft es zu, dass seitens anderer politischer Parteien in Brandenburg Anträge zum Aufstellen von ähnlichen Schildern, etwa mit der Aufschrift ‚Bisky‘ oder ‚Schönbohm‘ beim Innenministerium eingereicht wurden, und wie verhält sich die Landesregierung zu einem solchen Ansinnen?“

In der Antwort führte der Chef der Staatskanzlei, Dr. Jürgen Linde, gleichfalls noch am 1. April 1999, u. a. aus:

„Selbstverständlich sind die Kommunen nicht gehindert, für andere im Landtag vertretene Parteien derartige Würdigungen von Spitzenpolitikern wie Schönbohm und Bisky – zu denken wäre hier an geringfügige Namensänderungen von Ortschaften wie Schönefeld (Landkreis Dahme-Spreewald), Schönewalde (Landkreis Elbe-Elster), Schönwalde (Landkreis Havelland) bzw. Brieskow-

*Finkenherd (in Bisky-Finkenherd) – vorzunehmen... Die Landesregierung ist bereit, entsprechende Vorschläge der Oppositionsparteien gewissenhaft zu prüfen und im Falle nachgewiesener Plausibilität und Respektabilität an die Bundesregierung weiterzuleiten.“<sup>112</sup>*

## Statistik

In der 2. Wahlperiode verabschiedete der Landtag in 108 Sitzungen 157 Gesetze, darunter zahlreiche Novellierungen. Es wurden 64 Große Anfragen und beachtliche 2071 Kleine Anfragen auf den Weg gebracht.

Die längsten Reden mit jeweils 50 Minuten Redezeit wurden von Prof. Dr. Lothar Bisky (PDS) und Dr. Peter Wagner (CDU) gehalten.

Von 4790 Petitionen konnten 4695 abgeschlossen werden. Die Beschwerden richteten sich hauptsächlich auf Fragen wie Rückübertragungsansprü-

<sup>112</sup> Drucksache 2/6221.

che auf Grundstücke, die Abwicklung der Bodenreform und die Weiterbeschäftigung im öffentlichen Dienst trotz früherer MfS-Zugehörigkeit.

Von den sechs eingereichten Volksinitiativen wurde den drei Initiativen „Schaffung sozialer und rechtlicher Voraussetzungen bei der Überleitung in das Vergleichsmietensystem in den neuen Bundesländern“, „Bürgerinitiative gegen den Schnellstraßenbau Finowtal und Niederoderbruch“ sowie „Bürgerbewegung für sozialverträgliche Wasser- und Abwasserpreise Eberswalde“ durch entsprechende Landtagsbeschlüsse Rechnung getragen. Von drei Volksbegehren war die „Initiative zur Einbringung eines Gesetzes zur Förderung der Musikschulen im Land Brandenburg“ trotz fehlender förmlicher Voraussetzungen insofern erfolgreich, als die Landesregierung zur Vorlage eines entsprechenden Gesetzes aufgefordert wurde, das dann auch in der dritten Legislaturperiode beschlossen worden ist.

**Besucher** des Landtagsgebäudes (einschließlich von Plenarsitzungen): 45308.



# VII. Die 3. Wahlperiode des Landtages vom 29.09.1999 bis 13.10.2004

## 1. Das Wahlergebnis und die Abgeordneten

Die Wahl zum dritten Landtag fand am 05.09.1999 statt, an der sich 54,30 % der wahlberechtigten Bürger beteiligten. Die DVU überschritt die 5 %-Grenze knapp und war mit fünf Abgeordneten erstmals in den Landtag eingezogen. Damit erhöhte sich die Anzahl der Fraktionen auf vier.

Da auf die SPD nach dem Ergebnis der Zweitstimmen 36 Sitze entfallen waren und in 37 Wahlkreisen die Bewerber der SPD gewählt worden waren, erhielt die SPD ein Überhangmandat, sodass der Landtag in der 3. Wahlperiode anfangs 89 statt 88 Mitglieder hatte. Nach-

dem die direkt gewählte Abgeordnete Dr. Regine Hildebrandt ihren Verzicht auf das Mandat erklärt hatte, rückte als Ersatzperson Angelika Thiel-Vigh nach. Dies erklärte das Landesverfassungsgericht mit Urteil vom 12.10.2000<sup>113</sup> für unwirksam, weil das Nachrücken einer Ersatzperson aus der Landesliste entfallt, wenn der ausscheidende Mandatsträger im Wahlkreis direkt gewählt worden sei und seine Partei bis zu zwei Überhangmandate erhalten habe.

Der Frauenanteil im Parlament betrug zu Beginn der 3. Wahlperiode 33 %, und das Durchschnittsalter der Abgeordneten lag bei 49 Jahren.

<sup>113</sup> VfGBbg: 19/00.

	Erststimmen	Zweitstimmen	Sitze
<b>SPD</b>	38,15 %	39,33 %	37
<b>CDU</b>	28,68 %	26,55 %	25
<b>PDS</b>	25,26 %	23,34 %	22
<b>DVU</b>	–	5,28 %	5
GRÜNE/B90	2,51 %	1,94 %	
F.D.P.	3,06 %	1,86 %	

**Bei den 89 Abgeordneten handelte es sich um:**

**Fraktion der SPD (37 Mandate, ab 12.10.2000 36 Mandate):**

1. Wolfgang Birthler
2. Mike Bischoff
3. Klaus Bochow
4. Reinhold Dellmann
5. Christel Dettmann
6. Ulrich Freese
7. Gunter Fritsch
8. Robert Gemmel
9. Martina Gregor
10. Dr. Regine Hildebrandt
11. Dr. Werner Kallenbach
12. Wolfgang Klein
13. Lothar Kliesch
14. Dr. Herbert Knoblich
15. Joachim Kolbe
16. Heidemarie Konzack
17. Andreas Kuhnert
18. Manfred Lenz
19. Hartmut Meyer
20. Heiko Müller
21. Uta-Brigitte Müller
22. Peter Muschalla
23. Manfred Rademacher
24. Christel Redepenning
25. Steffen Reiche
26. Reinhilde Schildhauer-Gaffrey
27. Werner-Siegwart Schippel
28. Christoph Schulze
29. Ingrid Siebke
30. Dr. Manfred Sternagel
31. Dr. Manfred Stolpe
32. Jörg Vogelsänger
33. Dr. Karsten Wiebke
34. Dr. Dietmar Woidke
35. Dagmar Ziegler
36. Alwin Ziel
37. Edwin Zimmermann

**Fraktion der CDU (25 Mandate):**

1. Alard von Arnim
2. Uwe Bartsch
3. Beate Blechinger
4. Dieter Dombrowski
5. Dr. Christian Ehler
6. Martin Habermann
7. Dr. Wolfgang Hackel
8. Carola Hartfelder
9. Dieter Helm
10. Dierk Homeyer
11. Detlef Karney
12. Thomas Lunacek
13. Marina Marquardt
14. Rainer Neumann
15. Dr. Wieland Niekisch
16. Heinz-Dieter Nieschke
17. Sven Petke
18. Barbara Richstein
19. Jörg Schönbohm
20. Burkhard Schöps
21. Wilfried Schrey
22. Monika Schulz
23. Ingo Senftleben
24. Dr. Peter Wagner
25. Frank Werner

**Fraktion der PDS (22 Mandate):**

1. Kerstin Bednarsky
2. Hannelore Birkholz
3. Prof. Dr. Lothar Bisky
4. Ralf Christoffers
5. Heinz Dobberstein
6. Thomas Domres
7. Dr. Dagmar Enkelmann
8. Frank Hammer
9. Kerstin Kaiser-Nicht
10. Stefan Ludwig
11. Kerstin Osten
12. Stefan Sarrach
13. Dr. Esther Schröder (ab 10/2002 fraktionslos, ab 01/2004 SPD)

14. Prof. Dr. Michael Schumann
15. Gerlinde Stobrawa
16. Anita Tack
17. Wolfgang Thiel
18. Dr. Andreas Trunschke
19. Heinz Vietze
20. Klaus-Jürgen Warnick
21. Kornelia Wehlan
22. Irene Wolff (später: Wolff-Molorciuc)

#### **Fraktion der DVU (5 Mandate):**

1. Michael Claus
2. Birgit Fechner
3. Werner Firneburg
4. Liane Hesselbarth
5. Sigmar-Peter Schuldt

#### **Davon schieden aus:**

- Dr. Regine Hildebrandt (SPD)<sup>114</sup>
- Angelika Thiel-Vigh (SPD)
- Prof. Dr. Michael Schumann (PDS)<sup>115</sup>
- Stefan Ludwig (PDS)
- Jörg Vogelsänger (SPD)
- Dr. Manfred Stolpe (SPD)
- Werner Firneburg (DVU)<sup>116</sup>
- Joachim Kolbe (SPD)<sup>117</sup>
- Reinhilde Schildhauer-Gaffrey (SPD)<sup>118</sup>
- Hannelore Birkholz (PDS)
- Christel Dettmann (SPD)

#### **Dafür rückten nach:**

- Angelika Thiel-Vigh (SPD)
- Gerrit Große (PDS)
- Petra Faderl (PDS)
- Heidrun Förster (SPD)

<sup>114</sup> Verstorben am 16.11.2001.

<sup>115</sup> Verstorben am 02.12.2000.

<sup>116</sup> Verstorben am 12.03.2003.

<sup>117</sup> Verstorben am 18.03.2003.

<sup>118</sup> Verstorben am 18.07.2003.



Alterspräsident Heinz Dobberstein.

- Britta Stark (SPD)
- Markus Nonninger (DVU)
- Heidrun Schellschmidt (SPD)
- Angela Müller (SPD)
- Christian Görke (PDS)
- Susanne Melior (SPD)

## **2. Die konstituierende Sitzung des dritten Landtages**

In der konstituierenden Sitzung des dritten Landtages am 29.09.1999 führte der Abgeordnete Dobberstein (PDS) als Alterspräsident in seiner Rede aus:

*„Eine der mir wichtigsten Herausforderungen besteht darin, dass es allen politischen Kräften, egal welcher Richtung, gelingen muss zu verhindern, dass Krieg, Verfolgung und Vernichtung auf dieser Welt wieder akzeptabel werden, zu verhindern, dass es – wie zu Zeiten des Kalten Krieges – möglich ist, Begründungen für Kriegsverbrechen zu finden, und Bürgerinnen und Bürger in eine schon fast peinliche Lethargie verfallen, statt sich zu wehren.“*

*Daraus ergibt sich für mich eine zweite Herausforderung an die Politik auch dieses Hauses: Wir alle tragen ein hohes Maß an Verantwortung dafür, dass sich auch nichtdeutsche Mitbürgerinnen und Mitbürger im Land Brandenburg zu Hause fühlen, dass wir stärkere Integrationsmöglichkeiten für sie finden und wirkliche Chancengleichheit herstellen.*

*Sorgen wir dafür, dass Artikel 1 des Grundgesetzes – ‚Die Würde des Menschen ist unantastbar.‘ – nicht zu Makulatur verkommt! ...*

*Rassismus und Ausländerfeindlichkeit schaden nicht nur dem Ansehen eines demokratischen Landes, sondern auch der wirtschaftlichen, touristischen und sozialen Entwicklung, für die wir vor den Augen unserer Kinder und Kindeskiner die Verantwortung tragen.*

*Eine dritte Herausforderung möchte ich benennen: Wir stehen in den nächsten Wochen und Monaten vor Grundsatzenscheidungen darüber, welche Bedeutung und Entwicklung wir unseren Kommunen zubilligen wollen. Wie ein Patient hängen die Kommunen am Finanztropf der Bundes- und der Landesregierung. Erneuerung und Aktivität bleiben im Rennen um den am besten ausgefüllten Fördermittelantrag auf der Strecke.*

*Noch steht nicht im Mittelpunkt der Finanzpolitik, was unsere Kommunen brauchen, um lebenswerte Lebensräume für Menschen zu sein, sondern die Frage, welche Fördermittel gerade noch vorhanden sind und ob der Eigenanteil der Kommune gezahlt werden kann ...*

*Als letzte Herausforderung möchte ich benennen: Das Land Brandenburg*

*wird sich daran messen lassen müssen, ob es gelingt, mehr soziale Gerechtigkeit herzustellen und Armut zu überwinden.“<sup>119</sup>*

In dieser Sitzung wurde Dr. Herbert Knoblich bei offener Wahl erneut zum Landtagspräsidenten mit der erforderlichen Mehrheit der Stimmen gewählt.<sup>120</sup> Als Vizepräsident wurde ein weiteres Mal Martin Habermann gewählt, der sich mit 59 Jastimmen von 82 gültigen Stimmen gegen seine Mitbewerberin Dr. Dagmar Enkelmann von der PDS durchsetzte.



Demonstration gegen den Einzug der DVU vor dem Gebäude des Landtages.

In seiner Dankesrede führte Dr. Knoblich aus: „Parlamente sind Abbilder der Gesellschaft. Insofern demonstrieren sie den Willen des Souveräns uneingeschränkt. Sie können also nicht besser sein als er selbst, aber auch nicht schlechter. Und wenn es Unmut über vermeintliche Schwächen dieser Gesellschaft und Attacken gegen demokratisch legitimierte Mandatsträger gibt,

<sup>119</sup> Plenarprotokoll (3/1) vom 29.09.1999, S. 3 ff.

<sup>120</sup> Da eine offene Wahl stattfand, erfolgte keine Stimmenauszählung.



Blick in das Präsidium der 3. Wahlperiode.

*dann frage ich: Ist dies die richtige Adresse?*

*Die Wahl der Abgeordneten heißt für mich Verpflichtung gegenüber dem Souverän, heißt für mich Verpflichtung zur Ehrlichkeit, zur Aufrichtigkeit, zur Redlichkeit, zur Wahrhaftigkeit und zur Gewissenhaftigkeit gemäß Artikel 56 der brandenburgischen Verfassung. Es heißt Verpflichtung zur bewussten Verantwortung jedes Einzelnen für das gesamte Land.“<sup>121</sup>*

#### Die Fraktionsvorsitzenden

SPD	Wolfgang Birthler (bis 12.10.1999) Gunter Fritsch (ab 12.10.1999)
CDU	Jörg Schönbohm (bis 12.10.1999) Beate Blechinger (ab 12.10.1999)
PDS	Prof. Dr. Lothar Bisky
DVU	Liane Hesselbarth

### 3. Die Landesregierung

In der Landtags Sitzung am 13.10.1999 wurde zum dritten Mal Dr. Manfred Stolpe zum Ministerpräsidenten gewählt. Bei 85 gültigen Stimmen entfielen auf ihn 58 Jastimmen.

Ebenfalls in dieser Sitzung wurden die Mitglieder der Landesregierung vor dem Landtag vereidigt.

Minister des Innern  
Jörg Schönbohm (CDU)

Minister der Justiz und für Europa-angelegenheiten  
Prof. Dr. Kurt Schelter (CDU)

Ministerin der Finanzen  
Dr. Wilma Simon (SPD)

Minister für Wirtschaft  
Dr. Wolfgang Fürniß (CDU)

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen  
Alwin Ziel (SPD)

Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung  
Wolfgang Birthler (SPD)

<sup>121</sup> Ebenda, S. 6.

Minister für Bildung, Jugend und Sport  
Steffen Reiche (SPD)

Minister für Wissenschaft, Forschung  
und Kultur  
Dr. Wolfgang Hackel (CDU)

Minister für Stadtentwicklung, Wohnen  
und Verkehr  
Hartmut Meyer (SPD)

Chef der Staatskanzlei  
Rainer Speer (SPD)

SPD und CDU bildeten erstmals eine Große Koalition. Das Regierungshandeln wurde in der Regierungserklärung vom 24. 11. 1999 so überschrieben: *„Kräfte bündeln und Chancen nutzen.“*

#### **Amtswechsel:**

Nach dem Rücktritt von Dr. Wilma Simon wurde Dagmar Ziegler (SPD) am 20. 09. 2000 vor dem Landtag als neue Finanzministerin vereidigt.



Ministerpräsident Dr. Manfred Stolpe (r.) und der Minister des Innern Jörg Schönbohm gratulieren Prof. Dr. Johanna Wanka im Anschluss an die Vereidigung vor dem Landtag.

Prof. Dr. Johanna Wanka (parteilos) wurde nach dem Rücktritt von Dr. Wolfgang Hackel (CDU) als Kulturministerin am 18. 10. 2000 vor dem Landtag vereidigt.

In der Landtags Sitzung am 26. 06. 2002 wurde Matthias Platzeck (SPD), der von 1990 bis 1998 Umweltminister und seit 1998 Oberbürgermeister der Stadt Potsdam war, zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. Von den 82



Die Brandenburger Landesregierung, 1999.



Ministerpräsident Matthias Platzeck (l.) leistet seinen Amtseid. Rechts: Landtagspräsident Dr. Herbert Knoblich.

an der Wahl beteiligten Abgeordneten erhielt er 54 Jastimmen.

Nach dem Wechsel des Ministerpräsidenten wurden die Mitglieder der Landesregierung von ihm ernannt und am 27.06.2002 vor dem Landtag vereidigt. Die Ministerinnen und Minister des Kabinetts Stolpe behielten ihre Ämter.

In einer Sondersitzung des Landtages am 14.08.2002 wurden als neue Ministerin der Justiz und für Europaangelegenheiten Barbara Richstein (CDU) als Nachfolgerin des zurückgetretenen Prof. Dr. Kurt Schelter und Günter Baaske (SPD) als neuer Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen für den aus dem Kabinett ausgeschiedenen Alwin Ziel vor dem Landtag vereidigt.

In der Landtagssitzung am 14.11.2002 wurde Ulrich Junghanns (CDU) vor dem Landtag vereidigt, der nach dem Rücktritt von Dr. Wolfgang Fűrniß das Amt des Wirtschaftsministers übernahm.

Am 24.09.2003 wurde Frank Szymanski (SPD) für den zurückgetretenen Hartmut Meyer als neuer Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr vor dem Landtag vereidigt.

#### **4. Bilanzen und Begebenheiten: Vom erfolgreichen Volksbegehren über die Gemeindegebietsreform bis zum Konsolidierungskurs**

Das **Brandenburgische Musikschulgesetz** vom 19.12.2000<sup>122</sup> ist in die Geschichte des Landtages eingegangen, da es Ergebnis eines Volksbe-

gehrens war. Allerdings hatten die für Haushalt und Finanzen zuständigen Abgeordneten hinsichtlich der Schaffung eines weiteren Leistungsgesetzes mit nicht unwesentlichen finanziellen Auswirkungen im Vorfeld Bedenken angemeldet.

Der Abgeordnete Dr. Andreas Trunschke (PDS) bemerkte in der Landtagssitzung zur zweiten Lesung des Gesetzes: *„Zum ersten Mal in der Bundesrepublik werden die Belange der Musikschulen in einem eigenständigen Gesetz geregelt. Das hat Signalwirkung über das Land Brandenburg hinaus... Der eigentliche Erfolg ist der Erfolg der Volksinitiative und des Volksbegehrens.“*

Die Abgeordnete Heidemarie Konzack (SPD) stellte fest: *„Den hohen Standard, den unsere Musikschulen haben ... zu sichern, muss unter anderem die Aufgabe Brandenburger Kulturpolitik sein.“*<sup>123</sup>

Mit dem **Gesetz zur Reform der Polizeistruktur** vom 20.12.2001<sup>124</sup> wurde die Zahl der Polizeipräsidien von sechs auf zwei und die der Schutzbereiche von 21 auf 15 reduziert, und es wurden erhebliche mittelfristige Personalkosteneinsparungen vorgesehen.

Zu den 146 verabschiedeten Gesetzen der 3. Wahlperiode gehörten auch die Gesetze zur landesweiten **Gemeindegebietsreform**. Nur noch 433 Gemeinden mit teilweise neuen Gemeinde- und Amtsgrenzen waren das Ergebnis. Großer Unmut im Lande sorgte für viele Klagen vor dem Landesverfas-

<sup>122</sup> GVBl. 2000 I, S. 178f.

<sup>123</sup> Plenarprotokoll (3/27) vom 13.12.2000, S. 1620 ff.

<sup>124</sup> Drucksachen 3/3363, 3/3605.

sungsgericht, das aber die Struktur der Reform als rechtmäßig bestätigte.

In der Landtagsdebatte zur Beschlussfassung über das **Gesetz zur Reform der Gemeindestruktur und Stärkung der Verwaltungskraft der Gemeinden** vom 13.03.2001<sup>125</sup> führte der Abgeordnete Klaus Bochow (SPD) aus: „In Brandenburg existieren gegenwärtig ca. 1 500 Gemeinden, von denen fast 60 % ... weniger als 500 Einwohner aufweisen. Die Problematik bei diesen Gemeinden besteht darin, dass sie häufig nicht in der Lage sind, gemeindliche Einrichtungen zur Durchführung pflichtiger wie freiwilliger Selbstverwaltungsaufgaben für ihre Bürger vorzuhalten. Die Folge dieser mangelnden Leistungsfähigkeit besteht in der Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung.“<sup>126</sup>

Als wegweisend für die Schaffung einer Medienlandschaft Berlin-Brandenburg kann das **Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Rundfunkanstalt Berlin-Brandenburg** vom 14.10.2002<sup>127</sup> bezeichnet werden. Der Abgeordnete Wolfgang Klein (SPD) äußerte dazu: „Mit der Vereinigung von ORB und SFB zum RBB erwarten die im Landtag und Abgeordnetenhaus Berlin vertretenen Parteien ... programmliche, medienpolitische und regionalpolitische Vorteile ... So erwarten wir vom Zusammenschluss eine stabile und wettbewerbsfähige öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt für die Region Berlin-Brandenburg.“<sup>128</sup>

<sup>125</sup> GVBl. 2001 I, S. 30 ff.

<sup>126</sup> Plenarprotokoll (3/31) vom 28.02.2001, S. 1897.

<sup>127</sup> GVBl. 2002 I, S. 138 ff.

<sup>128</sup> Plenarprotokoll (3/63) vom 09.10.2002, S. 4214.

Mit den **Haushaltsstrukturgesetzen der Jahre 2000, 2002 und 2003** wurde der Konsolidierungskurs verschärft. Es erfolgten Kürzungen in fast allen Bereichen, und es begann eine gezielte Aufgabenkritik in der Landesverwaltung. Finanzministerin Dagmar Ziegler (SPD): „Neben den gezielten Einsparungen von 190 Einzelpositionen stellt die Anpassung der Leistungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs für die Kommunen einen sehr schmerzhaften Eingriff dar ... Ich denke, es ist uns allen bewusst, dass den Einsparoperationen des Nachtrags 2003 in den kommenden Jahren weitere folgen müssen.“<sup>129</sup>

Zu dem ersten Sparpaket der Wahlperiode gehörte die umfassende **Reform der Kindertagesbetreuung**<sup>130</sup> durch ein Umsteuern der Finanzierung weg von der Finanzierung der Strukturen hin zur Pro-Kind-Finanzierung.

Zur zweiten Lesung des Haushaltsstrukturgesetzes 2003 am 09.04.2003 führte die Abgeordnete Gerrit Große (PDS) aus: „Kaum ein anderer Bereich muss so bluten wie der Bildungsbereich ... 28 Millionen Euro im Nachtragshaushalt, bis 2010 Einsparung von ca. 7 000 Stellen ... im Kita-Bereich Kürzung ... um dann fast 70 Millionen Euro...“

Der Abgeordnete Mike Bischoff hielt dagegen: „...in Brandenburg wird mehr als jeder zehnte Euro für die Bildungspolitik ausgegeben ... Die Kosten Ihrer Forderungen liegen bei 487 Millionen Euro ... Das Land zahlt derzeit pro Jahr

<sup>129</sup> Plenarprotokoll (3/71) vom 05.03.2003, S. 4824 ff.

<sup>130</sup> Drucksache 3/1047.

etwa 800 Millionen Euro an Zinsen für Mittel, die im Wesentlichen für den Aufbau unseres Landes eingesetzt worden sind.“<sup>131</sup>

In der Landtagssitzung vom 05.03.2003 führte Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) anlässlich der Plenardebatte zu den **Gesetzen der landesweiten Gemeindegebietsreform** aus: „Vor Ihnen liegen heute sechs Gesetzentwürfe, mit denen die vor drei Jahren begonnene Gemeindestrukturreform für 337 Gemeinden zum Abschluss gebracht werden soll. Einige Gemeinden werden die Gesetze begrüßen, denn sie haben mit anderen Verträge zur Neugliederung geschlossen, deren Realisierung von Dritten verhindert wurde. Dennoch bleiben 202 Gemeinden, die gegen ihren Willen eingegliedert, und 100 Gemeinden, die zusammengeschlossen werden ... Am Tag der Kommunalwahl werden die Bürger in vier kreisfreien Städten, in 144 amtsfreien Städten und Gemeinden und in 272 Gemeinden in 54 Ämtern ihre Vertretung wählen.“<sup>132</sup>

Zur Kritik des Abgeordneten Stefan Sarrach (PDS) hinsichtlich der Zuordnung einzelner Gemeinden merkte der Abgeordnete Werner-Siegwart Schippel (SPD) an: „Die Meinungen sind bei diesem Reformprozess aufeinander geprallt ... Meiner Meinung nach geht es jetzt darum, dass diese Meinungsverschiedenheiten nach Verabschiedung der Reformgesetze nicht in tiefe Gräben umgewandelt werden; denn wir alle leben nach wie vor in einem Gemeinwe-

sen und unser Zusammenleben kann nur funktionieren, wenn die Meinung des anderen geachtet wird.“<sup>133</sup>

Der Vorsitzende des Innenausschusses Christoph Schulze (SPD) bezeichnete die Gemeindegebietsreform wie folgt: „Ich glaube, die Gemeindegebietsreform ist ein Meilenstein unserer Geschichte, aber sie ist keine Sternstunde ... Wir haben im Innenausschuss 140 Stunden miteinander gerungen ...“<sup>134</sup>

Mit dem **Zweiten Gesetz zur Entlastung der Kommunen von pflichtigen Aufgaben** vom 17.12.2003<sup>135</sup> wurden Landkreise und Gemeinden von Aufgaben entlastet, für die sie bislang per Gesetz verpflichtet waren. Aufgrund reduzierter Schlüsselzuweisungen für 2003 und 2004 enthält das Gesetz u. a. Aufgabenreduzierungen in den Bereichen Kinder- und Jugendgesundheitschutz.

Der Abgeordnete Sven Petke (CDU) ergänzte: „Mit dem Gesetz eröffnen wir den Kommunen einen größeren Handlungsspielraum. Gleichzeitig räumen wir ihnen mehr Eigenverantwortung ein ...“<sup>136</sup>

Großes öffentliches Aufsehen erregte die sogenannte **Trennungsgeldaffäre**. Es ergab sich der Verdacht, dass einzelne Beamte und Richter zu Unrecht Trennungsgeld bezogen hatten. Der Ministerpräsident sprach am 28.01.2004 in der 89. Sitzung des Landtags Brandenburg von einer „Vertrauenskrise“; „das Ansehen der Justiz in unserem Land ist

<sup>133</sup> Ebenda, S. 4814.

<sup>134</sup> Ebenda, S. 4818.

<sup>135</sup> GVBl. 2003 I, S. 294 ff.

<sup>136</sup> Plenarprotokoll (3/82) vom 24.09.2003, S. 5626.

<sup>131</sup> Plenarprotokoll (3/73) vom 09.04.2003, S. 4943 ff.

<sup>132</sup> Plenarprotokoll (3/71) vom 05.03.2003, S. 4793 ff.

*beschädigt*“. Nach Auffassung der Opposition im Landtag betrieb die Landesregierung die Aufklärung zunächst nur schleppend und nicht mit der erforderlichen Konsequenz. Im Zuge der weiteren Nachprüfung kam es zu Rückforderungen von Trennungsgeld sowie auch zu Strafverfahren.

Am 12.05.2004 wurde als neue Präsidentin des Verfassungsgerichts des Landes Brandenburg Monika Weisberg-Schwarz gewählt. Die Ernennung durch den Landtagspräsidenten erfolgte am 13.05.2004.<sup>137</sup>

In der 3. Wahlperiode arbeiteten **14 Fachausschüsse**.

Es wurden **3 Untersuchungsausschüsse** zu folgenden Themen eingesetzt:

- „Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Mitverantwortung der Gesellschafter der BBF am bisherigen Verlauf des **Privatisierungsverfahrens und des Vergabeverfahrens zur privaten Errichtung des Großflughafens BBI**“; Antrag von 18 Abgeordneten der Fraktion der PDS vom 07.03.2000 und Änderungsantrag von SPD und CDU vom 15.03.2000 mit Bericht vom 17.06.2003.<sup>138</sup>
- „Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Verantwortung der Landesregierung und der Landesvertreter in den Gesellschafterversammlungen und Aufsichtsräten sowie der Geschäftsführer für den bisherigen Verlauf 1991 bis 2001 der

Entwicklung... der **Landesentwicklungsgesellschaft**... (LEG)... LEG-Gruppe, ihrer Töchter und Beteiligungen“; Antrag vom 12.09.2001 von 21 Abgeordneten der Fraktion der PDS und Bericht vom 23.08.2004.<sup>139</sup>

- „Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Verantwortung der Landesregierung für die Vorbereitung und Realisierung des **Investitionsvorhabens Chipfabrik** in Frankfurt (Oder); Antrag vom 09.12.2003 von 19 Abgeordneten der Fraktion der PDS und Bericht vom 18.08.2004.<sup>140</sup>

In der 3. Wahlperiode gab es folgende **Sondersitzungen** des Landtages:

- Auf Antrag von 18 Abgeordneten der PDS fand am 15.11.2000 eine Sondersitzung des Landtages zum Thema: „Die Lähmung der Brandenburger Landespolitik durch die Krise der Landesregierung“ statt. Dabei ging es um **vier Themenkomplexe**: „1. Haltung der Landesregierung gegenüber Aktionen des zivilen Widerstandes gegen Rechtsextremismus ... 2. Die Haltung der Landesregierung zum Verhalten von Justizminister Prof. Dr. Schelter im Zusammenhang mit dem von der Richterschaft des Landes vorgebrachten Vorwurfs der Verletzung der richterlichen Unabhängigkeit ... 3. Die Haltung der Landesregierung zu bestehenden Landesregelungen über den Maßgelvollzug im Zusammenhang mit der

<sup>137</sup> Plenarprotokoll (3/96) vom 13.05.2004, S. 6676.

<sup>138</sup> Drucksache 3/5952.

<sup>139</sup> Drucksache 3/7777.

<sup>140</sup> Drucksache 3/7770.

erneuten Flucht des Wiederholungsstraftäters Schmökel ... 4. Die Haltung der Landesregierung zum Vorgehen des Verfassungsschutzes im Umgang mit dem V-Mann „Piato“:

- Auf Antrag des Ministerpräsidenten fand am 14. 08. 2002 eine Sondersitzung des Landtages statt, in der u. a. Barbara Richstein (CDU) nach dem Rücktritt von Prof. Dr. Schelter am 02. 08. 2002 als Nachfolgerin vor dem Landtag vereidigt worden ist.

## Heiterkeit im Plenarsaal

Der Abgeordnete Dieter Dombrowski (CDU) erklärte im Juli 2000 im Landtag zu dem Dauerthema Abwasserentsorgungssysteme: *„Zum Schluss: Trotz aller tatsächlichen Probleme und Schwierigkeiten bei der Entscheidung zwischen dezentralen und zentralen Abwasserentsorgungslösungen sind wir gewillt, jeden möglichen Weg zur Verbesserung der Situation ernsthaft zu prüfen. Die Landesregierung hat nunmehr in der parlamentarischen Sommerpause Zeit, die von uns gestellten Fragen zu bearbeiten, damit die Abgeordneten, erholt und gestärkt aus der Sommerpause kommend, die Ergebnisse bewerten und dann in der parlamentarischen Beratung zur Umsetzung bringen können.“*<sup>141</sup>

Zum Bericht der Landesregierung über die Leitlinien zur Gemeindereform im Land Brandenburg wollte Dr. Dietmar Woidke wissen: *„Herr Petke, bei welcher Einwohnerzahl würden Sie denn darü-*

*ber reden, ob es sich um eine kreisfreie Stadt handeln muss oder nicht? Sehen Sie das nicht auch so, dass eine Stadt, die von einem Landkreis umgeben ist, viele Leistungen leichter erbringen könnte, wenn die Einwohnerzahl größer wäre, ganz abgesehen davon, dass dann eine Verwaltungsoptimierung möglich wäre?*

Herr Petke (CDU): *„... Ich komme selber aus Guben und glaube, dass es zwischen Cottbus und der Lausitz immer ein gewisses Spannungsverhältnis gegeben hat.*

(Frau Konzack [SPD]: *Das stimmt überhaupt nicht!*)

*Aber die Lausitz wäre ohne Cottbus nicht das, was wir als Lausitz kennen, und Cottbus wäre nicht Cottbus, wenn es darum herum nicht die Spree-Neiße-Region oder den Spreewald gäbe. In dieser speziellen Situation muss es eine Lösung geben, die beiden Interessen gerecht wird.“*<sup>142</sup>

Bei der Debatte zum Antrag der Fraktionen der SPD und CDU zum Thema „Brandenburg - weltoffen und sicher“ ging es in der Landtagssitzung am 13. 11. 2002 turbulent zu. Vizepräsident Habermann mahnt: *„Ich muss feststellen, dass, solange das Fernsehen überträgt, im Plenarsaal etwas mehr Disziplin herrscht. Die Geräuschkulisse ist sehr hoch und derjenige, der vorträgt, spricht schließlich nicht zu einem unwichtigen Thema.“*<sup>143</sup>

Dann Innenminister Jörg Schönbohm: *„Ich möchte vorweg erstens bemerken: Frau Kaiser-Nicht, mir geht es gut. Ich habe keinen Stress, aber eine*

<sup>141</sup> Plenarprotokoll (3/19) vom 13. 07. 2000, S. 1160.

<sup>142</sup> Plenarprotokoll (3/43) vom 24. 10. 2001, S. 2822.

<sup>143</sup> Plenarprotokoll (3/65) vom 13. 11. 2002, S. 4391.

*gute Beschäftigungslage. Sie brauchen sich also keine Sorgen um mich zu machen... Wir haben im Rahmen der Polizeilichen Kriminalstatistik wesentliche Verbesserungen erreicht... Meine Damen und Herren, Ihnen liegt ein Antrag der Fraktion der CDU/CSU vor... (Heiterkeit und Zurufe)*

*Herr Präsident, ich bitte darum, das aus dem Protokoll streichen zu lassen.*

*Vizepräsident Habermann: Ich habe mich auch schon gewundert, wie Sie die Parteienlandschaft hier erweitern.*

*Minister Schönbohm: Also: Die SPD ist immer noch da, wo sie ist, und die CDU kommt dort hin, wohin wir wollen. – Solche Versprecher machen uns so menschlich; seien wir doch ehrlich ...*

*Vizepräsident Habermann: Herr Abgeordneter Schönbohm, (Heiterkeit)*

*Herr Minister Schönbohm, gestatten Sie eine Zwischenfrage? – Ihre CSU hat mich völlig irritiert.*

*Minister Schönbohm: Eine Frage der Kollegin Kaiser-Nicht gestatte ich selbstverständlich.*

*Vizepräsident Habermann: Bitte schön, Frau Kaiser-Nicht.*

*Frau Kaiser-Nicht (PDS): Ich hoffe, Herr Präsident, das war kein voraussehlender Gehorsam.“<sup>144</sup>*

Am 1. April (!) 1994 stellte der Abgeordnete Christoph Schulze die folgende Dringliche Anfrage 61 verbunden mit einem Dringlichkeitsantrag für eine Bundesratsinitiative: „Nach jahrelangen, kostenintensiven Forschungen ist es den Beelitzer Spargelbauern gelungen, die Weltneuheit ‚Mörgel‘ – eine züchterische

*Kombination aus Spargel und Möhre – zu erfinden. Da bedauerlicherweise die Erntezeit sehr kurz bemessen ist... frage ich die Landesregierung: 1. Welche Aktivitäten unternimmt die Landesregierung, um die Marktfähigkeit dieses innovativen Produkts zu verbessern? 2. Erwägt die Landesregierung, bei der Bundesregierung und der Europäischen Kommission – ggf. über eine Bundesrats- oder Europaratsinitiative – vorstellig zu werden, um eine Kalenderreform zur Verlängerung der Erntezeit zu erwirken?“<sup>145</sup>*

Minister BIRTHLER beantwortete diese Anfrage am selben Tag in der Landtags-sitzung: „Hier sind wir auf einem gutem Weg. In der letzten Zeit hatte insbesondere die Vermarktung von Mischprodukten einen besonderen Stellenwert ... Der Anstoß aus dem Parlament heraus ist sehr wichtig. Ich will die Gelegenheit nutzen, um heute mit der Kantine zu sprechen. Die Volksvertreter sollten im Selbstversuch darlegen, welch fördernde Wirkung dieses Gemüse hat“.<sup>146</sup>

## Statistik

In 100 Sitzungen verabschiedete der Landtag 146 Gesetze. Es wurden 72 Große Anfragen und 2958 Kleine Anfragen eingereicht.

Die längste Rede hielt wieder Prof. Dr. Lothar Bisky (PDS) mit 64 Minuten Redezeit.

Mit insgesamt 123 Redebeiträgen nahm Wolfgang Klein (SPD) den Spitzenplatz bei der Anzahl der Redebeiträge

<sup>144</sup> Ebenda.

<sup>145</sup> Drucksache 3/7323.

<sup>146</sup> Plenarprotokoll (3/94) vom 01. 04. 2004, S. 6516f.

ge ein, jedoch dicht gefolgt von Dierk Homeyer (CDU) mit 109 Reden.

Die fünf eingereichten Volksinitiativen waren nicht erfolgreich.

Von 3801 Petitionen sind 3514 abgeschlossen worden. Hauptschwerpunkte waren die Versagung von Baugenehmigungen durch Kommunen und die Errichtung von Windkraftanlagen.

**Besucher** des Landtagsgebäudes (einschließlich von Plenarsitzungen): 48973.



# VIII. Die 4. Wahlperiode des Landtages vom 13.10.2004 bis 21.10.2009

## 1. Das Wahlergebnis und die Abgeordneten

Aus den Wahlen zum vierten Landtag am 19.09.2004 ging die SPD erneut als stärkste Partei hervor. Die PDS wurde zweitstärkste Kraft. Die Wahlbeteiligung lag bei 54,30 %. Der DVU gelang erneut der Einzug in den Landtag.

Der Frauenanteil im Parlament betrug zu Beginn der 4. Wahlperiode 44,32 %, und das Durchschnittsalter der Abgeordneten lag bei 51 Jahren.

Bei den 88 Abgeordneten handelte es sich um:

### Fraktion der SPD (33 Mandate):

1. Elisabeth Alter
2. Günter Baaske
3. Wolfgang Birthler
4. Mike Bischoff
5. Klaus Bochow
6. Reinhold Dellmann
7. Tina Fischer
8. Udo Folgart
9. Gunter Fritsch
10. Klara Geywitz
11. Martina Gregor (später Gregor-Ness)
12. Thomas Günther
13. Barbara Hackenschmidt
14. Ralf Holzschuher
15. Wolfgang Klein

	Erststimmen	Zweitstimmen	Sitze
<b>SPD</b>	28,59 %	31,91 %	33
<b>PDS</b>	32,10 %	27,96 %	29
<b>CDU</b>	22,42 %	19,43 %	20
<b>DVU</b>	–	6,30 %	6
GRÜNE/B90	4,10 %	3,60 %	
FDP	4,79 %	3,33 %	

16. Dr. Jens Klocksinn
17. Andreas Kuhnert
18. Sylvia Lehmann
19. Jutta Lieske
20. Susanne Melior
21. Heiko Müller
22. Dr. Martina Münch
23. Matthias Platzbeck
24. Steffen Reiche
25. Werner-Siegwart Schippel
26. Dr. Esther Schröder
27. Christoph Schulze
28. Ingrid Siebke
29. Britta Stark
30. Frank Szymanski
31. Dr. Dietmar Woidke
32. Dagmar Ziegler
33. Alwin Ziel

**Fraktion der PDS, ab 08/05: Die  
Linkspartei.PDS, ab 06/07: DIE LINKE  
(29 Mandate):**

1. Renate Adolph
2. Prof. Dr. Lothar Bisky
3. Helga Böhnisch
4. Ralf Christoffers
5. Thomas Domres
6. Dr. Dagmar Enkelmann
7. Wolfgang Gehrcke
8. Christian Görke
9. Gerrit Große
10. Frank Hammer
11. Wolfgang Heinze
12. Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann
13. Peer Jürgens
14. Kerstin Kaiser
15. Torsten Krause
16. Margitta Mächtigt
17. Kerstin Osten
18. Christian Otto
19. Stefan Sarrach

20. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
21. Carolin Steinmetzer (später Stein-  
metzer-Mann)
22. Gerlinde Stobrawa
23. Anita Tack
24. Otto Theel
25. Heinz Vietze
26. Karin Weber
27. Kornelia Wehlan
28. Birgit Wöllert
29. Irene Wolff-Molorciuc

**Fraktion der CDU (20 Mandate):**

1. Alard von Arnim
2. Beate Blechinger
3. Dieter Dombrowski
4. Dr. Saskia Funck
5. Carola Hartfelder
6. Dieter Helm
7. Dierk Homeyer
8. Ulrich Junghanns
9. Detlef Karney
10. Thomas Lunacek
11. Dr. Wieland Niekisch
12. Sven Petke
13. Barbara Richstein
14. Roswitha Schier
15. Jörg Schönbohm
16. Wilfried Schrey
17. Monika Schulz
18. Ingo Senftleben
19. Prof. Dr. Johanna Wanka
20. Frank Werner

**Fraktion der DVU (6 Mandate):**

1. Michael Claus
2. Birgit Fechner
3. Liane Hesselbarth
4. Markus Nonninger
5. Sigmar-Peter Schuldt
6. Norbert Schulze

### Davon schieden aus:

- Reinhold Dellmann (SPD)
- Steffen Reiche (SPD)
- Dr. Dagmar Enkelmann (Die Linkspartei.PDS)
- Prof. Dr. Lothar Bisky (Die Linkspartei.PDS)
- Wolfgang Gehrcke (Die Linkspartei.PDS)
- Christian Otto (Die Linkspartei.PDS)<sup>147</sup>
- Frank Szymanski (SPD)
- Heiko Müller (SPD)
- Kerstin Osten (DIE LINKE)
- Otto Theel (DIE LINKE)
- Stefan Sarrach (DIE LINKE)
- Sigmar-Peter Schuldt (DVU)<sup>148</sup>

### Dafür rückten nach:

- Wolfgang Pohl (SPD)
- Prof. Dr. Sieglinde Heppener (SPD)
- Dr. Andreas Bernig (Die Linkspartei.PDS)
- Kerstin Meier (Die Linkspartei.PDS)
- Ingeborg Kolodzeike (Die Linkspartei.PDS)
- Wolfgang Thiel (Die Linkspartei.PDS)
- Kerstin Kircheis (SPD)
- Ravindra Gujjula (SPD)
- Kerstin Bednarsky (DIE LINKE)
- Dr. Andreas Trunschke (DIE LINKE)
- Matthias Loehr (DIE LINKE)
- Harald Heinze (DVU)



Alterspräsident Jörg Schönbohm.

## 2. Die konstituierende Sitzung des vierten Landtages

Am 13.10.2004 konstituierte sich der vierte Landtag. Alterspräsident Jörg Schönbohm (CDU) eröffnete die Sitzung und führte unter anderem aus:

*„Brandenburg wird eine gute Zukunft haben, wenn alle, wenn wir gemeinsam unsere Pflicht tun. Wir haben hart zu arbeiten. Dafür hat uns der Souverän das Mandat erteilt, ein Mandat auf Zeit. Wir sind nicht die Herren, wir sind Diener, Diener einer Sache, die uns zum Nutzen aller Menschen unseres Landes anvertraut worden ist. Dieses Vertrauen müssen wir rechtfertigen. Das ist insbesondere wichtig, weil in unserem Land die Demokratie noch verhältnismäßig jung ist.*

*Die Abstinenz der Bürger bei Wahlen in unserem Land macht auf ein gefährliches Defizit aufmerksam. Dieses Defizit ist aber nur mit der Wiedergewinnung von Vertrauen, Glaubwürdig-*

<sup>147</sup> Verstorben am 04. 08. 2006.

<sup>148</sup> Verstorben am 23. 08. 2009.

keit und dem Einsatz für das Gemeinwesen zu verringern. Ich sehe dies als die wichtigste Aufgabe aller demokratischen Kräfte dieses Landes an. Die Demokratie ist die Grundlage für eine Gesellschaft freier, mündiger Bürger...

Brandenburg ist weltoffen, gastfreundlich und tolerant, jedoch ist auch Gewaltbereitschaft zu verzeichnen. Nur gemeinsam können wir gegen Gewaltbereitschaft und Fremdenfeindlichkeit vorgehen. Dabei sind wir alle gefordert, jeder an seinem Platz. Offenheit und Toleranz kann man lernen. Ich wünsche mir, dass wir nicht nur darüber reden, sondern mehr noch als bisher öffentlich Zeugnis davon ablegen...

Brandenburg hat die Zeit des Umbruchs, hat die Nachwendezeit hinter sich. Wir wagen jetzt den Neuanfang. Dazu müssen die Kräfte in der Politik, der Wirtschaft und der Gesellschaft zusammengeführt werden. Wir müssen aus dem Stadium so oft verwendeter Allgemeinplätze heraustreten. Richtiges klingt oft banal. Beginnen wir, die Worte mit Leben zu füllen. Wenn wir zusammenführen meinen, sollten wir auch damit beginnen.

Wir sind oft auch zu sehr Bedenkenträger, sind zu umständlich, zu sehr auf Vorgefasstes fixiert und rückwärts gewandt in dem, was wir tun. Auch benutzen wir allzu oft eine Sprache, die sich in Worthülsen und Phrasen flüchtet, die vernebelt und verschleiert, nur weil es kurzfristig erfolgreicher zu sein scheint...

Ich meine, wir müssen zupackender, quirliger, tatkräftiger werden, wir alle, jeder an seinem Platz. Unsere Nachbarn in Polen, Tschechien, Slowenien und Ungarn machen es uns vor. Sie vertrauen den

Kräften der Marktwirtschaft, genießen die Freiheit, bauen auf ihren Optimismus. Sie setzen auf ihre eigenen Kräfte und Fähigkeiten. Das können auch wir mehr als bisher tun. Es geht um uns, unser Land, um unsere Kinder und ihre Zukunft...“<sup>149</sup>

Der von den 87 anwesenden Abgeordneten mit 73 Jastimmen und 11 Neinstimmen bei 3 Stimmenthaltungen neu gewählte Landtagspräsident Gunter Fritsch führte nach seiner Wahl aus: „Der Alterspräsident hat in seinen einleitenden Worten schon dargelegt, worauf es ankommt ... Mit der eigenen Kraft ist die Kraft aller Brandenburger gemeint; denn 88 Abgeordnete eines Landtages können aus eigener Kraft die Welt nicht retten, wenn es ihnen nicht gelingt, die Einwohner dieses Landes zu motivieren, ihre Kräfte zu wecken, ihre Potenziale voll auszuschöpfen und einzubringen. Lassen Sie uns daran in den nächsten fünf Jahren arbeiten. Ich werde bemüht sein, von hier aus meinen Teil dazu beizutragen, eine faire Zusammenarbeit in diesem Hohen Hause zu organisieren, die Rechte der Abgeordneten auch gegenüber der Landesregierung zu vertreten, für möglichst viel Klarheit und Transparenz in den Abläufen und Vorgängen zu sorgen, sodass jeder dann, wenn Entscheidungen anstehen, diese sachkundig und gut informiert treffen kann.“<sup>150</sup>

Als Vizepräsident wurde Prof. Dr. Lothar Bisky (PDS) gewählt. Dabei erhielt er von den 87 abgegebenen gültigen Stimmen 59 Jastimmen und 18 Neinstimmen; 10 Abgeordnete enthielten sich. Nach der Wahl von Lothar Bis-

<sup>149</sup> Plenarprotokoll (4/1) vom 13.10.2004, S. 2 f.

<sup>150</sup> Ebenda, S. 6.

ky in den Bundestag wurde Gerlinde Stobrawa (PDS) in der Landtagssitzung am 09.11.2005 von 85 gültigen Stimmen mit 55 Jastimmen und 23 Gegenstimmen bei 6 Enthaltungen als neue Vizepräsidentin des Landtages gewählt.

<b>Die Fraktionsvorsitzenden</b>	
SPD	Günter Baaske
CDU	Thomas Lunacek (bis 20.01.2009) Dr. Saskia Funck (ab 27.01.2009)
PDS*	Dr. Dagmar Enkelmann (bis 18.10.2005) Kerstin Kaiser (ab 18.10.2005)
DVU	Liane Hesselbarth

\* Bis 2005: PDS. 2005–2007: Die Linkspartei. PDS.  
Seit 2007: DIE LINKE.

### 3. Die Landesregierung

In der Landtagssitzung am 13.10.2004 wurde Matthias Platzeck mit 47 Jastimmen, 36 Neinstimmen bei 4 Enthaltungen als Ministerpräsident gewählt. Nach der Wahl und anschließenden Vereidigung des Ministerpräsidenten vor dem Landtag wurden in der gleichen Sitzung auch die zuvor ernannten Mitglieder der Landesregierung vor dem Landtag vereidigt.

Minister des Innern  
Jörg Schönbohm (CDU)

Ministerin der Justiz  
Beate Blechinger (CDU)

Minister der Finanzen  
Rainer Speer (SPD)

Minister für Wirtschaft  
Ulrich Junghanns (CDU)



Landtagspräsident Gunter Fritsch (r.) vereidigt Ministerpräsident Matthias Platzeck vor dem Landtag.



Die Brandenburger Landesregierung nach der Ernennung der Minister.

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie  
Dagmar Ziegler (SPD)

Minister für ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz:  
Dr. Dietmar Woidke (SPD)

Minister für Bildung, Jugend und Sport  
Holger Rupprecht (parteilos)

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur  
Prof. Dr. Johanna Wanka (CDU)

Minister für Infrastruktur und Raumordnung  
Frank Szymanski (SPD)

Chef der Staatskanzlei  
Clemens Appel (SPD)

Nach Sondierungsgesprächen mit der PDS und der CDU beschlossen SPD und CDU eine Neuauflage der Großen Koalition unter dem Motto: „*Erneuerung aus eigener Kraft*“.

#### **Amtswechsel:**

Nach der Wahl von Frank Szymanski zum Oberbürgermeister der Stadt Cottbus übernahm Reinhold Dellmann (SPD) das Infrastrukturministerium. Er wurde am 13.12.2006 vor dem Landtag vereidigt.

#### **4. Bilanzen und Begebenheiten: Vom Umsteuern in der Wirtschaftspolitik bis zum „Nicht-rauchendenschutzgesetz“**

In der 4. Wahlperiode wurde im Wesentlichen die Arbeit der Großen Koalition an den Schwerpunktthemen Haushaltskonsolidierung und Umsteuern in der Wirtschaftsförderung fortgesetzt.

Nach dem Motto „*Stärken stärken*“ wurde der Weg bereitet, unter weitgehendem Verzicht auf eine breite Förderung in der Fläche des Landes - also die sogenannte Verteilung mit der Gießkanne - eine Förderung in Schwerpunktre-

gionen (Leuchttürme) zu ermöglichen. Begonnen hatte dies mit den von der Landesregierung 2005 und 2006 beschlossenen Maßnahmen für die Regionalen Wachstumskerne. In seiner Regierungserklärung am 14.12.2005 sagte Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD): „*Vordringliches Ziel und wichtigste Aufgabe ist die Steigerung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung im Land. Dem musste unsere bisherige Förderpolitik angepasst werden... Diese neue Besinnung auf die eigenen Kräfte überall im Land ist ein enorm wichtiger Wert an sich... Öffentliche Fördermittel sind kein Ersatz für gute Ideen...*“<sup>151</sup>

In der Landtagssitzung am 19.05.2005 wurde Dagmar Hartge auf Vorschlag des Innenausschusses als neue Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht für eine Amtszeit von sechs Jahren einstimmig gewählt.<sup>152</sup>

Ein für das Land Brandenburg im Kampf gegen den Rechtsextremismus wegweisendes Gesetz war das **Gedenkstättenchutzgesetz** vom 23.05.2005<sup>153</sup>, zu dem Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) im Landtag sagte: „*Seit Jahren müssen wir hinnehmen, dass der wohl größte inländische Soldatenfriedhof in Halbe für politische Inszenierungen rechtsextremistischer Gruppierungen missbraucht wird, die mit dem Widmungszweck der Gräberstätte und insbesondere mit der Würde der Opfer des Krieges unvereinbar sind.*“<sup>154</sup>

Der Abgeordnete Sven Petke führte aus: „*... wir schaffen jetzt endlich Rechtssicherheit, die auch in die Bevölkerung hinein wirkt. Es gab von unserer Bevölkerung Fragen angesichts dessen, dass eine Verbotsverfügung nach der anderen erlassen wird und dann regelmäßig von den Verwaltungsgerichten oder vom Oberverwaltungsgericht aufgehoben wurde.*“<sup>155</sup>

In der 4. Wahlperiode begann die Landesregierung, sich intensiv mit den Auswirkungen der demografischen Entwicklung für das Land Brandenburg zu beschäftigen. Debatten hierzu gab es auf der Grundlage von Berichten der Landesregierung an den Landtag.

Am 08.06.2005 legte der Abgeordnete Thomas Lunacek (CDU) zum **2. Demografiebericht** dar: „*Wir als Politiker stehen in der Pflicht, auch unbequeme Wahrheiten zu sagen und unbequeme Entscheidungen zu treffen. Das gilt zum Beispiel dann, wenn aus dem einen oder anderen Ort aus Gründen, auf die wir keinen Einfluß haben – auf den Rückgang der Zahl der Kinder haben wir zum Beispiel keinen direkten Einfluß – eine Schule geschlossen wird... Nach 1990 hat sich die Zahl der Geburten in Brandenburg etwa halbiert... Wir verzeichnen eine Wanderungsbewegung weg aus den ländlichen Regionen. Im Gürtel um Berlin nimmt die Bevölkerung dagegen zu... Die Menschen ziehen aus den Städten wie Cottbus, Frankfurt (Oder) und Brandenburg an der Havel in die Randregionen... Im Ergebnis leben deutlich weniger Bürger in den berlinfernen Regionen. Zudem ist*

<sup>151</sup> Plenarprotokoll (4/23) vom 14.12.2005, S.1548 ff.

<sup>152</sup> Plenarprotokoll (4/14) vom 19.05.2005, S.946.

<sup>153</sup> GVBl. 2005 I, S.174 ff.

<sup>154</sup> Plenarprotokoll (4/14) vom 18.05.2005, S.794.

<sup>155</sup> Ebenda, S.797.

die Bevölkerung dort älter... Die Einführung der Oberschulen ist in erster Linie eine Reaktion auf die veränderte Bevölkerungsentwicklung. Wir ändern die zentralörtliche Gliederung... Wir werden die Wirtschaftsförderung umbauen. Es erfolgt eine Konzentration auf Schwerpunkte... In den Diskussionen zeigt sich allerdings eine Schwachstelle... Es geht um die Verkehrsinfrastruktur. Wenn wir nicht mehr so viele zentrale Orte vorhalten können, ergibt sich zwangsläufig, dass die Menschen mehr pendeln müssen... Deshalb ist eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur... zwingend notwendig.“<sup>156</sup>

Als ein für die 4. Wahlperiode bedeutsames Gesetz kann das **Erste Brandenburgische Bürokratieabbau-gesetz** vom 28.06.2006<sup>157</sup> bezeichnet werden. Ziel war der Abbau von Überreglementierungen und Bürokratie in bestehenden und die Vermeidung in künftigen Gesetzen. Die Vorsitzende des Sonderausschusses zur Überprüfung von Normen und Standards Tina Fischer (SPD) erklärte dazu: „Unsere Maßstäbe waren zwei Leitplanken: die demografische Entwicklung im Land Brandenburg und die Haushaltsslage ... Wir hatten das Ziel vor Augen, das Landesrecht zu vereinfachen, bürokratische Belastungen abzuschaffen und Aufgaben kritisch zu überprüfen.“<sup>158</sup>

Zu dem **Gesetz über den Nationalpark Unteres Odertal** vom 09.11.2006<sup>159</sup> wies die Abgeordnete Martina Gregor (SPD) auf Folgendes

hin: „Es ist der erste Nationalpark Brandenburgs. Er ist von besonderer Bedeutung... er ist ein Auennationalpark und hat sowohl für Brandenburg als auch für die Bundesrepublik und in seiner Einzigartigkeit auch für ganz Mitteleuropa Bedeutung.“<sup>160</sup>

Der Abgeordnete Dieter Dombrowski (CDU) bemerkte dazu: „... es ist wohl ein gutes Beispiel dafür, wie die Interessenkollisionen, die wir zwischen Naturschutz und verschiedenen Nutzergruppen seit der Wende in Brandenburg hatten, aufgelöst werden können. Das geschah nicht in einem Einheitsbrei, sondern in einem sehr weitgehenden Konsens...“<sup>161</sup>

Nach Beschlussfassung des Landtages im Januar 2007<sup>162</sup>, dass Landtag und Landesregierung künftig jährlich ein **zentrales Einbürgerungsfest** organisieren, wurde dieses Fest erstmals am 24.06.2007 unter Beteiligung des Landtages, des Innenministeriums, des Sozialministeriums und der Integrationsbeauftragten des Landes durchgeführt.

Am 19.11.2006 fand unter Beteiligung des Landtages in Halbe und Seelow der „**Tag der Demokraten**“ statt, zu dem sich rund 10 000 Menschen einfanden. In einem gemeinsamen Aufruf von Landtagspräsident Gunter Fritsch (SPD), Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD), Heinz-Joachim Lohmann, Vorsitzender des „**Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit**“ und

<sup>156</sup> Plenarprotokoll (4/16) vom 08.06.2005, S.1051.

<sup>157</sup> GVBl.2006 I, S.74 ff.

<sup>158</sup> Plenarprotokoll (4/33) vom 21.06.2006, S.2287.

<sup>159</sup> GVBl.2006 I, S.142 ff.

<sup>160</sup> Plenarprotokoll (4/37) vom 25.10.2006, S.2568.

<sup>161</sup> Ebenda, S.2569.

<sup>162</sup> Pressemitteilung Landtag, Nr. 360/2007.



Tag der Demokraten, Halbe, 18. November 2006.



Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) wurde im Vorfeld zur Teilnahme an einer friedlichen Demonstration aufgerufen.

Das Jahr 2007 stand ganz im Zeichen des **850. Geburtstages der Mark Brandenburg**. Die vielen Aktivitäten im Jubiläumsjahr wurden abgeschlossen mit einer Festveranstaltung und einem Bürgerfest des Landtages und der Landesregierung in Brandenburg an der Havel am 03.10.2007 – dem Tag der Deutschen Einheit und dem Tag der ersten urkundlichen Erwähnung der Stadt, die dem Land seinen Namen gegeben hat.

Auf Antrag des Sonderausschusses für Normen und Standards (SANS), der auch für das Bürokratieabbaugesetz verantwortlich zeichnete, fasste der Landtag am 08.03.2007 einen Beschluss zur **Bürger- und wirtschaftsfreundlichen Verwaltung – moderne Amtssprache**.<sup>163</sup>

Eine **Stärkung der Rechte der Abgeordneten gegenüber der Regierung** brachte das Urteil des Landesverfassungsgerichts vom 15.03.2007<sup>164</sup>, durch das den Anträgen der Abgeordneten Heinz Vietze und Stefan Sarrach (beide PDS) stattgegeben wurde, die sich in einem Organstreitverfahren ge-

gen die Verweigerung der **Akteneinsicht** in die Trennungsgeldakten herausgehobener Landesbediensteter durch die Landesregierung gewendet hatten.<sup>165</sup>

Am 11.10.2007 wurde Dr. Thomas Apelt auf Wahlvorschlag des Ausschusses für Haushaltskontrolle als neuer Präsident des Landesrechnungshofes gewählt.<sup>166</sup>

Als ein Dauerbrenner kontroverser Diskussionen im Landtag erwies sich das **Nichtraucherschutzgesetz** vom 18.12.2007<sup>167</sup>, das nach vielen Mühen von Gesundheitspolitikern und Gesundheitsministerium am 21.09.2007 in zweiter Lesung beschlossen wurde. Allerdings wurde dieses noch einmal mit Gesetz vom 27.05.2009<sup>168</sup> geändert, und es wurden weitere Ausnahmen vom strikten Rauchverbot zugelassen. Dazu sagte die Gesundheitsministerin Dagmar Ziegler (SPD): „*Es ist, wie gesagt, bedauerlich, dass wir ein ausnahmsloses Rauchverbot nicht hinbekommen, wie es in vielen anderen Ländern der Welt schon problemlos funktioniert.*“<sup>169</sup>

<sup>165</sup> Vgl. VII.4. am Ende.

<sup>166</sup> Plenarprotokoll (4/56) vom 11.10.2007, S. 4107.

<sup>167</sup> GVBl. 2007 I, S. 346 f.

<sup>168</sup> GVBl. 2009 I, S. 156.

<sup>169</sup> Plenarprotokoll (4/83) vom 01.04.2009, S. 6162.

<sup>163</sup> Drucksache 4/4239-B.

<sup>164</sup> VfGBbg: 42/06.

Die Abgeordnete Dr. Martina Münch (SPD) bemerkte dazu: „... *Mitleid mit Rauchern ist nicht unbedingt angebracht. Rauchen ist eine Sucht... Aber es gibt positive Beispiele auch in unserer Fraktion, dass es gelingen kann, von dieser Sucht loszukommen.*“<sup>170</sup>

Als ein umfassendes Regelwerk zur Reform des Kommunalverfassungsrechts gilt das **Kommunalrechtsreformgesetz** vom 18.12.2007.<sup>171</sup> Damit wurde die umstrittene Direktwahl der Landräte in Brandenburg eingeführt. Zudem wurden weitreichende kommunalrechtliche Regelungen geschaffen, wie zur Neuordnung der Gemeindegewirtschaft und zur wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen. Auch wurde ein neues kommunales Rechnungswesen (Doppik) eingeführt.

Am 13.12.2007 stimmte der Landtag dem **Staatsvertrag der Länder Berlin und Brandenburg über das Landesentwicklungsprogramm 2007 (LePro 2007) und der Änderung des Landesplanungsvertrages** zu.<sup>172</sup> Damit ist ein übergeordneter Rahmen der gemeinsamen Landesplanung als Grundlage für die Landesentwicklungspläne Berlin und Brandenburg geschaffen worden.

Nachdem das Präsidium Ende des Jahres 2007 die Einrichtung eines **Parlamentarischen Beratungsdienstes** (PBD) beschlossen hatte, nahm dieser am 01.01.2008 seine Arbeit auf.<sup>173</sup>

Die Tatsache, dass mit dem **Vierten Gesetz zur Änderung des Schulge-**

**setzes** vom 14.04.2008<sup>174</sup> dem Anliegen der „Volksinitiative zur kostenfreien Schülerbeförderung“ Rechnung getragen wurde, kommentierte die Abgeordnete Gerrit Große (DIE LINKE) am 09.04.2008 wie folgt: „*Ich meine, heute ist wirklich ein guter Tag für Brandenburg. Es ist die erste Volksinitiative, die möglicherweise heute zum Erfolg geführt wird.*“<sup>175</sup>

Der Abgeordnete Thomas Lunacek (CDU): „*Es war keine einfache Diskussion, ... denn wir haben hier im Landtag abzuwägen zwischen dem Wunsch der Eltern nach finanzieller Entlastung und der Notwendigkeit, sicherzustellen, dass wir das dauerhaft finanzieren können.*“<sup>176</sup>

Eine komplizierte Aufgabe kam auf die Parlamentarier mit dem dritten Gesetz zur Änderung des **Kommunalabgabengesetzes** für das Land Brandenburg vom 02.10.2008<sup>177</sup> zu, mit dem klargestellt werden sollte, dass für die im Bereich der Wasserversorgung sowie der Abwasserbeseitigung für die vor dem 03.10.1990 entstandenen Aufwendungen keine Anschlussbeiträge als zusätzliche Option für eine Beitragsfinanzierung erhoben werden können. Zuvor hatten zwei Gerichtsurteile des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg über Rückwirkungsmöglichkeiten der Beitragserhebung für Diskussionen in der Öffentlichkeit gesorgt. Vor diesem Hintergrund hatte der Landtag die Landesregierung gebeten, eine umfas-

<sup>170</sup> Plenarprotokoll (4/53) vom 12.09.2007, S. 3843.

<sup>171</sup> GVBl. 2007 I, S. 286 ff.

<sup>172</sup> Vgl. GVBl. 2008 I, S. 42 ff.

<sup>173</sup> Pressemitteilung Landtag Nr. 408/2007.

<sup>174</sup> GVBl. 2008 I, S. 58.

<sup>175</sup> Plenarprotokoll (4/65) vom 09.04.2008, S. 4811.

<sup>176</sup> Ebenda, S. 4814.

<sup>177</sup> GVBl. 2008 I, S. 218.

sende Datenerhebung bei den Aufgabenträgern der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sowie eine Prüfung von möglichen zu veranlassenden Rechtsänderungen vorzunehmen.

Am 21.01.2009 wurde als neuer Präsident des Verfassungsgerichts des Landes Brandenburg Rüdiger Postier gewählt. Auch wurden der Vizepräsident und sechs weitere Richter des Verfassungsgerichts gewählt.<sup>178</sup>

Der Landtagspräsident und weitere Abgeordnete gratulierten am 14.10.2009 der Besetzung der **Fregatte Brandenburg** im Heimathafen Wilhelmshaven zum Jubiläum der Indienststellung. 15 Jahre zuvor war die Patenschaft von Landtag und Landesregierung mit der Fregatte begründet worden; seitdem bestehen enge Kontakte.

Am 09.12.2009 übergab eine vom Landtag am 02.04.2009 einberufene **„Kommission zur Weiterentwicklung des Abgeordnetenrechts“** unter Leitung von Landesrechnungshofpräsident Dr. Thomas Apelt dem Landtagspräsidium Vorschläge für eine Reform des Abgeordnetenrechts, die vom Landtag beraten werden sollen. Ziel sollte sein, mehr Transparenz und Steuergerechtigkeit zu erreichen.<sup>179</sup>

Zum Abschluss der Wahlperiode wurde das **Gesetz über den Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur** vom 07.07.2009<sup>180</sup> verabschiedet. Dies kommentierte die Abgeordnete Prof. Dr. Sieglinde Hep-

pener (SPD) wie folgt: *„Die demokratische Gesellschaft ist auch und gerade 20 Jahre nach der friedlichen Revolution verpflichtet, diesen mutigen Menschen Ehrerbietung zu erweisen.“*<sup>181</sup>

In der ersten Lesung hatte der Abgeordnete Heinz Vietze (PDS) dazu bemerkt: *„Auch ich trage eine Verantwortung für die Aufklärung dieser Sachverhalte und möchte diese keineswegs mit der Verabschiedung eines solchen Gesetzes einstellen. Das habe ich auch in der Vergangenheit nicht getan. Ich finde, dies gehört einschließlich der Entschuldigung gegenüber denjenigen, gegen die Menschenrechtsverletzungen usw. praktiziert wurden, also den Opfern, dazu.“*<sup>182</sup>

In der 4. Wahlperiode arbeiteten **14 Fachausschüsse**.

Es wurde ein **Untersuchungs-** und **1 Sonderausschuss** zu folgenden Themen eingesetzt:

- „Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Verfahrenspraxis in Um-



Blick in den Untersuchungsausschuss 4/1.

<sup>178</sup> Plenarprotokoll (4/79) vom 21.01.2009, S. 5836.

<sup>179</sup> Pressemitteilung Landtag Nr. 110/2009.

<sup>180</sup> GVBl. 2009 I, S. 190.

<sup>181</sup> Plenarprotokoll (4/85) vom 13.05.2009, S. 6324.

<sup>182</sup> Ebenda, S. 6322.

setzung der Vorschriften zur **Abwicklung der Bodenreform** nach Artikel 233 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB) und der Verantwortung der jeweiligen Brandenburger Landesregierung in diesem Prozess“; Antrag von 29 Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE vom 19.02.2008 und Bericht vom 25.03.2009.<sup>183</sup>

- **„Sonderausschuss zur Überprüfung von Normen und Standards“**; Antrag der Koalitionsfraktionen vom 01.06.2005, Einsetzung durch den Landtag am 08.06.2005 und Bericht vom 22.06.2007.<sup>184</sup>

## Heiterkeit im Plenarsaal

Anlässlich der Diskussion im Landtag zu den geforderten Informationen durch die Vertreter der Landesregierung in der Föderalismuskommission II bemerkte die Vizepräsidentin Stobrawa: *„Das Wort geht an Minister Speer. Ich möchte denen, die eben meinten, der Stuhl des Ministerpräsidenten habe gewackelt, zur Kenntnis geben: Es war der Stuhl des Finanzministers.*

(Minister Speer: *Wer hat da gesägt?*)<sup>185</sup>

Zum Thema Bürokratieabbau und bürger- und wirtschaftsfreundliche Verwaltung – moderne Amtssprache äußerte der Chef der Staatskanzlei Clemens Appel (SPD): *„... bald müssen wir die Ju-*

*risten wohl unter Artenschutz stellen. Sie werden für alles verantwortlich gemacht, was mit Bürokratie zu tun hat. So schlimm ist es jedoch auch wieder nicht. – Natürlich fühle ich mich angesprochen... ich zähle mich auch zum Volk. Das kommt erschwerend hinzu. Meine Damen und Herren, uns geht es doch – wenn wir über das Thema sprechen – wie jedem anderen Menschen auch. Wir bekommen Post von einem Amt und schlagen nur noch die Hände über dem Kopf zusammen; nicht wegen des Inhalts und nicht deshalb, weil wir es nicht lesen können, sondern deshalb, weil wir es einfach nicht verstehen, nicht nachvollziehen können.“*

Nachdem sich die Vorsitzende des Sonderausschusses zur Überprüfung von Normen und Standards Tina Fischer (SPD) über die Herrschaft von Wort und Schrift äußerte, wartete der Abgeordnete Dieter Dombrowski (CDU) mit folgendem Beispiel auf: *„Das Bürgermeisteramt der Stadt Lungenbrücken hat am 7. Oktober 1923 eine behördliche Beglaubigung ausgestellt. Darin geht es um die Abgabe von Rattengift, das es damals nicht so einfach zu kaufen gab – aus Misstrauen, was die Bürger damit so machen. In diesem Bescheid steht zu lesen: ‚Das Bürgermeisteramt bestätigt hierdurch, dass die Bäuerin Mathilde Koch von Ratten befallen ist. Da dieselbe einen anständigen Lebenswandel führt, kann man ihr Gift geben.‘ Gemeint war natürlich: Der Bäuerin das Gift aushändigen, damit sie die Ratten vergiften kann... Das soll jetzt keine Anspielung auf den heutigen Tag der Frau sein (Heiterkeit – Unruhe – Frau Geywitz [SPD]:*

<sup>183</sup> Drucksache 4/7351.

<sup>184</sup> Zwischenbericht: Drucksache 4/3060 und Abschlussbericht: Drucksache 4/4570.

<sup>185</sup> Plenarprotokoll (4/45) vom 07.03.2007, S.3260.

*Sie bewegen sich auf ganz dünnem Eis!)*<sup>186</sup>

Zum Thema Brandgefahren und „Rauchwarnmeldepflicht“ schlichen sich in einige Redebeiträge die Worte: „Rauchwaren“ und „Rauchwarenmelder“ ein, was den Abgeordneten Wolfgang Klein (SPD) zu einer Kurzintervention veranlasste: „*„Rauchwaren‘ sind für mich Felle. Fängt dann, wenn etwa ein Zobel da hängt, das Ding an zu piepen, oder handelt es sich in Wahrheit um ‚Rauchmelder‘?“*<sup>187</sup>

Auch gab es **Abschiedsreden von Abgeordneten und für Abgeordnete**, die nicht unterschlagen werden sollen.

Der Abgeordnete Wolfgang Klein (SPD) anlässlich der Debatte zum Jahresbericht des Landesrechnungshofes:

*„Frau Präsidentin! Ich habe nachher noch als Fraktionsmitglied die Möglichkeit, hier ordentlich vom Leder zu ziehen. Ich glaube, es wurden der SPD-Fraktion 15 Minuten Redezeit eingeräumt. Demnach bitte ich Sie darum, mir die Zeit, die ich jetzt mehr in Anspruch nehme, später abziehen. Ich werde die Redezeit nachher nicht ausnutzen.“*

In ihrem Redebeitrag erwiderte die Abgeordnete Margitta Mächtigt (DIE LINKE): *„Sie als Ausschussvorsitzender – übrigens haben Sie diese Rede bereits voriges Jahr gehalten; ich habe extra noch einmal nachgeschaut – bitten jedes Jahr darum, auf Redezeiten zum Jahresbericht zu verzichten... Doch wie in jedem Jahr kann ich Ihnen den Wunsch nicht erfüllen.“*

In dieser Landtagssitzung kam es auch zu dem letzten Redebeitrag des Abgeordneten Wolfgang Klein: *„Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hätte eigentlich auch sitzen bleiben können, aber da nicht davon auszugehen ist, dass die langen Protokolle von allen vollständig gelesen werden, ergreife ich noch einmal das Wort, damit nach der Rede von Frau Mächtigt nicht der Eindruck bleibt, als wäre alles drunter und drüber gegangen und wir hätten nur das Chaos verwaltet...“* und er betonte am Ende seiner Ausführungen: *„Damit beende ich meine – ich nehme an – letzte Rede in diesem Landtag. – Ich sehe das Bedauern. Wenn dann später einmal vielleicht von Frau Lieske oder jemand anders auf einen Satz, den ich hier gesagt habe, Bezug genommen wird, würde ich mich aus der Ferne freuen.“*<sup>188</sup>

In der Landtagssitzung am 01.07.2009 fand der Fraktionsvorsitzende der SPD Günter Baaske für vier Abgeordnete folgende Abschiedsworte:

*„Heinz Vietze ist ein Urgestein. Er kennt das Haus hier in allen Winkeln besser als manch anderer. Er ist nicht nur in diesem Haus, sondern auch ideell von uns allen hier in den letzten zwanzig Jahren den weitesten Weg gegangen. Ich glaube, keiner von uns hätte es vor zwanzig Jahren für möglich gehalten, dass wir in Heinz Vietze im Jahre 2009 einen so konstruktiven, aber auch kritischen und – hoffe ich – auch ehrlichen Oppositionellen haben. Ich möchte mich ganz herzlich für diese Zusammenarbeit bedanken, lieber Heinz.*

<sup>186</sup> Plenarprotokoll (4/46) vom 08.03.2007, S.3337 ff.

<sup>187</sup> Plenarprotokoll (4/47) vom 25.04.2007, S.3391.

<sup>188</sup> Plenarprotokoll (4/84) vom 02.04.2009, S.6232 ff.

(Beifall bei SPD, CDU und der Fraktion DIE LINKE)

*Mein Dank gilt aber auch einem Kollegen aus meiner Fraktion, auch ein Mann der ersten Stunde. Er war elf Jahre lang unser PGF – Wolfgang Klein. Es war seine ruhige, sachliche, mitunter auch etwas schnippische und humorvolle Art, die ihn, glaube ich, in diesem Landtag sehr populär gemacht hat... noch einmal vollen Respekt und große Hochachtung... vielen herzlichen Dank...*

*Der Dritte, dem ich danken möchte, ist sozusagen ein spätgeborenes Brandenburger MdL... Lieber Jörg Schönbohm, wir hatten es nicht immer ganz leicht mit Ihnen, Sie aber auch nicht mit uns... Was ich an Ihnen persönlich schätze – und das will ich Ihnen heute auch sagen –, ist, dass Sie erkannt haben, dass Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Antitoleranz eine große Gefahr für unsere Demokratie darstellen. Sie haben da sehr patriotisch gekämpft. Sie haben Ihre Polizei in diese Richtung geführt und dafür gesorgt, dass Rechtsextremismus in den letzten Jahren in diesem Lande massiv zurückgedrängt wurde. Dafür von hier aus noch einmal ein herzliches Dankeschön.*

(Anhaltender Beifall bei SPD, CDU und der Fraktion DIE LINKE)

*Mein Dank gilt aber auch meinem Vorgänger, der jetzt leider nicht hier ist. Jeder muss ja mal wohin.*

(Schulze [SPD]: *Nein, er ist rauchen!* – Heiterkeit)

*Die Wahrscheinlichkeit, dass er Rauchen ist, ist bei ihm höher als bei vielen anderen;... Wolfgang BIRTHLER ist*

*ein Uckermärker von echtem Schrot und Korn. Er hat die Fraktion durch viele Irrungen und Wirrungen, auch durch schwierige Zeiten gelenkt ... er hat die Politik in diesem Lande mitgeschrieben, mitgestaltet.“<sup>189</sup>*

Der Abgeordnete Frank Werner (CDU) verabschiedete sich in der Landtags Sitzung am 02.07.2009 auch auf ungewöhnliche Weise: „*Herr Präsident! Sie gestatten mir, dass ich von einer Möglichkeit Gebrauch mache, von der ich in 19 Jahren nie Gebrauch gemacht habe, nämlich gegen die Geschäftsordnung zu verstoßen, namentlich gegen §33. Ich mache das deswegen, ... weil sich just in diesem Augenblick ein historisches Moment vollzieht. Er besteht darin, dass ich das allerletzte Mal in meiner Eigenschaft als Mitglied des Hohen Hauses an diesem Pult vor Ihnen stehe. (Zuruf von der SPD: Dann müssen Sie Ihren Ausstand geben!) – Den habe ich gestern Abend gegeben...*

Präsident Fritsch: *Herr Abgeordneter, ich hoffe, Sie verlassen dabei nicht den Boden des Grundgesetzes.*

Herr Werner (CDU): – *Herr Präsident, ich verspreche es Ihnen. Ich erwarte, dass Sie möglichst nicht von Ordnungsmaßnahmen Gebrauch machen; von zehn Sitzungen können Sie mich – im schlimmsten Fall - auch gar nicht mehr ausschließen. Ich habe mir sagen lassen, dass es auch ein Leben nach der Politik geben soll ... Möglicherweise werde ich auch gelegentlich hier vorbeischauen, um zu sehen, was die Nachfolger machen, ob sich die letzten 19 Jah-*

<sup>189</sup> Plenarprotokoll (4/87) vom 01.07.2009, S. 6464.

*re Arbeit hier in diesem Hohen Hause gelohnt haben und ob man hier und da noch ein paar Spuren hinterlassen hat. Ich weiß, es wird im wahrsten Sinne des Wortes ein schwerwiegender Verlust sein. Aber ich hoffe, er kann kompensiert werden...*

Präsident Fritsch: *Viel Freude im neuen Leben!*<sup>190</sup>

setzungen nicht; wurde aber als Petition behandelt.

**Besucher** des Landtagsgebäudes (einschließlich von Plenarsitzungen): 38981.

## Statistik

Der Landtag verabschiedete an 88 Plenartagen 154 Gesetze. Es wurden 50 Große Anfragen und 3073 Kleine Anfragen eingereicht.

Mit 98 Reden übernahm Ralf Christoffers (DIE LINKE) den Spitzenplatz, dicht gefolgt von Gerrit Große (DIE LINKE) mit 90 Reden.

Von 3750 Petitionen konnten 3491 abgeschlossen werden. Darunter befanden sich überwiegend Beschwerden zu Bodenreformfragen aufgrund einer Entscheidung des Bundesgerichtshofes sowie zu Schulschließungen und Lehrerversetzungen.

Von den fünf Volksinitiativen ist die zum Thema „Kostenfreie Schülerbeförderung“ mit Landtagsbeschluss vom 09.04.2008 angenommen worden. Die Volksinitiative „Für ein Sozialticket“ zog ihren Antrag zurück, weil sie ihn als erledigt erachtete. Die Volksinitiativen „Gegen... Windenergieanlagen“ und „Keine neuen Tagebaue“ hatten keinen Erfolg. Die „Bürgerinitiative Brandenburger Wald“ erfüllte die formalen Voraus-

<sup>190</sup> Plenarprotokoll (4/88) vom 02.07.2009, S. 6561f.



# IX. Die 5. Wahlperiode des Landtages ab 21.10.2009

## 1. Das Wahlergebnis und die Abgeordneten

Am 27.09.2009 haben die wahlberechtigten Brandenburger bei einer Wahlbeteiligung von 67 % (2004 waren es 56,41 %!) ihren fünften Landtag gewählt.

Wie 1990 sitzen wieder fünf Fraktionen im Landtag. Neben SPD, DIE LINKE und CDU sind auch FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag vertreten.<sup>190</sup>

Die DVU hat es nicht mehr in den Landtag geschafft.

Der Frauenanteil bei den Abgeordneten betrug zu Beginn der Wahlperiode 40,9 % und das Durchschnittsalter 48 Jahre.

<sup>190</sup> BÜNDNIS 90 und Die GRÜNEN fusionierten im Jahr 1993.

Bei den 88 Abgeordneten handelt es sich um:

### Fraktion der SPD (31 Mandate):

1. Elisabeth Alter
2. Günter Baaske
3. Detlef Baer
4. Mike Bischoff
5. Klaus Bochow
6. Reinhold Dellmann
7. Tina Fischer
8. Udo Folgart
9. Gunter Fritsch
10. Klara Geywitz
11. Martin Gorholt
12. Martina Gregor-Ness
13. Thomas Günther
14. Prof. Dr. Sieglinde Heppener
15. Ralf Holzschuher
16. Sören Kosanke

	Erststimmen	Zweitstimmen	Sitze
<b>SPD</b>	30,27 %	33,04 %	31
<b>DIE LINKE</b>	29,49 %	27,16 %	26
<b>CDU</b>	22,30 %	19,79%	19
<b>FDP</b>	6,32 %	7,21 %	7
<b>BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN</b>	5,87 %	5,66%	5
<b>DVU</b>	–	1,15 %	

17. Andreas Kuhnert
18. Sylvia Lehmann
19. Jutta Lieske
20. Susanne Melior
21. Dr. Martina Münch
22. Klaus Ness
23. Matthias Platzeck
24. Manfred Richter
25. Holger Rupprecht
26. Werner-Siegwart Schippel
27. Christoph Schulze
28. Rainer Speer
29. Britta Stark
30. Dr. Dietmar Woidke
31. Alwin Ziel

**Fraktion DIE LINKE (26 Mandate):**

1. Renate Adolph
2. Dr. Andreas Bernig
3. Helga Böhnisch
4. Marco Büchel
5. Ralf Christoffers
6. Thomas Domres
7. Bettina Fortunato
8. Christian Görke
9. Dieter Groß
10. Gerrit Große
11. Axel Henschke
12. Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann  
(seit 12/09 fraktionslos)
13. Peer Jürgens
14. Kerstin Kaiser
15. Torsten Krause
16. Stefan Ludwig
17. Dr. Michael Luthardt
18. Margitta Mächtig
19. Jürgen Maresch
20. Kerstin Meier
21. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
22. Carolin Steinmetzer-Mann
23. Gerlinde Stobrawa

24. Anita Tack
25. Kornelia Wehlan
26. Birgit Wöllert

**Fraktion der CDU (19 Mandate):**

1. Beate Blechinger
2. Frank Bommert
3. Steeven Bretz
4. Ludwig Burkardt
5. Dieter Dombrowski
6. Dr. Christian Ehler
7. Danny Eichelbaum
8. Rainer Genilke
9. Anja Heinrich
10. Gordon Hoffmann
11. Dierk Homeyer
12. Dr. Saskia Funck (später: Ludwig)
13. Sven Petke
14. Barbara Richstein
15. Roswitha Schier
16. Prof. Dr. Michael Schierack
17. Monika Schulz  
(später: Schulz-Höpfner)
18. Ingo Senftleben
19. Prof. Dr. Johanna Wanka

**Fraktion der FDP (7 Mandate):**

1. Gregor Beyer
2. Andreas Büttner
3. Hans-Peter Goetz
4. Jens Lipsdorf
5. Linda Teuteberg
6. Raimund Tomczak
7. Marion Vogdt

**Fraktion GRÜNE/B90 (5 Mandate):**

1. Marie Luise von Halem
2. Michael Jungclaus
3. Sabine Niels
4. Ursula Nonnemacher
5. Axel Vogel

**Davon schieden bisher aus:**

Dr. Christian Ehler (CDU)  
Martin Gorholt (SPD)  
Tina Fischer (SPD)  
Renate Adolph (DIE LINKE)  
Klaus Bochow (SPD)<sup>191</sup>  
Prof. Dr. Johanna Wanka (CDU)

**Dafür rückten nach:**

Henryk Wichmann (CDU)  
Barbara Hackenschmidt (SPD)  
Kerstin Kircheis (SPD)  
Irene Wolff-Molorciuc (DIE LINKE)  
Ina Muhß (SPD)  
Björn Lakenmacher (CDU)

**Anmerkungen:**

Torsten Bathmann (FDP) nahm die Wahl nicht an. Der Landeswahlleiter erklärte daraufhin die Ersatzperson Gregor Beyer (FDP) als gewählt, der die Wahl mit Wirkung vom 13.10.2009 angenommen hat.



Alterspräsidentin Prof. Dr. Sieglinde Heppener.

**2. Die konstituierende Sitzung des fünften Landtages**

Nach einigen notwendigen Umbaumaßnahmen im Plenarsaal, der nun wieder fünf Fraktionen aufzunehmen hat, kam der fünfte Landtag am 21.10.2009 zu seiner konstituierenden Sitzung zusam-



Tischerücken im Plenarsaal auf dem Potsdamer Brauhausberg.

<sup>191</sup> Verstorben am 07.01.2010.

men. Die Alterspräsidentin Frau Prof. Dr. Sieglinde Heppener (SPD) führte Folgendes aus:

*„Im 20. Jahr nach der friedlichen Revolution und mit der Erinnerung an die Demonstrationen in Leipzig, Potsdam, Dresden und Plauen und an die mehr als 500 000 Menschen am 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz geht unser Blick... in diesen Tagen zurück... Wenn ich mich an 1989 erinnere, dann an das erregende Gefühl, im Mittelpunkt eines historischen Geschehens zu stehen, und an die Genugtuung, an ihm unmittelbar teilzuhaben und mitgestalten zu können.*

*20 Jahre danach und 20 Jahre älter darf ich heute die neue Legislaturperiode des Brandenburger Landtags eröffnen, das Hohe Haus eines Landes, dessen Wiedererstehen selbst Ergebnis der friedlichen Revolution von 1989/90 ist... Für uns im Osten änderte sich 1989 plötzlich fast alles. Wenig blieb, wie es war. Dem Ruf ‚Wir sind das Volk!‘ entsprang der Mut, nun über die eigenen Angelegenheiten selbst zu entscheiden. Die Allgewalt der SED war gebrochen, das Leben des Einzelnen und der Gesellschaft hatte wieder eine Perspektive. Aber wir mussten mit der gewonnenen Freiheit umgehen lernen...*

*Die Älteren und Jüngeren der Jahre nach 1989 haben in den vergangenen 20 Jahren viel geschaffen. Brandenburg ist heute ein lebenswertes Land, in dem lebenswerte Menschen leben. Jeder weiß, dass es den Älteren nur gut geht, wenn es ihren Kindern und Enkeln gut geht. Aber gestatten Sie mir, dass ich heute mein Vorrecht als Alterspräsidentin aus-*

*nutze und die Leistungen der Älteren hervorhebe: Die heute über 70-Jährigen fanden sich 1989 nicht zum ersten Mal in völlig neuen gesellschaftlichen Umständen. Krieg, Flucht und Vertreibung, die schweren Nachkriegsjahre und die nicht minder schweren 40 Jahre DDR prägten ihren Lebensweg. Sie haben lange unter ungünstigen Lebensverhältnissen gelebt und haben gelernt, nicht an jedem kleinen Hindernis zu verzweifeln...*

*Der Landtag hat noch in der vergangenen Legislaturperiode beschlossen, in der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur nicht nachzulassen und für das Land Brandenburg einen Beauftragten für Diktaturfolgen zu schaffen. Das demokratische Brandenburg ist auch und gerade 20 Jahre nach der friedlichen Revolution verpflichtet, über die Verbrechen der Staatssicherheit und des gesamten Systems aufzuklären sowie den aufrechten und mutigen Männern und Frauen, deren Menschenwürde angetastet wurde und deren Widerstandswille gebrochen werden sollte, Ehrerbietung und Schutz zu erweisen. Die Macht der SED-Diktatur und der Staatssicherheit wurde in der friedlichen Revolution unwiderruflich zerbrochen. Dabei wird es bleiben.“*

Unter großem Beifall fuhr sie fort:

*„Eines erfüllt uns alle mit Freude und Genugtuung: Unser Landtag ist frei von Rechtsextremisten und Neonazis. Die Wählerinnen und Wähler haben den rechtsextremistischen Parteien eine eindeutige Absage erteilt. Wir müssen das unsägliche populistisch-provokante Geschwätz der DVU-Fraktion nicht mehr ertragen. Neonazismus, Rassismus, Antisemitismus, Ausländerhass und Men-*

*schenverachtung haben im Brandenburger Landtag keine Stimme mehr. Aber bleiben wir wachsam! Hüten wir das Bündnis aller Demokraten für Toleranz und Menschlichkeit!“<sup>192</sup>*

Vor der Wahl des Landtagspräsidenten diskutierten die Abgeordneten über den Antrag von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: „*Öffentliche Verhandlung von Ausschusssitzungen*“, der daraufhin in den Hauptausschuss überwiesen wurde.

Anschließend wurde erneut Gunter Fritsch mit 57 Jastimmen, 24 Neinstimmen und fünf Enthaltungen zum Landtagspräsidenten gewählt. In seiner Dankesrede konnte er daher schon über den ersten Eindruck der neuen Debattenkultur resümieren: „*Wir haben heute bestätigt bekommen, dass die Hoffnung, dass die Debatten im Landtag vielleicht etwas lebhafter und bunter werden würden, sich bewahrheitet. Ich bewundere immer wieder die Vielfalt der Argumente und die Interpretationsmöglichkeiten, die sich hier auf tun ... Wir starten also in diese 5. Legislaturperiode so ähnlich wie in die erste: mit fünf Fraktionen. Der einzige Unterschied ist: Die BÜNDNIS 90-Fraktion war damals noch ohne GRÜNE. Nun gibt es einen Farbtupfer mehr, jetzt ist sie mit ‚GRÜNE‘.*

*Ich freue mich auf die Zusammenarbeit. Ich freue mich auch, dass diese 5. Legislaturperiode die sein wird, in der wir im neuen Landtag werden beraten können. Wenn er denn Ende 2012 fertig ist, werden wir ihn Anfang 2013 einweihen können.“<sup>193</sup>*

<sup>192</sup> Plenarprotokoll (5/1) vom 21.10.2009, S. 3 ff.

<sup>193</sup> Ebenda, S.12.

Als Vizepräsidentin wurde erneut Gerlinde Stobrawa (DIE LINKE) mit 56 Jastimmen und 30 Gegenstimmen gewählt, die sich gegen den Mitbewerber Burkardt Ludwig von der CDU durchsetzte.

Nach dem Rücktritt von Gerlinde Stobrawa als Vizepräsidentin wurde in der Landtagssitzung am 16.12.2009 Gerrit Große (DIE LINKE) von 83 anwesenden Abgeordneten mit 53 Jastimmen zur neuen Vizepräsidentin des Landtages gewählt.

### Die Fraktionsvorsitzenden

SPD	Dr. Dietmar Woidke
CDU	Prof. Dr. Johanna Wanka (bis 27.04.2010) Dr. Saskia Ludwig (ab 27.04.2010)
DIE LINKE	Kerstin Kaiser
FDP	Hans-Peter Goetz (bis 10.08.2010) Andreas Büttner (ab 31.08.2010)
GRÜNE/B90	Axel Vogel

### 3. Die Landesregierung

Als Ministerpräsident ist in der Landtagssitzung am 06.11.2009 Matthias Platzeck von den 86 Anwesenden mit 54 Jastimmen bei 32 Gegenstimmen gewählt worden.

In der Landtagssitzung am 06.11.2009 wurden auch die Mitglieder der Landesregierung vor dem Landtag vereidigt:



Das Präsidium des 5. Brandenburger Landtages im Januar 2010. V.l.n.r.: Kerstin Kaiser, Fraktion DIE LINKE; Christian Görke, Fraktion DIE LINKE; Prof. Dr. Johanna Wanka, CDU-Fraktion (ausgeschieden am 27.04.2010, Nachfolgerin Dr. Saskia Ludwig); Marion Vogdt, FDP-Fraktion; Landtagsvizepräsidentin Gerrit Große, Fraktion DIE LINKE; Ingo Senftleben, CDU-Fraktion; Landtagspräsident Gunter Fritsch, SPD-Fraktion; Dr. Dietmar Woidke, SPD-Fraktion; Susanne Melior, SPD-Fraktion; Marie Luise von Halem, Fraktion GRÜNE/B90; Klara Geywitz, SPD-Fraktion.

Minister des Innern  
Rainer Speer (SPD)

Minister der Justiz  
Dr. Volkmar Schöneburg (DIE LINKE)

Minister der Finanzen  
Dr. Helmuth Markov (DIE LINKE)

Minister für Wirtschaft und Europa-  
angelegenheiten  
Ralf Christoffers (DIE LINKE)

Minister für Arbeit, Soziales, Frauen  
und Familie  
Günter Baaske (SPD)

Ministerin für Umwelt, Gesundheit und  
Verbraucherschutz  
Anita Tack (DIE LINKE)

Minister für Bildung, Jugend und Sport:  
Holger Rupperecht (SPD)

Ministerin für Wissenschaft, Forschung  
und Kultur  
Dr. Martina Münch (SPD)

Ministerin für Infrastruktur und Land-  
wirtschaft  
Jutta Lieske (SPD)

Chef der Staatskanzlei  
Albrecht Gerber (SPD)

Die SPD und DIE LINKE bilden eine Koalitionsregierung. Der Koalitionsvertrag steht unter dem Titel: „*Gemeinsinn und Erneuerung – ein Brandenburg für alle.*“

**Amtswechsel:**

Nach dem Rücktritt von Jutta Lieske (SPD) übernahm ihr bisheriger Staatssekretär Jörg Vogelsänger (SPD) das



Die neue Brandenburger Landesregierung im Anschluss an die Ernennung der Minister im Landtag.

Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft. Er wurde am 25.02.2010 vor dem Landtag vereidigt.

#### 4. Zwischenbilanzen und Begebenheiten: Von einer neuen Geschäftsordnung bis zum Ausbildungsförderungsgesetz

In der konstituierenden Sitzung am 21.10.2009 fasste der Landtag den Beschluss „*Versöhnung in der Verantwortung vor der Geschichte*“, der u. a. die Absicht der Überprüfung der Abgeordneten des 5. Landtages auf eine frühere Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR beinhaltetete.

Nach Beschluss des Kabinetts vom 15.12.2009, dem Landtag Ulrike Poppe als Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur vorzuschlagen, erfolgte ihre Wahl am 17.12.2009 mit den

Stimmen aller Fraktionen. Die Anbindung war zunächst beim Bildungsministerium vorgesehen. Nach dem Willen aller Fraktionen fasste der Landtag am 25.02.2010 den Beschluss, die **Landesbeauftragte unmittelbar beim Landtag anzusiedeln**. In der Behörde der Landesbeauftragten, die jetzt in Potsdam in der Hegelallee 3 ihre Amtsräume bezogen hat, werden künftig sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Bürgerbe-



Ulrike Poppe, Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur.

ratung, die politisch-historische Bildung und die Aufarbeitung tätig sein.<sup>194</sup>

Am 21.01.2010 haben die Abgeordneten des Landtages Ulrike Poppe, Dr. Hansjörg Geiger, David Gill und Prof. Dr. Helmut Müller-Enbergs einstimmig als Mitglieder der **Unabhängigen Kommission** zur Überprüfung der Abgeordneten des Landtages auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR nach §33 Abgeordnetengesetz gewählt.

Nach **§33 des geänderten Abgeordnetengesetzes** vom 21.01.2010<sup>195</sup> werden „die Abgeordneten des Landtages nach Annahme ihres Mandats auf eine geheimpolizeiliche, insbesondere auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit beim Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR im Sinne des Stasi-Unterlagen-Gesetzes überprüft...“

Der Präsident des Landtages hat daraufhin die Beauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (Bundesbeauftragte) um die Übermittlung von Unterlagen zu dem Zweck dieser Überprüfung ersucht. Sobald Unterlagen im Sinne dieses Gesetzes eingehen, erfolgt die Weiterleitung der Unterlagen an die beim Landtag eingerichtete Kommission, die in Auswertung der Mitteilungen der Bundesbeauftragten und sonstiger von ihr beigezogener Unterlagen die Feststellung trifft, ob eine geheimpolizeiliche, hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst als erwiesen anzusehen ist.

Am 25.03.2010 trafen sich Abgeordnete, Landesregierung, Architekt und Investorengruppe sowie zahlreiche Bürger der Stadt Potsdam zum **ersten Spatenstich für den neuen Landtag** am Alten Markt 1. Im Anschluss daran wurde die „Schaustelle“ des Landtages unmittelbar vor Ort eröffnet. Dort können sich die Besucher über den Architekturentwurf und den Baufortschritt informieren. Landtagspräsident Fritsch sagte in seiner Rede: „*Mein größter Wunsch ist es, dass die Brandenburgerinnen und Brandenburger im ganzen Land den neuen Landtag als zentralen Kommunikationsort annehmen und vor allem auch besuchen werden, sich also im sogenannten Hohen Haus wohlfühlen und von unseren Angeboten für die Öffentlichkeit reichlich Gebrauch machen.*“<sup>196</sup>

Bereits in der konstituierenden Sitzung hatte der Landtag beschlossen, dass die Geschäftsordnung des Landtages überarbeitet werden soll. Hintergrund war der Wille aller Fraktionen, dass die Ausschusssitzungen künftig öffentlich stattfinden sollen. Damit wurde das bisherige Prinzip umgekehrt, wonach die Sitzungen grundsätzlich nicht öffentlich tagten und jeweils ein Beschluss zur Herstellung der Öffentlichkeit erforderlich war. Die neue **Geschäftsordnung**<sup>197</sup> wurde in der Landtagssitzung vom 06.05.2010 beschlossen und trat am 12.05.2010 in Kraft. Für den Fall, dass ein Ausschuss ausnahmsweise nicht öffentlich tagen

<sup>194</sup> Pressemitteilung Landtag Nr. 019/2010.

<sup>195</sup> GVBl. I Nr. 3 vom 21.01.2010.

<sup>196</sup> Pressemitteilung Landtag/Finanzministerium vom 25.03.2010.

<sup>197</sup> GVBl. I Nr. 19 vom 11.05.2010.



Sitzung der Enquete-Kommission 5/1.

möchte, wäre ein Beschluss herbeizuführen.

Fast alle Ausschüsse haben die Öffentlichkeit bereits im Vorgriff auf das Inkrafttreten der Geschäftsordnung schon zu Beginn der 5. Wahlperiode praktiziert.

Das gilt nicht für den **Petitionsausschuss**, der aufgrund schutzwürdiger Interessen von Petenten und sonstigen Betroffenen weiterhin nicht öffentlich tagt. Seit Jahresbeginn bietet er Bürgersprechstunden vor Ort in den Landkreisen und kreisfreien Städten an.

Am 02.06.2010 hat der Landtag das **Brandenburgische Ausbildungsförderungsgesetz**<sup>198</sup> beschlossen. Danach erhalten Schülerinnen und Schüler einkommensschwacher Familien eine Hilfestellung zur Finanzierung der schulischen Ausbildung.

<sup>198</sup> GVBl. I Nr. 24 vom 16.06.2010.

Es arbeiteten bis Redaktionsschluss **14 ständige Ausschüsse**, und es wurde eine Enquete-Kommission eingesetzt zum Thema:

- „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ (Antrag von 31 Abgeordneten von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Erweiterungsantrag von SPD und DIE LINKE.<sup>199</sup>)

Weiterhin gab es bis zum Redaktionsschluss eine **Sondersitzung** des Landtages.

- Auf Antrag der Fraktionen der CDU, der FDP und GRÜNE/B90 fand am 04.12.2009 eine Sondersitzung des Landtages statt zum Thema: „Schwere Vertrauens- und Regierungskrise

<sup>199</sup> Drucksachen 5/554, 5/626.

in Brandenburg – der Ministerpräsident muss sich endlich der Verantwortung stellen.“

## Statistik

Eine den bisherigen Wahlperioden vergleichbare Statistik kann derzeit natürlich noch nicht vorgelegt werden. Allerdings hat der Landtag in den fast 10 Monaten mit 19 Plenarsitzungen, 18 beschlossenen Gesetzen, 795 Kleinen Anfragen und 1 907 Drucksachen schon seine große Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt. (Zum Vergleich: In der gesamten ersten Wahlperiode wurden 3 243 Drucksachen gezählt!)

Zwei Volksinitiativen wurden auf den Weg gebracht: Der Initiative „Mussische Bildung für alle“ wurde mit dem Landtagsbeschluss vom 25.02.2010 letztlich Rechnung getragen.<sup>200</sup>

Die „Initiative zur Rettung Brandenburger Alleén“ hat am 12.08.2010 der Vizepräsidentin des Landtages 26 758 Unterschriften übergeben.

Von den bis 31.08.2010 eingegangenen 601 Petitionen sind neben den aus der vergangenen Wahlperiode schon 333 abgearbeitet worden. Die Beschwerden betreffen vor allem den Bereich Strafvollzug.

Nach der Berufsstruktur sind im Landtag 59 Abgeordnete mit akademischen Berufen vertreten, davon 10 Lehrer, 8 Juristen (davon 5 Rechtsanwälte) und 2 Politologen. Die Anzahl der Arbeiter beträgt 26, die der Beamten 18, die

der Angestellten 47, die der Selbständigen 14, die der Altersrentner 4 und die der Studenten 3.

**Besucher** des Landtagsgebäudes (einschließlich von Plenarsitzungen)<sup>201</sup>: 5 427.

<sup>200</sup> GVBl. I Nr.12 vom 10.03.2010.

<sup>201</sup> Bis 31.08.2010.

# X. Die Direktoren des Landtages

## In den 20 Jahren waren drei Direktoren im Landtag tätig:

Herr **Dr. Werner Biebusch** unterstützte vom 01.01.1991 bis zum 31.12.1991 den Präsidenten als Berater. Dabei brachte er seine Erfahrungen als ehemaliger Direktor der Bremischen Bürgerschaft beim Aufbau der brandenburgischen Landtagsverwaltung und der Beratung der Abgeordneten ein. Er wurde mit Wirkung vom 01.01.1992 zum ersten Direk-

tor des Landtages ernannt und war bis zu seiner Versetzung in den Ruhestand mit Wirkung vom 01.05.1996 als Direktor tätig. Er verstarb am 04.07.2007.

Als Nachfolger trat der gebürtige Brandenburger **Malte Kupas**, der dem Landtag bereits durch seine Mitwirkung an der Verfassung verbunden war, mit seiner Ernennung am 01.05.1996 das Amt an; zuvor war er als Leiter der Personalabteilung im Justizministerium tätig gewesen. Er verstarb nach schwe-



Dr. Werner Biebusch.



Malte Kupas.

rer Krankheit am 06.12.2002 im 58. Lebensjahr.

Mit **Dr. Detlef Voigt** wurde am 05.05.2003 ein erfahrener Mitarbeiter der Landtagsverwaltung als Direktor ernannt. Ursprünglich als Referatsleiter für Abgeordnetenangelegenheiten eingestellt, leitete er seit dem 01.01.1992 bis zur Ernennung als Direktor die Abteilung „Verwaltung“, wobei sein besonderes Augenmerk der Entwicklung des Abgeordnetenrechts galt.



Dr. Detlef Voigt.

# XI. Rück- und Ausblicke

## 1. Schlussbetrachtung

Eine Besonderheit der 1. Wahlperiode waren gemeinsame Gesetzesinitiativen aller Fraktionen. In dem Buch: „Neuanfang in Brandenburg“ heißt es: „Bemerkenswert war auch, dass immerhin 15 Gesetzentwürfe von allen Fraktionen gemeinsam eingebracht wurden... Dies sollte später nie mehr so sein.“<sup>202</sup> Nunmehr ist es aber wieder ähnlich. Denn in der 5. Wahlperiode nach genau 20 Jahren gibt es wieder parteiübergreifenden Konsens der Fraktionen in wichtigen Fragen. So wurden die „Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur“ und die Kommission zur Überprüfung der Abgeordneten nach §33 des Abgeordnetengesetzes gleich zu Beginn der Legislaturperiode von allen Fraktionen einstimmig gewählt.

Die Geschichte des Landtages zeigt, dass ein möglichst großes Spektrum von im Landtag vertretenen Fraktionen den parlamentarischen Betrieb und die Debatte beleben und es bei bedeutenden Vorhaben durchaus auch „um die Sache“ gehen kann und nicht nur „ums Prinzip“.

Bei der Podiumsdiskussion am 29.06.2010 anlässlich der Buchvorstellung „*Neuanfang in Brandenburg*“ waren sich die Teilnehmer in der Diskussionsrunde – Britta Stark (SPD), Günter Nooke (BÜNDNIS 90, jetzt CDU) und Dr. Hinrich Enderlein (FDP) – einig darin, dass eine Besonderheit der 1. Wahlperiode in dem Bemühen um Konsens bei wichtigen Fragen bestand. Kontroverser waren teilweise die internen Debatten innerhalb der ersten deutschen Ampelkoalition, wie sich Dr. Hinrich Enderlein erinnerte.

Die Auseinandersetzungen über die Frage einer Zusammenarbeit des Ministerpräsidenten Dr. Manfred Stolpe mit der Staatssicherheit der DDR während seiner Tätigkeit als Konsistorialpräsident der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg in der DDR von 1982 bis 1990 zogen sich durch die gesamte erste Legislaturperiode und prägten die Debatten im ersten Landtag.

Nach dem Bruch der Ampelkoalition arbeitete die Regierung mit wechselnden Mehrheiten weiter; im Landtag wurden alle wichtigen Gesetzesvorhaben zum Abschluss gebracht.

Nachdem in der 1. Wahlperiode der Grundstein für die Arbeit im Land gelegt und eine Fusion der Länder Berlin und

<sup>202</sup> So v. Gersdorff/Lorenz, 2010, S. 187.

Brandenburg von den Parlamenten und Verwaltungen beider Länder engagiert vorbereitet worden war, mussten in der 2. Wahlperiode Rückschläge hingenommen und in der 3. Wahlperiode unter anderem die Folgen einer großzügigen Förderpolitik korrigiert werden. Schwerpunktthema war fortan – auch im Landtag – die Haushaltskonsolidierung. Unter heftige Kritik waren die Landesgesellschaften Brandenburgische Landgesellschaft (BLG) und die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) sowie das Privatisierungsverfahren und Vergabeverfahren zur privaten Errichtung eines Großflughafens BBI geraten, was jeweils zu Untersuchungsausschüssen des Landtages führte.

In der Zeit der Großen Koalition wurde die Praxis geübt, dass die Regierungsfractionen keine gemeinsamen Anträge mit der Fraktion der PDS/DIE LINKE stellten, selbst wenn es in der Sache Übereinstimmung gab. Bei übergreifenden Initiativen wie dem Aufruf zum „*Tag der Demokraten in Halbe 2006*“ oder auch bei Gesetzesvorlagen wie dem Abgeordnetengesetz wurden die Anträge daher vom Landtagspräsidenten eingebracht.

In den 20 Jahren Landtag wurden elf Untersuchungsausschüsse, ein Sonderausschuss und zwei Enquetekommissionen eingesetzt, und es gab neun Sondersitzungen des Landtages. Auch mussten sich Landtag und Landesregierung mit den Folgen von Naturereignissen wie der Dürrekatastrophe 1992 und dem Oderhochwasser 1997 befassen. Die daraufhin erfolgten Investitionen haben sich als richtig erwiesen, wie die Auswirkungen des diesjährigen Oderhochwassers gezeigt haben.

Der Konsolidierungskurs des Landes wurde und wird immer wieder durch bundespolitische Maßnahmen beeinflusst wie die Hartz-IV-Reform, Reformen im Gesundheitswesen, das Sparpaket des Bundes und das Auslaufen des Solidarpaktes. Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die demografische Entwicklung und die Abwanderung junger Menschen zeigen im Land Wirkung. Mit verschiedenen Projekten und Fördermaßnahmen, wie sie beispielsweise aktuell aus der Fachkräftestudie<sup>203</sup> abgeleitet werden, oder Konzepten in der Bildungs- und Familienpolitik versucht Brandenburg, derartigen Entwicklungen entgegenzuwirken.

Der Landtag ist auch an die Gesetzgebung nicht unmittelbar betreffenden Vorhaben beteiligt, indem die Berichte der Landesregierung zu Landtagsdebatten führen, durch die auf das Regierungshandeln Einfluss genommen wird. Beispiele sind die Demografieberichte, Berichte zur Wirtschaftsstrategie und zum Handlungskonzept „*Tolerantes Brandenburg*“.

Insgesamt sind in 20 Jahren Landtag (bis Redaktionsschluss am 31.08.2010):

- in 415 Landtagssitzungen
- 682 Gesetze verabschiedet worden,
- von 16222 eingegangenen Petitionen 15084 erledigt worden,
- 209 Große Anfragen und
- 9489 Kleine Anfragen beantwortet worden.
- Von insgesamt 8 Volksbegehren war keines, von 21 Volksinitiativen war

<sup>203</sup> Gemeinsame Fachkräftestudie Berlin-Brandenburg vom Februar 2010.

eine erfolgreich, d. h. wurde vom Landtag ohne Einschränkungen angenommen (kostenfreie Schülerbeförderung); jedoch wurde in acht weiteren Fällen das Anliegen der Volksinitiative aufgegriffen.<sup>204</sup>

- Seit Bestehen des Landtages haben sich rund 160 000 Besucher über die Arbeit des Landesparlamentes informiert
- Der Parlamentarischen Beratungsdienstes (PBD) hat seit Beginn seiner Tätigkeit Anfang des Jahres 2008 75 Gutachten sowie 10 Kurzinformationen zu aktuellen Themen (z. B. zu einschlägigen Gerichtsentscheidungen oder aktuellen Rechtsentwicklungen) gefertigt, wobei die Aufträge in erster Linie von den Fraktionen und nachfolgend von den Ausschüssen erteilt werden.

Seit seinem Bestehen unterhält der Landtag zahlreiche Kontakte zu in- und ausländischen Parlamenten. Insbesondere zum Landtag Nordrhein-Westfalen bestanden nach der ersten Konstituierung des Landtages sehr intensive Beziehungen, die sich im Laufe der folgenden Wahlperioden auf fast alle deutschen Landesparlamente ausweiteten.

Die internationalen Kontakte wurden durch hochrangige Besuche von Parlaments- und Senatspräsidenten sowie Präsidenten und Abgeordnetendelegationen von Regionalvertretungen aus Brasilien, Japan, China, Südafrika, Ungarn, Russland, USA, Mexiko, Marokko, Korea, Dänemark, Israel, Chile, Ägypten, Frankreich,

Algerien, Rumänien, Australien, Schweden, Spanien, Kanada, England, Estland, Slowakei und Mongolei, Belarus, Ukraine und Georgien geprägt. Die Beziehungen zu den polnischen Nachbarn sind von Beginn an der gewichtigste Teil der internationalen Kontakte des Landtages, denn Artikel 2 Absatz 1 der Verfassung des Landes fordert die Zusammenarbeit „mit dem polnischen Nachbarn“ ausdrücklich ein.

Nun noch ein Blick nach Berlin:

*„Obwohl der Brandenburger Landtag aus anderen Ausgangsbedingungen startete als das ‚ost-west-gemischte‘ Berliner Abgeordnetenhaus (und auch der Deutsche Bundestag) zeigen die Resultate ... so gut wie keine Unterschiede. Landtage müssen nun einmal in Ost und West dieselben Aufgaben der Politikgestaltung und Politikvermittlung erfüllen ... Die Funktionslogik des Parlamentarismus hat sich auch in Brandenburg als effektiver Lernprozess gestaltet, in dessen Verlauf die Abgeordneten die parlamentarische Demokratie nicht als ‚importiertes Modell‘ blind oder widerstrebend übernahmen, sondern aus eigener gelebter Erfahrung gestalteten.“<sup>205</sup>*

### **Landtagswahlen im Überblick**

Bemerkenswert ist, dass die Wahlbeteiligung bei der Wahl zum ersten Landtag mit 67,07 % und der erstmalig parallel zu einer Bundestagswahl durchgeführten Wahl zum fünften Landtag mit 67,5 % jeweils ähnlich hoch war und deutlich über der Wahlbeteiligung zu den übrigen Landtagswahlen lag.

<sup>204</sup> Gesamtübersicht abrufbar unter [http://www.landtag.brandenburg.de/de/mitgestalten/volksgesetzgebung/volksgesetzgebung\\_in\\_brandenburg\\_seit\\_1992/396602](http://www.landtag.brandenburg.de/de/mitgestalten/volksgesetzgebung/volksgesetzgebung_in_brandenburg_seit_1992/396602).

<sup>205</sup> Schüttemeyer/Lübker/Kolkmann, 2000, S. 598.

Wahltermin	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung in %	Zweitstimmenanteil in %						
			SPD	CDU	DIE LINKE <sup>206</sup>	DVU	GRÜNE/B90 <sup>207</sup>	FDP <sup>208</sup>	Sonstige
14.10.90	1.963.926	67,07	38,24	29,40	13,41		6,42	6,63	5,89
11.09.94	1.933.680	56,33	54,14	18,72	18,71		2,89	2,20	3,34
05.09.99	2.056.834	54,30	39,33	26,55	23,34	5,28	1,94	1,86	1,70
19.09.04	2.117.145	56,41	31,91	19,43	27,96	6,08	3,60	3,33	7,71
27.09.09	2.112.502	67,50	33,04	19,79	27,16	1,15	5,66	7,21	6,00

## Zusammensetzung des Landtages seit 1990

	Zahl der MdL	SPD	CDU	PDS/DIE LINKE <sup>209</sup>	FDP <sup>210</sup>	BÜNDNIS 90/GRÜNE/B90 <sup>211</sup>	DVU	Mehrheit
1. Wahlperiode 1990–1994	88	<b>36</b>	27	13	<b>6</b>	<b>6</b>	–	<b>48</b>
2. Wahlperiode 1994–1999	88	<b>52</b>	18	18	–	–	–	<b>52</b>
3. Wahlperiode 1999–2004	89	<b>37</b>	<b>25</b>	22	–	–	5	<b>62</b>
4. Wahlperiode 2004–2009	88	<b>33</b>	<b>20</b>	29	–	–	6	<b>53</b>
5. Wahlperiode 2009–2014	88	<b>31</b>	19	<b>26</b>	7	5	–	<b>57</b>

## 2. Verfassungsänderungen

In den 20 Jahren seit Bestehen des Landtages gab es folgende Verfassungsänderungen:

### Regelung zu einem Volksentscheid

„Gesetz zu den Staatsverträgen über die Neugliederung der Länder Berlin und Brandenburg“ vom 27.06.1995, Artikel 2 (geändert Artikel 22 Abs.3, 62, 116):<sup>212</sup>

Der neu gefasste Artikel 116 regelt das Verfahren zur Vereinigung der Länder Brandenburg und Berlin. Erforderlich ist gemäß Artikel 116 Absatz 1 Satz

<sup>206</sup> 1990: PDS-LL. 1994–2004: PDS.

<sup>207</sup> 1990: BÜNDNIS 90.

<sup>208</sup> Bis 2001: F.D.P.

<sup>209</sup> Bis 1994: PDS-LL. Von 1994–2005: PDS.

2005–2007: Die Linkspartei. PDS.

<sup>210</sup> Bis 2001: F.D.P.

<sup>211</sup> Bis 1993: BÜNDNIS 90. 1993–1994: BÜNDNIS.

<sup>212</sup> GVBl. 1995 I, S. 150.

2 die Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages sowie die Zustimmung in einem Volksentscheid zu der nötigen Vereinbarung. Im Rahmen des 1996 durchgeführten Volksentscheides gab die Berliner Bevölkerung mit knapper Mehrheit ihre Zustimmung zum Neugliederungsstaatsvertrag, während in Brandenburg bereits das Mindestzustimmungsquorum von 25 % der Bevölkerung nicht erreicht wurde. Jedoch ist die erneute Durchführung eines Volksentscheides durch Artikel 116 nicht ausgeschlossen.

### **Gesetzesvorbehalt**

„Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg“ vom 10.03.1997 (geändert Artikel 22):<sup>213</sup>

Das Verfassungsgericht des Landes Brandenburg stellte mit Urteil vom 25.01.1996<sup>214</sup> fest, dass § 12 Absatz 1 Nummer 1 des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes mit der Verfassung des Landes Brandenburg unvereinbar sei. Die hier getroffene Regelung, wonach angestellte Ärzte, die in nichtselbstständigen Einrichtungen des Kreises in nicht leitender Funktion ärztlich tätig sind, nicht dem Kreistag des Landkreises angehören dürfen, stehe in Widerspruch zu Artikel 22 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg. Demnach haben alle Bürger nach Vollendung des 18. Lebensjahres das Recht, zum Landtag und zu den kommunalen Vertretungskörperschaften zu wählen und in diese gewählt zu werden.

Zur Herstellung der Verfassungskonformität wurde mit dem in Artikel 22 neu eingefügten Absatz 5 ein Gesetzesvorbehalt eingefügt, der die Basis für die nähere Ausgestaltung der Rechte aus Artikel 22 Absatz 1 bis 4 durch Gesetz bildet.

### **Zur Wahl der Verfassungsrichter**

„Gesetz zur Änderung des Artikels 112 Absatz 4 der Verfassung sowie des Verfassungsgerichtsgesetzes“ vom 24.06.1997<sup>215</sup>:

Die bis dato geltende Regelung des Artikels 112 Absatz 4 Satz 5 sah lediglich eine einfache Mehrheit der Stimmen zur Wahl der Richter des Verfassungsgerichts des Landes Brandenburg vor, was von den entsprechenden bundesrechtlichen Regelungen sowie den Regelungen der Landesverfassungen der übrigen neuen Bundesländer abwich und die Kontrollfunktion des Verfassungsgerichts gegenüber der Exekutive und der die Gesetzgebung bestimmende Parlamentsmehrheit hätte gefährden können. Dem Anschein, dass das Verfassungsgericht ein „Instrument der jeweiligen Parlamentsmehrheit“ sein könnte, sollte durch Einführung einer qualifizierten Mehrheit bei der Wahl der Verfassungsrichter begegnet werden. Artikel 112 Absatz 4 Satz 5 wurde dahin gehend geändert, dass zur Wahl der Verfassungsrichter nunmehr eine Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages Brandenburg vorgesehen ist.

<sup>213</sup> GVBl. 1997 I, S. 4.

<sup>214</sup> VfGBbg: 13/95.

<sup>215</sup> GVBl. 1997 I, S. 68.

## Vom Hauptausschuss vorgeschlagene Änderungen (14)

„Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg und des Verfassungsgerichtsgesetzes Brandenburg“ vom 07.04.1999, Artikel 1<sup>216</sup>:

Hier wurde eine ganze Reihe von Verfassungsbestimmungen geändert, die aus Sicht des Einbringers (Hauptausschuss) mit Unsicherheiten behaftet sein oder deren Anwendung möglicherweise zu ungewollten tatsächlichen Schwierigkeiten führen könnte. Darunter die folgenden Änderungen:

- Artikel 22 Absatz 2: Ersetzung des Wortes „Bürgeranträgen“ durch das Wort „Einwohneranträgen“ angesichts der in Satz 2 bereits vorgesehenen Beteiligungsmöglichkeit anderer Einwohner. Streichung der Einschränkung in Satz 3, derzufolge eine **gesetzliche Absenkung der Altersgrenze zur Beteiligung an Volksinitiativen** und Einwohneranträgen auf sechzehn Jahre nur möglich ist, sofern diese vornehmlich Jugendliche betreffen.
- Artikel 62 Absatz 1: Die Neuwahl des Landtages ist nunmehr zwischen frühestens siebenundfünfzig und spätestens sechzig (bisher: neunundfünfzig) Monaten nach Beginn der Wahlperiode möglich, um ein schrittweises Vorrücken des **Wahltermins** zu verhindern; eine mögliche Kollision zukünftiger Wahltermine mit den Hauptferienzeiten soll auf diesem Wege vermieden werden.
- Artikel 65: Die bisherige Fassung sah für Beschlussfassungen des Landtages die Mehrheit der abgegebenen Stimmen vor, es sei denn, die Fassung bestimmt etwas anderes; nunmehr können für die vom Landtag vorzunehmenden Wahlen durch ein Gesetz oder die Geschäftsordnung des Landtags **Ausnahmen** zugelassen werden.
- Artikel 74 Absatz 1: Die Änderung sieht vor, dass die Wahl des Landesbeauftragten für Datenschutz **ohne Aussprache** erfolgt.
- Artikel 87 Satz 1: Der bisherige Absatz 1 sieht vor, dass sich der Landtag nach einer gescheiterten **Vertrauensfrage** innerhalb von zwanzig Tagen auflösen kann, wenn er nicht in dieser Frist einen Ministerpräsidenten gewählt hat; nunmehr wird das für die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten erforderliche Quorum – die Mehrheit der Mitglieder des Landtages – ausdrücklich geregelt.
- Artikel 94 Satz 2: Im Rahmen von Artikel 94 werden bestimmte **Unterichtungspflichten der Landesregierung gegenüber dem Landtag** geregelt – unter anderem beziehen sich diese Pflichten auf die Zusammenarbeit mit anderen Staaten und den Europäischen Gemeinschaften; nach der Gründung der Europäischen Union durch den am 01.11.1993 in Kraft getretenen Vertrag von Maastricht wird die bisherige Bezeichnung „den Europäischen Gemeinschaften“ ersetzt durch die zusammenfassende Bezeichnung „Europäische Union“.

<sup>216</sup> GVBl. 1999 I, S. 98.

- Artikel 97 Absatz 3: Neben der Klarstellung im Anschluss an die Entscheidung des Verfassungsgerichts des Landes Brandenburg vom 18.12.1997<sup>217</sup> durch den Einschub „oder aufgrund eines Gesetzes“ wird im Rahmen der Neufassung des Absatzes 3 auch eine Überarbeitung der Bestimmungen zur Kostendeckung vorgenommen. Die beschlossene Fassung sieht in Satz 2 vor, dass **Bestimmungen zur Deckung der Kosten** zu treffen sind, sofern die Gemeinden oder Gemeindeverbände durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes zur Erfüllung **neuer öffentlicher Aufgaben** verpflichtet werden; sofern diese Aufgaben zu einer Mehrbelastung führen, sieht der neue Satz 3 die Schaffung eines finanziellen Ausgleiches vor; aufgrund eines Entschließungsantrags des Hauptausschusses<sup>218</sup> beschließt der Landtag neben der Änderung des Verfassungstextes noch eine Reihe von Erläuterungen als Auslegungshilfe.
- Artikel 109 Absatz 3: Zur **Vereinfachung der Richterernennung** wird der Satz 2 mit einer Delegationsbefugnis der Landesregierung auf das zuständige Mitglied der Landesregierung angefügt.
- Artikel 112 Absatz 6: § 6 Absatz 2 Satz 1 des Verfassungsgerichtsgesetzes Brandenburg regelt, dass die **Amtszeit der Verfassungsrichter** mit Ablauf des Monats endet, in dem sie das achtundsechzigste Lebensjahr vollendet haben; angesichts

der Tatsache, dass die Verfassung bis dato zwar das Mindestalter ausdrücklich vorgab (Artikel 112 Absatz 5 Satz 1), jedoch keine Regelung zum Höchstalter traf, wollte der Gesetzgeber eventuelle Zweifel an der Zulässigkeit einer solchen einfachgesetzlichen Regelung ausräumen und hat daher den Absatz 6 („*Das Nähere regelt ein Gesetz*“) ergänzt um den Zusatz: „... *das auch eine Höchstaltersgrenze für Verfassungsrichter vorsehen kann*“.

- Artikel 114 Satz 2: nach Satz 1 wurden die bei der Errichtung des Verfassungsgerichts zu wählenden Richter – abweichend von der allgemein zehnjährigen Amtszeit des Artikels 112 Absatz 4 Satz 1 – für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt; nach Satz 2 war ihre einmalige **Wiederwahl** möglich; durch einen entsprechenden Einschub in Satz 2 wurde klargestellt, dass sich die Wiederwahl auch hier auf eine **Amtszeit von zehn Jahren** erstreckte.

### **Gemeinsame Fachobergerichte der Länder Berlin und Brandenburg**

„Gesetz zur Änderung der Verfassung“ vom 16.06.2004;<sup>219</sup>

Nach dem „Gesetz über Ziele und Vorgaben zur Modernisierung der Landesverwaltung“ waren unter Wahrung des Grundsatzes des beiderseitigen Nutzens Verhandlungen mit dem Land Berlin mit dem Ziel zu führen, eine gemeinsame Aufgabenerledigung im Bereich der Obergerichte der Ver-

<sup>217</sup> VfGBbg: 47/96.

<sup>218</sup> Drucksache 2/6179.

<sup>219</sup> GVBl. 2004 I, S. 254.

waltungs-, Finanz-, Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit zu erreichen. Diese Verhandlungen führten zur Unterzeichnung des Staatsvertrages vom 26.04.2004 über die Errichtung gemeinsamer Fachobergerichte der Länder Berlin und Brandenburg. Zu seinem Wirksamwerden bedurfte es auch einer Änderung der Verfassung: Als neuer Absatz 4 wurde dem Artikel 109 der Verfassung hinsichtlich der Berufung der Richter die Regelung angefügt, dass durch Staatsvertrag Abweichendes bestimmt werden kann, wenn das Land mit anderen Ländern gemeinsame Gerichte errichtet.

### **Elektronische Ausfertigung und Verkündung von Gesetzen**

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg vom 07.07.2009:<sup>220</sup>

Artikel 81 wurde ein neuer Absatz 4 angefügt, demzufolge die Ausfertigung und Verkündung von Gesetzen und Rechtsverordnungen nach Maßgabe eines Gesetzes in elektronischer Form vorgenommen werden können. Damit wurde die **rechtliche Basis zu einer medienbruchfreien elektronischen Ausfertigung und Verkündung der Landesnormen** geschaffen.

Den Anstoß hierzu hatten der Landtag<sup>221</sup> und der Sonderausschuss des Landtages zur Überprüfung von Normen und Standards<sup>222</sup> gegeben. Da Internet und Informationstechnik in der Gesellschaft mittlerweile eine zentrale Rolle bei der Kommunikation und der Infor-

mationsbeschaffung spielen „erscheint es konsequent, Gesetze und Rechtsverordnungen zukünftig auf elektronischem Wege zu verkünden und dadurch sowohl die Erstellung der amtlichen Verkündungsblätter als auch den Zugang zu ihnen den modernen Kommunikationsmitteln anzupassen.“<sup>223</sup>

### **3. Was den Fraktionen wichtig ist**

Die fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben kurz und knapp dargestellt, was für sie jeweils in den „20 Jahren Landtag Brandenburg“ besonders wichtig war:

#### **GRÜNE / B90:**

*„Das wichtigste Gesetz ist natürlich die Brandenburger Verfassung. Aus Sicht der bündnisgrünen Fraktion stellte zudem die Verabschiedung des Naturschutzgesetzes von 1992 und der darauf folgende Ausbau eines Netzes von Großschutzgebieten eine besonders herausragende Gesetzesinitiative dar. Damit wurde seinerzeit ein bundesweites Vorbild für einen innovativen Naturschutz geschaffen. Leider wurde dieses Gesetz über die Jahre verwässert und büßte viel seiner bundesweiten Strahlkraft ein.“*

#### **FDP:**

*„Für die FDP-Landtagsfraktion ist und bleibt die Verfassung des Landes Brandenburg die wichtigste Errungenschaft seit der deutschen Wiedervereinigung. Viele liberale Elemente, insbesondere die*

<sup>220</sup> GVBl. 2009 I, S. 191.

<sup>221</sup> Drucksache 4/2414-B.

<sup>222</sup> Drucksache 4/4570, S. 42.

<sup>223</sup> So der Gesetzentwurf, Drucksache 4/7337.

*Verankerung von Elementen der unmittelbaren Bürgerbeteiligung durch Bürgerbegehren sowie Bürger- und Volksentscheide, haben das Vertrauen der Menschen in die Landesverfassung und die Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement entscheidend geprägt.“*

#### **CDU:**

*„Eines der wichtigsten und anspruchsvollsten Gesetzgebungsverfahren, das für fast alle Brandenburger eine ganz praktische Bedeutung hat, war die im Jahr 2003 erfolgreich abgeschlossene Gemeindegebietsreform. Damit ist nach intensiver Arbeit eine wirkungsvolle Verwaltungsmodernisierung gelungen.*

*Für die CDU-Fraktion ist der Erfolg, durch freie Wahlen demokratische Entscheidungen im Landtag zu ermöglichen, die zentrale Botschaft von 20 Jahren Land Brandenburg, von 20 Jahren deutscher Einheit.“*

#### **DIE LINKE:**

*„Für die Linksfraktion ist die Landesverfassung von 1992 das wichtigste Gesetz in den 20 Jahren seit Bestehen des Brandenburger Landtages. Im Unterschied zu anderen ostdeutschen Landtagen war die Brandenburger PDS-LL intensiv an deren Erarbeitung beteiligt und damit verfassungsgebende Kraft, außerdem warb sie im Vorfeld der Volksabstimmung engagiert für die Annahme der Landesverfassung.“*

#### **SPD:**

*„Zu den überdauernden Leistungen der Brandenburger Gründerjahre zählt unsere Landesverfassung. Im Geist der DDR-Bür-*

*gerbewegung verfasst, wurde sie von den Brandenburgerinnen und Brandenburgern in einem Referendum mit über 94 Prozent angenommen. Viele ihrer Formulierungen sind unmittelbar dem Verfassungsentwurf des Zentralen Runden Tisches der DDR entnommen. Brandenburg verfolgt ehrgeizigere Staatsziele als andere Bundesländer. Wir bekennen uns dazu, dass die Menschen ein Recht auf Arbeit und angemessene Wohnung haben. Für die Verwirklichung dieser Rechte muss die Landespolitik engagiert kämpfen.“*

#### **4. Akteure von damals und heute erinnern sich**

Die Abgeordneten

- Beate Blechinger (CDU),
- Andreas Kuhnert (SPD),
- Stefan Ludwig (DIE LINKE)
- Matthias Platzbeck (SPD),
- Christoph Schulze (SPD),
- Britta Stark (SPD)
- Gerlinde Stobrawa (DIE LINKE),
- Alwin Ziel (SPD)

saßen auch schon in der ersten Wahlperiode im Landtag. Von ihnen sind Andreas Kuhnert, Christoph Schulze, Gerlinde Stobrawa und Alwin Ziel durchgängig im Landtag vertreten.

- Dr. Helmuth Markov

war in der 1. und 2. Wahlperiode als Abgeordneter im Landtag und ist in der 5. Wahlperiode als Minister – ohne Abgeordnetenmandat – vertreten.

Alle neun Genannten haben anlässlich des 20. Geburtstages des Landtages einen kleinen Beitrag geleistet:



1. Wahlperiode.

**Beate Blechinger** (CDU) zum Wert der Verfassung und zur 1. Wahlperiode:

*„Wir hatten natürlich viel mehr Entscheidungen zu fällen, weil ja im Prinzip die Grundlagen für das Funktionieren des Landes Brandenburg gelegt werden mussten. Dann war die Stasiaufarbeitung ein leidenschaftliches Thema mit sehr emotionalen Diskussionen. Und bei der Ausarbeitung der Verfassung prallten plötzlich Welten aufeinander. Aber die Regierungsfractionen hatten ein großes Interesse an*



5. Wahlperiode.

*einem parteiübergreifenden Entwurf. So haben sie also auch erhebliche Zugeständnisse gegenüber der CDU-Fraktion gemacht. Sicherlich sind viele Staatsziele wie das Recht auf Arbeit oder das Recht auf Bildung Illusionen, die man dem Bürger macht. Aber ich habe der Verfassung mit zehn anderen CDU-Abgeordneten zugestimmt, weil ich mir gesagt habe: Das ist ein Wert an sich, dass so ein grundlegendes Dokument auch von der gesamten Brandenburger Bevölkerung getragen wird und nicht nur von zwei, drei Parteien.“<sup>224</sup>*

<sup>224</sup> v. Gersdorf/Lorenz, 2010, S.14.

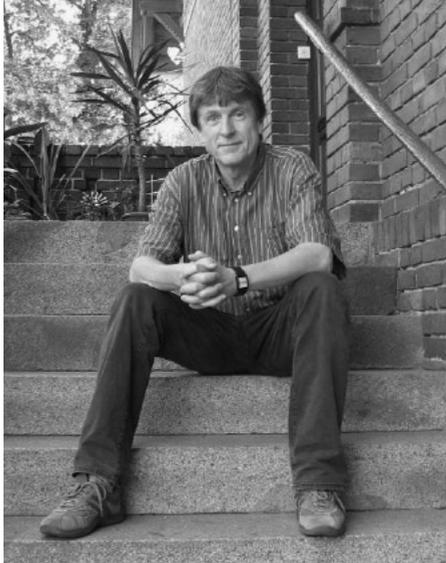


Wahlkampf 1. Wahlperiode.

**Andreas Kuhnert (SPD)** über kühne Träume:

*„38 Jahre in der DDR gegen den Strom geschwommen. Immer in der Hoffnung, kleine Verbesserungen erreichen zu können. Oppositionsarbeit unter dem Dach der evangelischen Kirche. Mit Jugendlichen den ‚aufrechten Gang‘ geübt.*

*Als schließlich unsere Bemühungen ganz unerwartet in der friedlichen Revolution und im Ende der DDR mündeten, gab es für mich keine Frage! Ich will dabei sein, wenn das Neue gestaltet wird!*

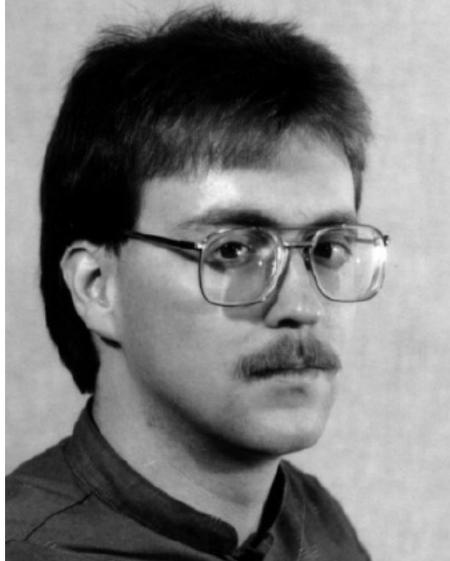


5. Wahlperiode.

*Ich will mitgestalten, aktiv und hauptberuflich in der Politik!*

*Die Wahl in den Landtag über ein Direktmandat hatte etwas Unwirkliches, geradezu ‚Rauschhaftes‘! Endlich, endlich, endlich ist es soweit!*

*Den kühnen Träumen aus 38 Jahren Diktatur konnte die gesamtdeutsche Wirklichkeit nur bedingt standhalten. 20 Jahre danach hält die Genugtuung an! 20 Jahre danach gibt es auch viel Ernüchterung! 20 Jahre danach sind wir im ‚Alltag-West‘ angekommen! Wirklich befriedigend ist das für friedliche Revolutionäre aber nicht!“*



1. Wahlperiode.

**Stefan Ludwig** (DIE LINKE) zur Kraft von Mehrheiten:

*„Eine Generation währt die Neugründung des Landes. Ich sehe das auch an meiner Familie: Kam ich 1990 mit 23 als jüngstes Mitglied in den Landtag, habe ich heute bereits einen erwachsenen Sohn.*

*In dieser Zeit sah ich, wie Politik das Land prägen kann, und dass in der Politik - abgesehen von einigen Zufällen - nichts unveränderlich ist. Alles wird so, wie es werden soll - im Guten wie im*



5. Wahlperiode.

*Schlechten. Die Mehrheit entscheidet, wie es werden soll. Es lohnt sich, um die Mehrheit zu ringen.*

*Die Mehrheit muss auch berücksichtigen, dass es so wurde, weil sie es so wollte. Es gibt keine Fluchtmöglichkeit. Aber selbst eine fehlerhafte Entscheidung ist bei anschließender Korrektur besser gewesen als keine Entscheidung. Nicht getroffene Entscheidungen oder unterlassene Fehlerkorrekturen blieben dauerhaft Fehler in der Landespolitik, denn oft ist eine Entscheidung heute nicht mehr möglich.“*



1. Wahlperiode.

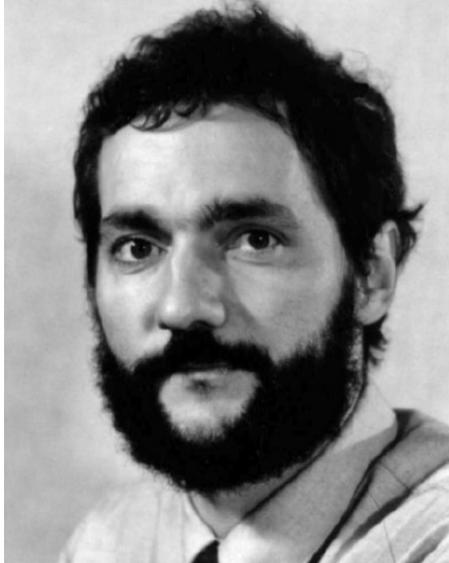
**Dr. Helmuth Markov (DIE LINKE)**  
spannt einen Bogen:

*„Als Politikneuling erlebte ich die Aufbaujahre des Landes Brandenburg im Landtag. Wir 13 Abgeordneten der Fraktion PDS/Linke Liste engagierten uns als sachliche, konstruktive Opposition vor allem für demokratische und soziale Rechte der Bürgerinnen und Bürger. Vieles von dem, was wir in der ersten Legislaturperiode mit auf den (Branden-*



5. Wahlperiode.

*burger) Weg brachten, prägt heute unser Land. Da steht als erstes die Landesverfassung, deren Inhalt und Geist auch heute unsere Arbeit bestimmt. Froh bin ich darüber, dass Schwerpunkte der linken Opposition von damals - so u. a. Projekte zur Schaffung von Arbeitsplätzen, Mindestsicherung, Transparenz in der Politik, Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger - heute Bestandteil des Koalitionsvertrages mit der SPD sind.“*



1. Wahlperiode (BÜNDNIS 90).

**Matthias Platzbeck** (SPD) über Provisorien:

*„So vieles war ja damals provisorisch, in diesem von Aufbruch und Neubeginn geprägten Spätherbst 1990. Der Landtag hatte ein Gesetz zur „vorläufigen Sicherung“ seiner Arbeitsfähigkeit beschlossen. Das gerade im Entstehen begriffene Umweltministerium, welches mir anvertraut werden sollte, bezog mit einer Handvoll künftiger Mitarbeiter fürs Erste in einem Raum in der Bezirksverwaltungsbehörde in der Heinrich-Mann-Allee Quartier. Eine graue Telefonanlage mit vielen Tasten und einen Robotron-PC (mit Textverarbeitung) gab es hier. Provisorisch war auch der Plenarsaal des Landtages. In der kurzerhand zu diesem Zweck umfunktionierten Kantine im gleichen Gebäude roch es nach Eintopf, Sauerkraut und gebrühtem Kaffee.“*



5. Wahlperiode (SPD).

*Pragmatisch, anspruchslos, wenn es nicht um die Sache ging, und improvisierfreudig waren damals die meisten - es gab eben Wichtigeres als Büroraumplanung und Dienstwagenrichtlinien. Und noch etwas ist mir in Erinnerung geblieben aus jenen Tagen: in vielem haben wir eingeübte Muster aufgegeben, Grenzen einfach ignoriert oder kurzerhand hinter uns gelassen. Die Parteigrenzen zum Beispiel, die Grenzen zwischen dem Amt und dem Ehrenamt oder die Grenzen zwischen Herkunft aus Ost und West.*

*Die Provisorien gehörten bald der Vergangenheit an. Aber vieles von dem Gemeinschaftsgefühl hat sich noch einige Zeit in der Arbeit des Landtages niedergeschlagen und Bausteine geliefert für das, was später häufig ‚der Brandenburger Weg‘ genannt wurde.“*

**Christoph Schulze** (SPD) wagt einen Rückblick auf die vergangenen vier Wahlperioden mit dem Zeichenstift:

**1. Wahlperiode:**



## 2. Wahlperiode:

FUSION BERLIN BRANDENBURG



## 3. Wahlperiode:

GROÙE KOALITION



## 4. Wahlperiode:





1. Wahlperiode.

**Britta Stark** (SPD) schöpft Kraft und Zuversicht:

*„Heute, im Nachhinein, kann man nur staunen, was wir in diesem einen Jahr, 1990, gemeinsam bewegt und verändert haben!*

*Noch im Winter hatte ich als zuständige Regierungsbeauftragte die Aufgabe, den alten Rat des Bezirkes Frankfurt*



5. Wahlperiode.

*(Oder) abzuwickeln. Bereits ein halbes Jahr später konstituierte sich der erste Brandenburger Landtag, dem ich angehören durfte.*

*Die unmittelbare Erfahrung, dass ein solcher demokratischer Umwälzungsprozess hier bei uns möglich war, geben mir noch heute, 20 Jahre danach, Kraft und Zuversicht für meine tägliche politische Arbeit.“*



1. Wahlperiode.

**Gerlinde Stobrawa** (DIE LINKE) über ehrliche Helfer:

*„Für alle, die im Herbst 1990 als frisch gewählte Abgeordnete im Plenarsaal in der Heinrich-Mann-Allee 107 Platz nahmen, war diese Arbeit Neuland. Selbst für diejenigen, die, wie ich und etliche andere, zuvor in Bezirkstagen, Kreistagen oder Stadtverordnetenversammlungen gearbeitet hatten. Wir alle wussten eigentlich nicht, was auf uns alles zukommt. Neugierig waren wir, glaube ich, alle - auch und gerade auf diejenigen, die - aus dem Westen Deutschlands kommend - mit uns gemeinsam das ‚Neuland‘ beackern wollten.*

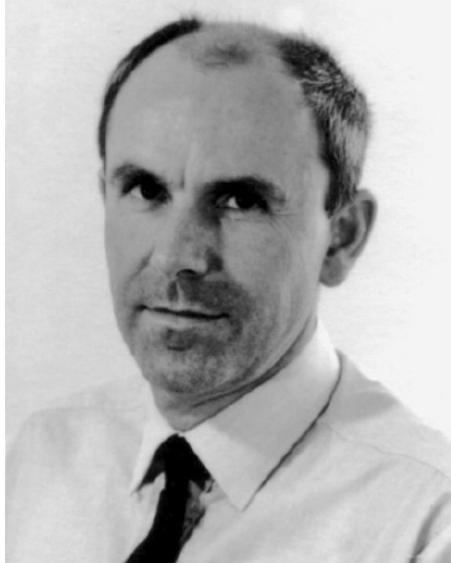
*Zwei – ganz unterschiedliche – Kollegen sind mir in besonderer Erinnerung geblieben. Der erste ist unser langjähriger Landtagsdirektor Dr. Werner Biebusch, der uns – kompetent und nie*



5. Wahlperiode.

*belehrend – nicht nur über die ‚Stolperfallen‘ der Geschäftsordnung half. Er prägte den parteiübergreifenden Politikstil im Landtag in der ersten Wahlperiode ganz erheblich mit. Ja, und dann war da auch Prof. Dr. Klaus Finkelburg, Rechtsanwalt aus Berlin (West), CDU-Mitglied, mit dem ich längere Zeit im Verfassungsausschuss zusammengearbeitet habe. Neben seinem fachlichen Rat war es vor allem eines, was mich doch etwas überraschte: Er fragte uns nach unserem Leben in der DDR und nach der Wende. Er wollte, dass unsere durchaus verschiedenartigen Lebenserfahrungen aus dieser Zeit im Text der Brandenburger Verfassung zum Tragen kommen.*

*Jenseits von ‚Buschzulagen‘, über die damals immer wieder geredet wurde, haben diese und weitere ‚Wessis‘ uns auf unserem Weg maßgeblich unterstützt. Dankbar erinnere mich bis heute daran.“*



1. Wahlperiode.

**Alwin Ziel** (SPD) über Demokratieanfänge:

*„Es geht um einen meiner ersten Besuche nach der Wende in einem Kreispolizeiamt im Norden unseres Landes gemeinsam mit einer ganzen Reihe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Innenministerium.*

*Ob ich das wollte oder nicht, die gesamte Dienststelle war mit Mann und Maus angetreten, und ehe ich mich ver-*



5. Wahlperiode.

*sah, wurde mir durch den Leiter des Kreispolizeiamtes Meldung erstattet. Feierliches Zuschreiten auf den neuen Minister und folgende Meldung: ‚Herr Minister, ich melde, Mitarbeiter des Kreispolizeiamtes vollzählig angetreten und einsatzbereit. Sie können sich darauf verlassen, wir machen jetzt Demokratie, da gibt es keine Diskussion.‘ Manche mussten sich das Lachen verbeißen. Ich habe mir nie wieder Meldung erstatten lassen.“*

## 5. Vom Schatten der Vergangenheit zum neuen Weg

*„Während in Brandenburg zunächst der Wunsch im Vordergrund stand, gemeinsam Neues zu schaffen, warf die DDR-Vergangenheit später einen immer größeren Schatten auf die Politik. Eine 1991 vom Landtag eingerichtete ‚Ehrenkommission zur Überprüfung der Abgeordneten auf ihre früheren Kontakte zum Ministerium für Staatssicherheit aus Pfarrer Karl-Heinz Ducke... und Generalsuperintendent Günter Bransch... führte anschließend Einzelgespräche mit den Mandatsträgern... Ihr unveröffentlichter Bericht an den Landtagspräsidenten enthielt lediglich zwölf Grenzfälle einer Zusammenarbeit mit dem MfS. ... Der Schatten der Vergangenheit führte 1994 schließlich zum Bruch der Regierungskoalition.“<sup>225</sup>*

Im Dezember 2009 und im Januar 2010 ging es in Presseveröffentlichungen erneut um die Frage der Überprüfung der Abgeordneten hinsichtlich einer Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst der DDR und in diesem Zusammenhang um die Ergebnisse der Ehrenkommission aus der Überprüfung der Abgeordneten im Jahr 1991.

Dabei wurde auch kritisiert, dass von allen neuen Bundesländern nur Brandenburg keinen sogenannten Stasi-beauftragten habe.

Der Abschlussbericht der Ehrenkommission wurde im Dezember 2009 auf Presseanfragen zur Verfügung gestellt. Damit konnten Aussagen von His-

torikern widerlegt werden, wonach ein solcher Bericht gar nicht existiere oder das Ergebnis lediglich vor der Presse auf der Pressekonferenz am 29.11.1991 vorgetragen worden sei.

Das Präsidium des Landtages hat am 17.02.2009 entschieden, dass die in einem Panzerschrank im Landtag gelagerten Unterlagen im Zusammenhang mit diesem Überprüfungsverfahren dem Landeshauptarchiv zur Archivierung zu übergeben sind. Grundlage für diese Entscheidung war das Gutachten des Parlamentarischen Beratungsdienstes des Landtages zu den „Möglichkeiten zur weiteren Verwendung oder Nutzung der im Landtag Brandenburg noch vorhandenen Unterlagen der ‚Ehrenkommission‘ zur Überprüfung der Abgeordneten aus dem Jahr 1991.“ Nach dem Gutachten ist die Verwendung der Unterlagen der Ehrenkommission durch Einsichtsgewährung oder Weitergabe an die Presse sowie eine Nutzung durch Gremien des Landtages grundsätzlich unzulässig.

Anlässlich der Sondersitzung des Landtages zu dieser Thematik am 04.12.2009 führte Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) aus: *„... die Unruhe der vergangenen Wochen ist keine politische Krise dieser Landesregierung, auch keine Krise der Parteien, die diese Koalition tragen. Es ist vor allem eine Krise der moralischen und auch der politischen Integrität einiger Mitglieder dieses Landtages. Ich nenne hier ausdrücklich Herrn Hoffmann und Frau Adolph... Sie haben aber einen Schaden ange richtet, der uns alle betrifft. Dieser Schaden hätte nicht eintreten dürfen. Ich be-*

<sup>225</sup> v. Gersdorff/Lorenz, 2010, S. 189.

*daure ihn ganz außerordentlich... Herr Hoffmann und Frau Adolph sind seit 2004 Mitglieder dieses Hohen Hauses. Es hat aber seit 1990 im Brandenburger Landtag keine systematische Stasiüberprüfung aller Abgeordneten mehr gegeben. Wir müssen uns eingestehen – auch ich ganz persönlich -: Das war ein Fehler, ein Fehler, der sich heute rächt... Deshalb plädiere ich dafür, dass der Landtag noch in diesem Jahr das Abgeordnetengesetz so novelliert, dass die Überprüfung aller Abgeordneten in einem geordneten Verfahren stattfinden kann.“<sup>226</sup>*

Prof. Dr. Johanna Wanka (CDU) dazu: *„Für mich gibt es verschiedene Kategorien bei der Bewertung der Vergangenheit. Es gibt beispielsweise diejenigen, die sich aus den unterschiedlichsten Gründen und für die unterschiedlichsten Gegenleistungen bereit erklärt haben, ihre Nachbarn, ihre Freunde und ihre Verwandten zu bespitzeln oder zu verraten. Dann gibt es diejenigen, die das nicht getan haben und auch nie getan hätten... Heute weiß ich: Viele hier im Raum haben sich für den anständigen Weg entschieden... Das Weitergeben von Informationen an die Stasi war ein Missbrauch des Vertrauens. Das gilt für mich völlig unabhängig davon, ob irgendeine Verpflichtungsermächtigung unterschrieben wurde...“<sup>227</sup>*

Die Fraktionen haben bereits Ende 2009, im Vorfeld der Änderung des Abgeordnetengesetzes zur Überprüfung auf eine Tätigkeit beim Staatssicher-

heitsdienst der ehemaligen DDR vom 21.01.2010, veranlasst, dass ihre Mitglieder selbst einen Antrag auf Überprüfung bei der Bundesbeauftragten stellen.

Die auf Antrag von 31 Abgeordneten von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN und mit Erweiterungsantrag von SPD und DIE LINKE<sup>228</sup> eingesetzte **Enquete-Kommission** „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ hielt bis Redaktionsschluss drei Sitzungen ab.

In der ersten Sitzung am 11.06.2010 haben sich die anwesenden Mitglieder der Kommission und die von den Fraktionen bestimmten Experten zu ihren Biografien und ihren persönlichen Erwartungen an die Enquete-Kommission geäußert.<sup>229</sup>

Die Vorsitzende der Kommission, Klara Geywitz (SPD), zeigte sich guten Mutes, dass man etwas vorlegen könne, das einem wissenschaftlichen Vergleich standhalte und die Forschung über die jüngere Zeitgeschichte bereichere. Man habe auch die Chance, in die Zukunft zu weisen und zu sagen, welche Defizite es im Transformationsprozess gebe und wie man diese beheben könne.

Die Aufarbeitungsbeauftragte Ulrike Poppe, die mit beratender Stimme an den Sitzungen teilnimmt, erwartet von der Kommission Aufschluss darüber, was in dem Umgestaltungsprozess gelungen und weniger gelungen sei, und

<sup>226</sup> Plenarprotokoll (5/5) vom 04.12.2009, S. 153.

<sup>227</sup> Ebenda, S. 157 f.

<sup>228</sup> Drucksachen 5/554, 5/626.

<sup>229</sup> Protokoll der Enquetekommission, P-EK 5/1, S. 9 ff.

hofft, dass sich die Tätigkeit der Kommission nicht auf parteipolitische Kontroversen reduziere, sondern sachlich ablaufe und tatsächlich Aufschluss darüber gebe, was seit 1990 passiert sei.

Hans-Peter Goetz, damaliger Fraktionsvorsitzender der FDP, erklärte, er habe damals den Sozialismus im Großen und Ganzen für eine gute Idee gehalten. Er sei deshalb auch in die SED eingetreten. Inzwischen habe er seine persönliche Freiheit sehr lieb gewonnen. Nach seiner Meinung ist die Kommission in den neuen Ländern einmalig und es werde Pionierarbeit geleistet. Ihm wäre es wichtig, wenn es der Kommission gelänge, ergebnisoffen die Aufträge zu besprechen, zu Lösungen und Vorschlägen zu kommen, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung stärken.

Der Fraktionsvorsitzende der Fraktion GRÜNE/B90 Axel Vogel hob hervor, dass die Enquetekommission ein gemeinsames Projekt aller Fraktionen sei. Wie Herr Goetz möchte er wissen, wie man all die Menschen erreichen könne, die sich überhaupt nicht mehr an dem Thema Demokratie beteiligen.

Dieter Dombrowski von der Fraktion der CDU geht es nicht darum, festzustellen, wer Recht habe, sondern darum, zu dokumentieren, was in der Wendezeit in Brandenburg passiert sei, was die Menschen in 20 Jahren gestaltet haben und wie die Lebenswege verlaufen seien.

Der Fraktionsvorsitzenden der Fraktion DIE LINKE Kerstin Kaiser ist es wichtig, dass es nicht um Sieg oder Niederlage gehe und dass nicht der Ef-

fekt eintreten dürfe, dass die Menschen nicht mehr über die Geschichte reden wollen. Sie sei als Schülerin in Halle (Saale) und von 1979 bis 1984 in Lenin-grad als Inoffizielle Mitarbeiterin verpflichtet worden und habe dies bereits seit 1991 öffentlich gemacht ...

Für Landtagspräsident Gunter Fritsch (SPD), der stellvertretendes Mitglied in der Kommission ist, soll ein Gesamtbild, so objektiv wie möglich, entstehen und es sollen nicht nur punktuell Themen herausgegriffen werden. Man könne zwar die Geschichte nicht ändern, aber für die Zukunft daraus lernen. Ihm ist wichtig, dass trotz der anfangs missverständlichen Aufgabenstellung, die sehr nach Untersuchungsausschuss geklungen habe, die Aufgabe der Enquete-Kommission ernstgenommen werde und wesentliche Entscheidungen des Landtages für die Zukunft vorbereitet würden.





# Literatur- und Quellenverzeichnis

**Adamy, Kurt/Hübener, Kristina (Hrsg.):**

Geschichte der Brandenburgischen Landtage: Von den Anfängen 1823 bis in die Gegenwart. Potsdam 1999.

Kleine Geschichte des Brandenburger Landtages. Potsdam 1999.

**Beck, Friedrich/Görtemaker, Manfred/Hübener, Kristina/Neitmann, Klaus (Hrsg.):**

Brandenburg. Neues altes Land. Geschichte und Gegenwart.  
Berlin 2010 (Erscheint nach Redaktionsschluss).

**Bisky, Lothar:**

Der „Brandenburger Weg“. Ansprüche, Realitäten, Sackgassen und Einbahnstraßen. Herausgegeben von der PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg. Potsdam 1999.

**Bluhm, Katrin/Schüler, Peter:**

Fraktion BÜNDNIS 90/Bündnis. Ein Tagebuch aus Brandenburg. Münster 1996.

**Broszat, Martin/Weber, Hermann (Hrsg.):**

SBZ – Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. 2. Aufl., München 1993.

**Büchner, Christiane/Franzke, Jochen:**

Das Land Brandenburg. Kleine politische Landeskunde. Herausgegeben von der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung. 4. Auflage, Potsdam 2005.

**Drucksachen des Landtages Brandenburg,**

abrufbar unter [www.parldok.brandenburg.de](http://www.parldok.brandenburg.de).

**v. Gersdorff, Andrea/Lorenz; Astrid:**

Neuanfang in Brandenburg. Herausgegeben von der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung. Potsdam 2010.

**Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg (GVBl.),**

erscheint seit 1992 in zwei Teilen, Teil I – Gesetze.

**Holzappel, Klaus-J. (Hrsg.):**

Landtag Brandenburg, 1. Wahlperiode 1990 -1990. Volkshandbuch. 3. durchgesehene Auflage, Stand: Dezember 1993, Rheinbreitbach 1993.

**Landtag Brandenburg (Hrsg.):**

Der brandenburgische Landtag. Festschrift zur 50. Wiederkehr seiner Konstituierung. Schriftenreihe des Landtages Brandenburg, Heft 3/1996, Potsdam 1996.

**Lieber, Hasso/Iwers, Steffen Johann/Ernst, Martina:**

Verfassung des Landes Brandenburg. (Loseblatt-)Kommentar. Wiesbaden 2003. Letzte Ergänzungslieferung Februar 2008.

**Lieber, Hasso/Rautenberg, Erardo Cristoforo:**

Wider das herrschende Immunitätsrecht! Eine Entgegnung und ein Beitrag zum zehnjährigen Bestehen der Verfassung des Landes Brandenburg, Deutsche Richterzeitung 2003, 56 ff.

**Materna, Ingo/Ribbe, Wolfgang:**

Brandenburgische Geschichte. Berlin 1995.

**Plenarprotokolle des Landtages Brandenburg,**

abrufbar unter [www.parldok.brandenburg.de](http://www.parldok.brandenburg.de).

**Präsident des Landtages Brandenburg (Hrsg.):**

Handbuch des Landtages des Landes Brandenburg, herausgegeben zur Eröffnung des Landtagsgebäudes in Potsdam Saarmunder Straße 23 am 9. September 1947. Potsdam 1947.

Landtag Brandenburg, 3. Wahlperiode 1999–2004, Namen – Daten – Fakten, 2. Auflage, Stand: Juni 2000. Potsdam 2000.

Landtag Brandenburg, 4. Wahlperiode 2004–2009, Namen – Daten – Fakten, 2. Auflage, Stand: Februar 2006. Potsdam 2006.

Landtag Brandenburg, 5. Wahlperiode 2009–2014, Namen – Daten – Fakten, Stand: März 2010. Potsdam 2010.

Von der Kriegsschule zum Parlament. Historische Notizen zum Gebäudekomplex Am Havelblick 8. Schriften des Landtages Brandenburg, Heft 3/2000.

**Schüttemeyer, Susanne S./Kolkmann, Michael/Lübker, Malte u. a.:**

Die Abgeordneten des Brandenburgischen Landtages: Alltag für die Bürger. Potsdam 1999.

**Verwaltung des Landtages Brandenburg (Hrsg.):**

Landtag Brandenburg, 2. Wahlperiode 1994–1999, 4. Aufl., Stand: Oktober 1997. Potsdam 1997.

**Weber, Hermann:**

Geschichte der DDR. München 1999.



# Bildnachweis

Titel: Museumsstiftung Post und Telekommunikation, Archiv für Philatelie, Bonn; S. 5: Landtag Brandenburg; S. 9: Wolfgang Pehlemann; S. 10: Bundesarchiv B 145 Bild-P012380; S. 11: Landtag Brandenburg (Michael Utech); S. 13: Simone Diestel; S. 14: Landtag Brandenburg (Dietmar Horn); S. 15: Landtag Brandenburg (Stefan Gloede); S. 17: Brandenburgische Historische Kommission (Brandenburgisches Landeshauptarchiv); S. 21: Landtag Brandenburg; S. 23: Bundesarchiv Bild 183-1990-1014-008; S. 26: Märkische Allgemeine Zeitung; S. 28: Staatskanzlei des Landes Brandenburg; S. 29: Simone Diestel; S. 30: Bundesarchiv Bild 183-1990-1218-014; S. 32: Landtag Brandenburg; S. 35: Landtag Brandenburg (Dietmar Horn); S. 36: Landtag Brandenburg (Dietmar Horn); S. 37: Simone Diestel; S. 43: Landtag Brandenburg; S. 49: Landtag Brandenburg; S. 50: Märkische Allgemeine Zeitung; S. 51: Märkische Allgemeine Zeitung; S. 52: Märkische Allgemeine Zeitung; S. 54: Landtag Brandenburg (Dietmar Horn); S. 55: Landtag Brandenburg (Dietmar Horn); S. 58: Landtag Brandenburg (Stefan Gloede); S. 63: Landtag Brandenburg (Dietmar Horn); S. 64: Märkische Allgemeine Zeitung; S. 65: Landtag Brandenburg (Dietmar Horn); S. 66 oben: Landtag Brandenburg (Dietmar Horn); S. 66 unten links: Simone Diestel; S. 66 unten rechts: Landtag Brandenburg (Dietmar Horn); S. 77: Landtag Brandenburg (Simone Diestel); S. 79: Landtag Brandenburg (Simone Diestel); S. 80: Simone Diestel; S. 83: Landtag Brandenburg; S. 85: Landtag Brandenburg; S. 93 oben: Landtag Brandenburg (Stefan Gloede); S. 93 unten: Landtag Brandenburg; S. 96: Landtag Brandenburg (Stefan Gloede); S. 97 oben/unten: Landtag Brandenburg (Stefan Gloede); S. 99: Landtag Brandenburg (Stefan Gloede); S. 101 links: Landtag Brandenburg (Dietmar Horn); S. 101 rechts: Simone Diestel; S. 102: Landtag Brandenburg; S. 112 links/rechts: Landtag Brandenburg; S. 113 links/rechts: Privat; S. 114 links/rechts: Landtag Brandenburg; S. 115 links: Landtag Brandenburg; S. 115 rechts: Ministerium der Finanzen Brandenburg; S. 116 links/rechts: Landtag Brandenburg; S. 117/118: Privat; S. 119 links/rechts: Landtag Brandenburg; S. 120 links: Landtag Brandenburg; S. 120 rechts: Privat; S. 121 links/rechts: Landtag Brandenburg; S. 125: Landtag Brandenburg; Rückseite: Märkische Allgemeine Zeitung (Bernd Gartenschläger).







Foto: MAZ/Bernd Gartenschläger.

## Mein Bild des Jahres

In der Baugrube klingen die Gläser  
Ein kleiner Schluck an einem großen Tag

von Volkmar Krause

Weder Grundsteinlegung noch Richtfest konnte gefeiert werden, als sich ein paar Sozialdemokraten Ende Juni in einer staubigen Baugrube in Potsdam trafen, um mit einem edlen Tropfen anzustoßen. Man mag die vordergründige Inszenierung des Presseauftritts absonderlich finden, immerhin musste Landtagspräsident Fritsch die verbuddelte Kiste mit dem Wein per Spaten ausgraben, als sei er einem Restbestand aus dem Weinkeller der Hohenzollern auf die Spur gekommen. Abgesehen von der Show kann das feucht-fröhliche Treffen auf den von Archäologen freigelegten Fundamenten des früheren Potsdamer Stadtschlusses aber als ein wichtiger Meilenstein in der Stadtgeschichte bezeichnet werden. Damit stand der Fahrplan zum Wiederaufbau des im Krieg zerstörten und 1961 auf Befehl von Walter Ulbricht abgetragenen Stadtschlusses unverrückbar fest. Potsdam bekommt bis 2012 seine historische Mitte zurück und Brandenburg einen würdevollen Sitz seines Parlaments.

Erschienen in der Ausgabe der Märkischen Allgemeinen Zeitung vom 31.12.2009, S. 5.